



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 114. Sitzung  
- endgültige Fassung\* -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 20. Oktober 2016, 11.30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

**Tagesordnungspunkt**

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Gabriele Löwnau (Beweisbeschluss Z-102)	4
- Dr. Friederike Nökel (Beweisbeschluss Z-136)	34
- Albert Karl (Beweisbeschluss Z-137)	79

\* Hinweis:

Die Zeugen Löwnau, Dr. Nökel und Karl haben keine Korrekturwünsche übermittelt. .



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Warzen, Nina	Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

### Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Andreas, Dr. Allers, Fried-Heye Fischer, Sebastian D. Schrot, Jacob Wehrl, Wolfgang, Dr.
SPD	Heyer, Christian Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Harald, Dr. Hanke, Christian Diego Wassermann, Friedrich Weiß, Benjamin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Leopold, Nils



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Wolff, Philipp Neist, Dennis Pachabeyan, Maria Metscher, Andreas
Auswärtiges Amt	Müller-Berner, Kai Stephen
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Karsten, Dr. Darge, Tobias, Dr. Hofmann, Christian Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd Müller, Jürgen H.
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Unterlöhner, Ulrike, Dr.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.14 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit etwas Verzögerung eröffne ich die 114. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Vertreter der Öffentlichkeit und der Presse darf ich ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass ich einen Großteil der Gesichter auf der Tribüne kenne, dass aber auch der eine oder andere da ist, den ich noch nicht gesehen habe. Von daher erfreut sich dieser Ausschuss immer noch einer breiten Öffentlichkeit, und das ist auch gut so; denn die Dinge, die wir hier verhandeln, sind für die Öffentlichkeit mehr als bedeutsam.

Besonders begrüßen darf ich unsere Zeugin Frau Löwnau und den Zeugenbeistand. Seien Sie an dieser Stelle schon begrüßt. Ich werde aber gleich noch näher auf Sie eingehen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die die regelmäßigen Teilnehmer an dieser Sitzung bereits kennen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

### *Zeugenvernehmung*

- Gabriele Löwnau  
(Beweisbeschluss Z-102)
- Dr. Friederike Nökel  
(Beweisbeschluss Z-136)
- Albert Karl  
(Beweisbeschluss Z-104)

- Jan Bernard  
(Beweisbeschluss Z-137)

Der Beweisbeschluss Z-102 stammt vom 15.10.2015, der Beweisbeschluss Z-136 vom 29.09.2016, der Beweisbeschluss Z-104 vom 15.10.2015 und der Beweisbeschluss Z-137 vom 29.09.2016. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der Zeuginnen und Zeugen Gabriele Löwnau, Dr. Friederike Nökel, Albert Karl und Zeuge Jan Bernard. Das Prozedere ist heute wie folgt: Zunächst werden die Zeuginnen Löwnau und Dr. Nökel sowie der Zeuge Karl hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss finden die nichtöffentlichen Vernehmungen dieser Zeugen statt, und daran wird sich dann die Vernehmung des Zeugen Bernard anschließen.

### **Vernehmung der Zeugin Gabriele Löwnau**

Begrüßen darf ich - und jetzt noch mal direkt - unsere Zeugin Frau Gabriele Löwnau.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Löwnau, Sie haben den Erhalt der Ladung am 12. Oktober 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und dem Untersuchungsausschuss für Fragen und dann Ihre Antworten zur Verfügung stehen.

Frau Löwnau, Sie wurden bereits am 12. November 2015 durch den Ausschuss vernommen. Trotzdem aber noch einige Hinweise: Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls wieder gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, wenn das aus Ihrer Sicht notwendig



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist, und dann können Sie das mit Ihren Änderungen und Korrekturen wieder an uns zurückschicken. Dafür dient die Aufzeichnung, die wir hier machen. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Sie sind begleitet durch einen Zeugenbeistand; das habe ich gerade schon gesagt. Herr Zeugenbeistand, ob Sie sich kurz dem Ausschuss vorstellen möchten? Wie gesagt, ich kenne Sie, aber - -

**RA Dr. Heiko Lesch:** Ja. Schönen guten Tag! Ich war das letzte Mal mit Frau Löwnau auch schon da. Mein Name ist Professor Dr. Heiko Lesch. Ich bin von der Kanzlei Redeker in Bonn und als Zeugenbeistand heute für Frau Löwnau mandatiert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. Schön, dass Sie heute bei uns sind. - Frau Löwnau, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder

Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis an den Ausschuss, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und Ihnen dann die Fragen in nichtöffentlicher oder gegebenenfalls eingestufte Sitzung stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nein, keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben; auch das kennen Sie ja schon von der letzten Vernehmung. Danach haben die Mitglieder des Ausschusses jeweils nach Fraktionen - es geht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen - die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu stellen. Und es ergeben sich dann Zeitkontingente für die Fraktionen - CDU/CSU 27 Minuten, die SPD 17 Minuten, die Fraktion Die Linke und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils 8 Minuten - in einer jeweiligen Runde. - Gibt es hierzu Fragen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nein. Ist wie beim letzten Mal.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann darf ich Sie zu Anfang ganz kurz bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer laudungsfähigen Anschrift vorzustellen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Mein Name ist Gabriele Löwnau. Ich bin Juristin. Ich bin 57 Jahre alt. Die Ladung würde dann über die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erfolgen, über die Husarenstraße 30 in Bonn.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Sie fragen, wie ich es gerade auch gesagt habe, ob Sie davon Gebrauch machen möchten, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, wie es sich aus § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ergibt. Dann hätten Sie jetzt Gelegenheit dazu, wenn Sie das wünschen.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich wollte nur auf ein, zwei Änderungen hinweisen, die sich seit dem letzten Mal ergeben haben, und das eben kurz vortragen. Das geht aber relativ schnell.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie haben alle Zeit, die Sie möchten.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich bin noch in derselben Funktion tätig. Ich bin aber jetzt Leiterin der sogenannten Arbeitsgruppe 22, weil dieses Referat V, in dem ich Leiterin war, jetzt umbenannt worden ist und zu einer Arbeitsgruppe geworden ist durch die Erweiterung und durch einige zusätzliche Mitarbeiterinnen. Und ein entscheidender Unterschied zum letzten Mal ist die Tatsache, dass die BfDI seit Anfang dieses Jahres vollkommen unabhängig ist. Das heißt, sie ist jetzt eine oberste Bundesbehörde; sie war ja im letzten Jahr noch im Prinzip angebunden, personalmäßig, an das Bundesministerium des Innern. Das ist also ein entscheidender Unterschied. Ansonsten sind ja die Zuständigkeiten, für die ich zuständig bin, geblieben; die werde ich jetzt nicht noch mal aufzählen.

Meine Aussagegenehmigung ist eben jetzt auch nicht vom BMI, sondern von der Bundesbeauftragten für den Datenschutz ausgestellt worden. Diese Aussagegenehmigung liegt Ihnen vor; an die habe ich mich zu halten. Aus diesem Grund ist jetzt auch ein Beauftragter der BfDI, Herr Müller, da, der hier rechts von mir sitzt, mit dem ich mich dann bei etwaigen Zweifeln dann beraten

könnte. Auch er war ja vorher angemeldet. Das wollte ich nur noch mal vortragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Alles andere ist ja schon bekannt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut, dann würde jetzt die erste Fragerunde beginnen. - Und es legt los die Fraktion der CDU/CSU. Und ich glaube, Herr Schipanski fängt mit Fragen an.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Frau Löwnau! Ein herzliches Willkommen vonseiten unserer Fraktion. Es ist ja einige Zeit vergangen, nachdem Sie das letzte Mal hier im Ausschuss waren. Mittlerweile hat ja die BfDI ihre Rechtsbewertung zu den Feststellungen anlässlich ihrer Kontrollbesuche in Bad Aibling im Dezember 2013 und im Oktober 2014 an den Ausschuss übersandt und den Kontrollvorgang für abgeschlossen erklärt. Vielleicht könnten Sie uns noch einmal - soweit das in öffentlicher Sitzung möglich ist - im Zusammenhang die wesentlichen tatsächlichen Erkenntnisse sowie die rechtlichen Bewertungen der BfDI zu diesen Kontrollbesuchen in Bad Aibling schildern.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja, ich möchte darauf hinweisen, dass die Rechtsbewertung der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, die ja dem Bundeskanzleramt, dem Bundesnachrichtendienst und auch hier dem Ausschuss vorliegt, Geheim eingestuft ist, sodass ich die Rechtsbewertung der Bundesbeauftragten für den Datenschutz zwar als Zeugin darstellen kann, aber dies nur in nichtöffentlicher Sitzung, weil der ganze Bericht halt eingestuft ist als Geheim.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Betrifft das auch die tatsächlichen Erkenntnisse? Ich habe Sie ja nach beidem gefragt.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Das eine sind die -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist der Sachverhalt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** - rechtlichen Bewertungen; das andere ist der Sachverhalt, genau.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja, der Sachverhalt ist ja sogar Streng Geheim eingestuft gewesen. Also, sozusagen die tatsächlichen Erkenntnisse, die Sachverhaltsdarstellung, die ja zum Teil in der Rechtsbewertung wieder aufgenommen wurden, sind ja zum Teil eben Streng Geheim

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber das ist ja Teil des Problems!)

und die Rechtsbewertung an sich Geheim eingestuft in Gänze.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, können wir darüber eigentlich dann nur in geheimer Sitzung uns -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** - gemeinsam austauschen. Gut.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, gut ist das nicht!)

Wie bewerten Sie es denn, dass die BfDI die rechtlichen Bewertungen dem Ausschuss übersandt hat, noch bevor das Kanzleramt oder der BND hierzu Stellung nehmen konnten? Ist es eigentlich nicht üblich, dass zunächst einmal die geprüfte Stelle oder die aufsichtführende Stelle Stellung nehmen kann, bevor das dann, letztlich abgeschlossen, demjenigen Adressaten übermittelt wird?

(Martina Renner (DIE LINKE): Sind das jetzt die Fragen von Herrn Wolff? - Vereinzelt Heiterkeit)

- Ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, was jetzt so witzig ist.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine Rechtsbewertung, die durch die Bundesbeauftragte für den Datenschutz bewertet [sic!] worden ist. Und zur Rechtsbewertung - - Ich kann höchstens was zur Sache aussagen, was passiert ist, was geschehen ist, dass das so gemacht worden ist, aber Rechtsbewertungen - ich bin ja als Zeugin geladen - brauche ich nicht ... (akustisch unverständlich)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Na, aber warum wurde denn in diesem Fall anders verfahren, als es im Gesetz steht und als es üblich ist?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine Rechtsbewertung. Ich bin hier als Zeugin geladen. Als Zeugin brauche ich nur über Tatsachen auszusagen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Na, dann erklären Sie mir mal die Rechtsbewertung dazu. Sie sind ja Juristin. Das umfasst doch Ihren Aufgabenbereich.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist geil!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da fragt die Bundesregierung - - Möchten Sie sich mit der Zeugin beraten?

**MDg Jürgen H. Müller (BfDI):** Ja, genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. Dann halte ich die Uhr kurz an.

(Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der BfDI - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Anmerkung! Würde ich gerne - - Es spart Zeit! Wir haben ja nur drei Stunden!)



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

- Während der Beratungen dort mit der BfDI: Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich beanstande die Frage des Kollegen Schipanski, weil sie nicht untersuchungsgegenständlich ist.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut, dann werde ich das gleich einbringen, und es muss geprüft werden. Danke schön.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Außerdem lange nach der Einsetzung! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind hier nicht im Disziplinarverfahren!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, außerhalb des Untersuchungszeitraums; das kommt noch dazu.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig! Richtig!)

Unsere Dreistundenvereinbarung wird, wenn der Kollege so weitermacht, nie funktionieren.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Ist ja unterbrochen, das Ganze.

(Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht können wir mal zum Thema kommen!)

So, dann dürfte ich - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So, und jetzt müssen wir gucken, dass wir wieder zu einer geordneten Sitzung zurückkommen. Die Uhr läuft jetzt weiter. Und, Frau Zeugin, Sie haben sich beraten.

(MDg Jürgen H. Müller (BfDI): Entschuldigung?)

- Auf die Frage des Kollegen Schipanski Herr Müller vielleicht noch - - obwohl - -

**MDg Jürgen H. Müller** (BfDI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich wollte nur die Zeugin noch darauf aufmerksam machen - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber warum machen Sie das jetzt mit Mikro?

**MDg Jürgen H. Müller** (BfDI): Damit das vor allen - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, das ist eigentlich nicht Sinn der Sache hier. Sie haben kein Rederecht hier im Ausschuss.

**MDg Jürgen H. Müller** (BfDI): Okay. Ich dachte - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie haben sich ja mit der Zeugin beraten; die Zeugin muss das sagen.

**MDg Jürgen H. Müller** (BfDI): Ich dachte, Sie hätten mir das Wort erteilt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, und jetzt nehme ich es Ihnen wieder weg.

(Vereinzelt Heiterkeit)

So, und jetzt ist die Zeugin dran. Frau Löwnau.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, das, was Herr von Notz sagt, ist natürlich richtig; da bin ich leider nicht drauf gekommen. Aber was ich aussagen kann - was ich dann auch tue, obwohl es außerhalb natürlich des Auftrages ist -: dass Frau Voßhoff das geprüft hat - die Bundesbeauftragte für den Datenschutz - und zu dem Ergebnis gekommen ist, dass sie das übersenden kann. Und die Gründe dafür, warum sie das übersenden kann - es gab ja da rechtliche unterschiedliche Bewertungen - ergeben sich aus den eingestuften Dokumenten, die, soweit ich weiß, auch hier vorliegen, aber auf jeden Fall aus eingestuften Dokumenten. Ja.





## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Martina Renner (DIE LINKE): Eben! Die wir heute bekommen haben!)

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Also, wir haben jetzt -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut, jetzt ist Kollege Schipanski wieder dran.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): - machen dann mal dennoch weiter - anscheinend unterschiedliche rechtliche Auffassungen, und daher haben Sie in diesem einen Fall anders entschieden. Gut.

Ohne jetzt auf diese Details eingehen zu wollen - Sie haben ja darauf verwiesen: Geheim, Streng Geheim usw. -: Liegt Ihnen mittlerweile die Stellungnahme des BND bzw. auch des Kanzleramtes zu Ihren rechtlichen und tatsächlichen Feststellungen vor?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die Antwort des Bundeskanzleramtes liegt vor. Wir haben diese Einschätzung des Bundeskanzleramtes auch noch mal beantwortet. Und soweit ich weiß,

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist hier! Haben wir gerade gekriegt!)

sind diese Dokumente - sowohl das Schreiben des Bundeskanzleramtes als auch unsere Antwort - - müssten hier beide vorliegen dem Ausschuss.

(Martina Renner (DIE LINKE): Genau!)

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. Mich würde interessieren - -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Alle eingestuft.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Ich weiß, ich weiß, aber wir haben ja die Öffentlichkeit; die will ja auch entsprechend informiert werden, dass also da reagiert wurde.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht aus geheimen Akten!)

Und mich würde interessieren, ob der BND Ihre Beanstandungen so akzeptiert hat oder ob er einzelnen oder sogar mehreren Beanstandungen entgegengetreten ist.

(Vereinzelte Heiterkeit - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich anmerken, dass das Geheim ist!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich muss die Zeit anhalten. - Selbst wenn das so ist,

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was macht ihr denn? - Zuruf der Abg. Martina Renner (DIE LINKE))

dann muss die Zeugin das sagen. Ich erinnere mich an viele Sitzungen, wo insbesondere auch

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging doch heute um Effizienz!)

du, Kollege von Notz, gefragt hast aus eingestuftten Akten, oder der Kollege Ströbele - - und dann der Zeuge sagen musste, er oder sie kann das nicht sagen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, also echt!)

Sorry. Das ist Sache - - Jeder stellt seine Fragen, wie er mag, im Zeitkontingent.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, ich darf aber ganz kurz anmerken: Wir haben heute gesagt: Es ist knapp Zeit, wir wollen versuchen, in drei Stunden



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchzukommen! - Das wird so nicht funktionieren! Will ich nur angemerkt haben!)

- Ja, aber dann lass doch jede Fraktion auf ihrem Zeitkontingent zügig durchfragen. Dann geht es doch. Die Uhr beschränkt es doch.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ich finde auch. Wir haben extra vereinbart: Der Vorsitzende fragt nicht, sondern die Fraktionen fragen direkt. - Frau Löwnau, wir gehen weiter. Bei Ihrer letzten Befragung waren Sie sich nicht ganz sicher, wie viele Dateien oder Datenbanken Sie bzw. Ihre Kollegen bei den Kontrollbesuchen in Bad Aibling vorfanden und hinsichtlich welcher dieser Dateien oder Datenbanken Dateianordnungen vorlagen. Können Sie dazu heute hier in öffentlicher Sitzung noch etwas nachtragen oder klarstellen?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das sind alles Sachverhaltsdarstellungen, die Streng Geheim sind. Ich habe eine Aussagegenehmigung, die unter Punkt 6 sagt, dass ich mich an die VSA-Vorgaben halten muss. Die Details dazu, auch unsere Bewertungen wegen fehlender Dateianordnung und Ähnlichem, ergeben sich aus der Rechtsbewertung, die Geheim eingestuft ist. Aber in nicht-öffentlicher Sitzung könnte ich gerne dazu natürlich noch mal Details darlegen und unseren Gedankengang dazu erläutern, also den Gedankengang der Bundesbeauftragten für den Datenschutz.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ja gut, das letzte Mal waren Sie sich ja nicht sicher in öffentlicher Sitzung, wie viele Dateien und Datenbanken das waren. Jetzt sagen Sie, Sie sind sich zwar sicher, aber können das nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz kurz muss ich unterbrechen. Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung. - Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich bitte den Vorsitzenden, zu prüfen, ob seine Rechtsauffassung

so richtig ist, der BfDI hier das Wort zu entziehen, weil sie nicht redeberechtigt sei in einem Rund, in dem ansonsten Regierungsmitglieder reden können. Also, ich möchte einfach für mich verstehen, wieso Herr Akmann oder Herr Wolff oder wer auch immer hier irgendwie reden können und wieso die BfDI hier nicht reden kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil die BfDI kein Teil der Bundesregierung ist, wie Frau Löwnau schon eingangs gesagt hat, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - aufgrund eines Gesetzes, das wir im letzten Jahr beschlossen haben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Und damit hat sie auch kein Rederecht hier im Ausschuss.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. Sie kann den Zeugen jetzt hier beraten; an der Stelle kein Rederecht, weil Interna der Zeugenberatungen die Zeugin sagen muss. Das handhaben wir auch so. Das gilt auch zum Beispiel für den Zeugenbeistand; der darf die Zeugin beraten, weil sonst diskutieren wir mit einem Dritten über das, was die Zeugin sagen möchte.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn wir die BfDI unmittelbar ansprechen - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das haben wir aber bei Eisenberg auch anders gehandhabt!)

- Ganz genau. Bei Eisenberg habe ich das sogar neulich in einem Brief geantwortet.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn die BfDI direkt angesprochen wird von uns, kriegt sie selbstverständlich hier das Rederecht. Also, wenn Sie gleich - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Also, Sie sagen: Behörden haben kein Rederecht. - Dann nehme ich das jetzt so mit.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** In der Beratung des Zeugen stellt nicht die Behörde das Beratungsergebnis - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich konnte nicht erkennen, dass das eine Beratung der Zeugin werden soll, sondern das sollte, glaube ich, eine Stellungnahme sein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Doch, habe ich ja extra gefragt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Habe ich ja gerade extra gefragt: Ist das die Beratung des Zeugen? Sonst müssen Sie es noch mal unterbrechen. - Und es war doch der Teil, der der Zeugenberatung diente.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das muss die Zeugin selber sagen, weil nur - im Endeffekt für uns - sie es beurteilen kann. Wenn sie einen eigenen Sachverhalt darlegen wollen, dann geben wir auf jeden Fall der BfDI natürlich als eigenständiger Behörde - nicht Teil der Bundesregierung - das Wort.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. Danke schön für die Klarstellung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil das interessiert sicherlich den ganzen Ausschuss, was die BfDI sagt. So ist es ja nicht. - Und jetzt machen wir wieder weiter.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Ich habe das richtig zusammengefasst: Sie können dazu jetzt nichts sagen, sondern wieder nur in nichtöffentlicher Sitzung.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. - Bei Ihrer letzten Befragung betonten Sie, dass die rechtlichen Bewertungen, die Sie damals hier dargestellt haben, Ihre persönliche Meinung seien; sie seien mit der BfDI nicht abgestimmt gewesen. Das ist ja mittlerweile sicherlich erfolgt. Die rechtliche Bewertung wurde ja Ihrerseits dem Ausschuss übermittelt, und mich würde interessieren: Was hat sich denn von der Ihnen vorgetragenen rechtlichen Bewertung im Prozess der Abstimmung mit der BfDI geändert?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wenn ich das jetzt aussagen würde, ob es Änderungen gegeben hat oder nicht, wäre das ein Verstoß gegen die VS-Vorgaben, weil die rechtliche Bewertung vollständig als Geheim eingestuft ist, und ich bin an die Vorgaben der VSA gebunden.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Das wird ja eine sehr ergiebige Befragung heute mit Ihnen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das hängt von den Fragen ab!)

Also das heißt, Sie verweisen hier auch auf die nichtöffentliche und geheime Sitzung und können uns das dann darstellen.

Frau Löwnau, in Ihrer letzten Befragung äußerten Sie die Rechtsauffassung - das ist jetzt etwas sehr pauschal, wo wir auch in keine Details reingehen, sondern wirklich uns auch auf die letzte öffentliche Sitzung hier, Ihre Einvernahme beziehen können -, dass das Fehlen einer Dateianordnung nicht nur zur formellen Rechtswidrigkeit, sondern auch zur materiellen Rechtswidrigkeit einer Datei bzw. der erfolgten Erfassung führe. Ich darf Sie zitieren. Soll ich es Ihnen noch mal vorlesen? Oder wissen Sie es?

(Die Zeugin nickt)

Ja, nicht? Das hatten Sie damals gesagt. Ich kann ja noch mal - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir sind intern zu dem Ergebnis gekommen, dass unserer Meinung nach das Fehlen einer Dateianordnung zu einer materiellen Rechtswidrigkeit führt ... Ja, wir sind der Meinung, dass es nicht nur formell rechtswidrig ist, sondern materiell rechtswidrig.

Ich habe Ihre Auffassungen oder Ausführungen seinerzeit so verstanden, dass Sie fordern, dass ohne Dateianordnung betriebene Dateien bzw. die darin gespeicherten Daten aufgrund der Ihrer Meinung nach gegebenen formellen und materiellen Rechtswidrigkeit gelöscht werden müssen. Hatte ich Sie da richtig verstanden das letzte Mal?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Diese Meinung habe ich damals so hier dargelegt. Ja, das kann ich bestätigen. Das wäre ja sonst im Dokument - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, man müsste das löschen. Wenn das formell und materiell rechtswidrig ist, sind Sie der Auffassung, dann ist diese Datei zu löschen.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich werde heute keine Rechtsbewertung abgeben, weil ich nur als Zeugin geladen bin. Es gibt ja jetzt auch eine offizielle Rechtsbewertung der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, die Ihnen vorliegt. Und das ist die gültige Bewertung der Behörde, und diese ist halt Geheim eingestuft, sodass ich aus dieser Rechtsbewertung hier keine Aussagen machen kann.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also haben Sie das letzte Mal festgestellt, dass das formell und materiell rechtswidrig ist Ihrer Ansicht nach und dass die Datei daher zu löschen ist?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich habe bestätigt, dass ich das damals so ausgesagt habe, ja, -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** - dass das meine persönliche Meinung war, ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Das Ergebnis dieser Auffassung wäre also, dass die Datei gelöscht würde, das Dateianordnungsverfahren durchgeführt würde und bei Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen die gleiche Datei wieder aufgesetzt bzw. in Betrieb genommen würde. Die gelöschten Daten wären gleichwohl unwiederbringlich verloren, selbst wenn die beispielsweise für die Sicherheit der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung gewesen wären. Halten Sie denn dieses Ergebnis für vertretbar?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich bitte um eine kurze Pause, um mich eben zu beraten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut, halten wir die Uhr an.

(Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der BfDI)

Okay. Weiter geht es.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nach der Beratung mit meinem Zeugenbeistand und dem Vertreter der BfDI möchte ich darauf hinweisen, dass ich keine Rechtsbewertung abgebe - das wäre eine Rechtsbewertung -, und verweise insoweit inhaltlich auf die Rechtsbewertung der BfDI, die als geheimes Dokument dem Ausschuss vorliegt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Frau Zeugin, der ehemalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz, der Herr Peter Schaar, hat in diesem Ausschuss ausdrücklich betont, die Verpflichtung zur Erstellung von Dateianordnungen sei eine formale Ordnungsvorschrift. Ein Verstoß dagegen habe grundsätzlich nicht die Rechtswidrigkeit der Datensammlung selbst zur Folge. - Mir ist Herr Schaar jetzt nicht aufgefallen als jemand mit einem fehlenden Engagement für den Datenschutz oder fehlender Klarheit seiner Standpunkte. Sehen Sie das anders?

(Martina Renner (DIE LINKE): Soll sie jetzt Herrn Schaar bewerten?)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich kenne die Meinung von Herrn Schaar und würde mich auch gerne



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mit ihm vielleicht darüber unterhalten, aber ich kann jetzt die Meinung von Herrn Schaar, der ja lange mein Vorgesetzter gewesen ist, hier nicht kommentieren. Ist, glaube ich, auch nicht meine Aufgabe.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Sie wollen es nicht kommentieren. Aber kann ich dann vielleicht festhalten, dass Sie mit Ihrer Auffassung, dass diese fehlende Dateianordnung zur formellen und materiellen Rechtswidrigkeit führt - - eine Mindermeinung darstellt?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine Bewertung, ob das eine Mindermeinung ist oder nicht. Es gibt offensichtlich unterschiedliche Meinungen zwischen Herrn Schaar und mir; das ist eine Feststellung, die offensichtlich ist und sich aus den Vernehmungen ergibt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay, soweit dürfen Sie das jetzt rechtlich wieder deuten. Spannend. - Zeigt nicht alleine schon § 14 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz, auf den § 6 Satz 2 BND-Gesetz ausdrücklich verweist, dass unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere bei der „Dringlichkeit der Aufgabenerfüllung“, ein Betrieb von Dateien auch ohne vorherige Einholung einer Datenanordnung zulässig ist?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber nicht über Jahre!)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das, was Sie jetzt zitiert haben, ist eine Rechtsbewertung, die ich jetzt vornehmen müsste. Ich bin als Zeugin geladen und sage nur zu Sachverhalten aus und nicht zu rechtlichen Bewertungen. Und die Details dazu, wie die Bundesbeauftragte für den Datenschutz diese Tatsache bewertet, ergeben sich aus dem vorliegenden Bericht.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ich finde das nur spannend, Frau Löwnau. Das letzte Mal haben wir das ja rechtlich hier alles erörtert, ja? Und heute sagen Sie mir, Sie haben Ihre rechtlichen Sachen alle vergessen. Und nur wenn es Ihnen jetzt einfällt, zu sagen, da sehen Sie mal

was anders als der Herr Schaar, klappt das Ganze. Ich meine, das ist doch jetzt ein eindeutiger Hinweis, was ich Ihnen auch gerade noch mal rechtlich dargeboten habe, dass eigentlich Ihr Schluss, zu sagen, wenn diese Dateianordnung fehlt, auch die materielle Rechtswidrigkeit gegeben ist, nicht stimmen kann. Wir hatten das schon bei der Problematik der Löschung der Dateien, wo Sie sich besprochen haben, und ebenfalls bei diesem Hinweis jetzt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt habe ich einen Antrag zur Geschäftsordnung vom Kollegen von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich bitte um Unterbrechung der Sitzung. Ich würde gerne einmal mit Vertretern der Bundesregierung, vor allen Dingen des Bundeskanzleramtes, die für diesen Geheimhaltungsirrsinn zuständig sind, mich zurückziehen und gerne den Kollegen Schipanski in die Runde dazunehmen, weil das ist eine Farce, die hier stattfindet. Eine Farce!

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz würde gerne darüber berichten, was ... (akustisch unverständlich) ist; dann müsste man aber tatsächlich frei darüber reden können. Hier so eine quasi anklägerische Befragung zu machen, obwohl man weiß, dass sie nichts sagen darf, weil das Bundeskanzleramt maximalen Druck ausübt, ist eine Farce. Und das mache ich so nicht weiter mit. Ich bitte um Unterbrechung und bitte Herrn Wolff, das vielleicht dem Kollegen Schipanski auch mal näherzubringen, was hier eigentlich Ursache und Wirkung ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, eine anklägerische Befragung habe ich nicht feststellen können. Ich erinnere mich da an Sitzungen, wo das vonseiten anderer Fraktionen ganz anders gelaufen ist. Aber wenn eine Unterbrechung beantragt worden ist,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da gab es gute Gründe! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mag



## Nur zur dienstlichen Verwendung

an mangelnder Objektivität  
beim Vorsitzenden liegen!)

unterbrechen wir für fünf Minuten. Da müssten aber alle Obleute dazukommen, nicht nur mit einer Fraktion. - Frau Kollegin Renner dazu?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, anderer Punkt. Ich bitte das Ausschussesekretariat, in der Befragung von Herrn Schaar den Punkt Dateianordnung nachzusehen. Meine Erinnerung sagt, dass Herr Schaar ausgesagt hat: Beim Nichtbestehen einer Dateianordnung müssen entsprechende Daten gelöscht werden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir gucken, dass wir das allen Fraktionen zugänglich machen können möglichst schnell, die Seite der Zeugenaussage. - Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von  
12.42 bis 12.50 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sind alle wieder an Bord? - Dann setze ich die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort, und das Wort hat immer noch Kollege Schipanski von der Fraktion CDU/CSU.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Da ich feststellen muss, dass die Zeugin sich nicht in der Lage sieht, hier juristische Bewertungen abzugeben - ganz im Gegensatz zu dem, was sie bei der letzten Vernehmung gemacht hat -, habe ich an dieser Stelle erst mal keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner beginnt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Guten Tag, Frau Löwnau! Ich versuche jetzt so Fragen zu stellen, dass Sie nicht auf die Prüfberichte bzw. die Stellungnahmen abstellen, sondern sehr allgemein Konsequenzen und Schlussfolgerungen aus dem Bericht thematisieren. Da würde mich jetzt interessieren: Hat die BfDI inzwischen Vorhaben,

auch andere Bereiche des BND, in denen Datenverarbeitung stattfindet, insbesondere die Außenstellen, hinsichtlich auch der Kooperation mit ausländischen Nachrichtendiensten zu prüfen?

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

Wie Sie wissen, haben wir ja auch bei uns so einen Schlussfolgerungsteil in unserem Untersuchungsauftrag, wo wir auch Empfehlungen geben an die Landesregierung. Und meine Frage zielt natürlich darauf, herauszufinden, ob es jetzt bei Bad Aibling bleibt oder ob andere Außenstellen in den Blick geraten, auch vor dem Hintergrund, dass wir zum Beispiel wissen, dass die NSA-Sektoren nicht nur in Bad Aibling eingesetzt werden. Können Sie uns dazu etwas sagen?

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand -  
Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Da bin ich aber  
sehr gespannt!)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Na ja, das ist - - Wir werden - -

(RA Dr. Heiko Lesch wendet sich an die Zeugin)

- Mein Anwalt weist mich gerade darauf hin, dass ich dazu eigentlich keine Aussagen machen darf, weil das nicht im Untersuchungszeitraum ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber bei - -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wir machen jedes Jahr einen Arbeitsplan; da wird auch irgendwann - - werden natürlich immer der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz mit drin enthalten sein. Und dann muss man eben überlegen, was man dann in den nächsten Jahren prüft.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich möchte einfach nur noch mal darauf hinweisen: Fragen zu Schlussfolgerungen aus den Themen dieses Untersuchungsausschusses sind natürlich nicht strikt an das Datum der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gebunden, weil wir ja jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht in der Sachstandsermittlung sind mit dieser Frage, sondern in der Frage, ob wir als Untersuchungsausschuss in dem Abschlussbericht auch entsprechende Empfehlungen hinsichtlich der BfDI formulieren, und da gibt es natürlich keinen Stichtag.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, wir haben jetzt für das nächste Jahr noch keinen Arbeitsplan aufgestellt, und wie der genau aussehen wird, weil der dann mit der Bundesbeauftragten für den Datenschutz natürlich abzustimmen ist. Ende diesen Jahres/Anfang nächsten Jahres wird man sehen, welche Bereiche des BNDs - - Natürlich werden wir als BND - - Wir sind für den BND zuständig - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, die aktuelle Planung für das kommende Jahr ist weder Untersuchungsgegenstand, -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - noch sollte sie hier in öffentlicher Sitzung -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - genannt werden. Ich glaube - -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Und darum werde ich das auch nicht sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, wir sind zuständig für BND, Bundesamt für Verfassungsschutz, MAD usw., natürlich auch für die Polizeibereiche. Und da werden wir natürlich weiter prüfen. Was wir prüfen werden, ist nicht Untersuchungsgegenstand.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hm. - Also, Sie haben keine Kenntnisse zu Prüfungsabsichten in Außenstellen. Ich versuche es trotzdem mal - wir müssen hier etwas konkreter auch werden dann in unseren Schlussfolgerungen -: Sie können uns dazu nichts sagen.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nein. Ist im - -

(Zuruf: Darf nicht!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bei den durch Sie festgestellten Rechtsverstößen: Handelt es sich dabei auch um solche, wo Sie sagen: „Das Fernmeldegeheimnis wurde verletzt“? Das ist eine ganz allgemeine Frage; bezieht sich nicht auf einen bestimmten Punkt Ihrer Prüfung.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ganz kurze Beratung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, das wäre doch genau so etwas, was - -

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand und Vertretern der BfDI)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nach Beratung mit meinem Anwalt und dem Vertreter der BfDI: Die Beantwortung dieser Frage wäre eine Bezugnahme auf die Rechtsbewertung, aus der sich das alles ergibt, und diese ist eingestuft. Und daran bin ich nun mal leider Gottes gebunden und kann deswegen in öffentlicher Sitzung auch diese Frage nicht beantworten.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Unabhängig von Ihrem Bericht: Sieht die BfDI Regelungslücken im Bereich der G-10-geschützten Kommunikation? - Ja, ich versuche jetzt immer allgemeiner zu werden, wie Sie merken.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand - Zuruf des Abg. Tankred Schipanski (CDU/CSU))

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine allgemeine Rechtsbewertung, und als Zeugin: nur Aussage der Sachverhalte; darum keine allgemeine Rechtsbewertung in dieser Sache.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich versuche jetzt noch eine Frage: Führt die Beteiligung eines ausländischen Partners, ganz allgemein gesprochen, in einer Kooperation mit deutschen Behörden zu einem Kontrolldefizit?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja, ich meine - - Also, erst mal: Es ist natürlich eine Rechtsbewertung. Aber man kann ja als Tatsache feststellen, dass wir natürlich keine Zuständigkeit haben für andere Dienste aus dem Ausland, und deswegen besteht natürlich keine vollkommene Kontrollmöglichkeit. Also, das ist einfach eine Tatsache, zu der - - die ich so feststellen kann.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Eine Kooperation zwischen Deutschland und, ich weiß nicht, welchem Land auch immer bedeutet natürlich immer: Es gibt dann nur die Kontrollmöglichkeit auf unserer Seite. Wir sind zuständig für die deutschen Behörden, aber natürlich nicht für die ausländischen Behörden, mit denen die Kooperation besteht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wo beginnt Ihrer Meinung nach Ihre Zuständigkeit in einer Kooperation? Wo ist die Grenze zu ziehen? Also, dort, wo Daten in Deutschland verarbeitet werden, dort, wo sich die Liegenschaften des Partners auf deutschem Boden befinden, oder möglicherweise sogar im Besitz von der Bundesrepublik Deutschland? Oder wo ist die Grenze zu ziehen? Ab wann sehen Sie Ihre Zuständigkeit?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich möchte mich kurz mit meinem Behördenvertreter besprechen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand und Vertretern der BfDI)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja, wir sind natürlich für jede bundesdeutsche Stelle, Bundesbehörde zuständig, für die wir die Kontrollkompetenz haben, und die die Daten hier - - die datenverantwortliche Stelle ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hatten Sie jetzt bei Ihrer Prüfung der Datenverarbeitung in Bad Aibling Einblick in die dort verarbeiteten Datenmenüen; nicht nur aktuell, sondern auch in der Vergangenheit? Also, konnten Sie -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wir haben uns - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** - genau quantifizieren, wenn ich auch die verschiedenen Datenarten betrachte - Metadaten, Inhaltsdaten usw. -, mit welchen Datenmengen dort operiert wird?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, unsere Kontrolle hat sich beschränkt auf die aktuelle Bearbeitung zu dem Zeitpunkt. Wir haben uns zwar auch etwas informieren lassen über die vorherige; aber die Kontrolle an sich hat sich beschränkt sowohl auf die gesetzlichen Grundlagen zu dem Zeitpunkt der Kontrolle als auch die Verarbeitung, die Datenverarbeitung, zum Zeitpunkt der Kontrolle.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und zu denen hatten Sie exakte Daten, wie viele Daten dort verarbeitet werden, gegebenenfalls weitergeleitet werden an Dritte; das war Ihnen zugänglich.

(Die Zeugin blickt zu Vertretern der BfDI und berät sich anschließend mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, wir haben ja zum Teil Zahlen festgestellt und bekommen vom Bundesnachrichtendienst. Und diese sind, soweit wir sie erhalten haben, auch in unserem Bericht - jetzt weiß ich nicht -; die meisten im Sachverhaltsbericht. Aber ich glaube, wir haben da noch mal was nachgeliefert bekommen, was dann in der Rechtsbewertung genannt worden ist. Wir haben ja dann den Sachverhaltsbericht nicht sozu-





## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen umgeschrieben, sondern die weiteren Details dann noch mal in der Rechtsbewertung aufgelistet.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Jetzt wären wir bei neun Minuten, müssten an der Stelle aufhören und die nächste Fraktion mit Fragen ranlassen. - Das ist nämlich die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Löwnau, erst mal von unserer Seite: Guten Tag und herzlichen Dank, dass Sie uns noch mal hier zur Verfügung stehen! - Jetzt habe ich mal zu einem solchen Prüfungsvorhaben noch mal eine Frage: Wie wird das denn geplant? Also, Sie waren ja verantwortlich für diese Prüfungen. Wird da ein Team gebildet? Macht man da einen Strategieplan? Wie geht man das an bei der BfDI?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, in der Regel ist es so, dass man entweder zum Beispiel grundsätzliche Pläne schon hat, so einen Jahresplan, wo man sagt: Wir müssen jetzt mal beim BKA oder beim BfV das und das angucken. - Oder wir gehen eben auf Themen, die entweder durch die Presse hochgekommen sind oder die wir durch Eingaben erfahren haben, wo wir dann sagen: Diese Sache müssen wir uns angucken; da scheint etwas möglicherweise so zu sein, dass wir es uns ansehen müssen. - In diesem Fall war es natürlich damals durch die Snowden-Enthüllungen, dass wir gesagt haben: Okay, das ist eine Stelle des BNDs, die bis jetzt - - meines Wissens vorher nie kontrolliert worden durch die Vorgänger, also durch Herrn Dr. Jacob zum Beispiel, sodass wir gesagt haben: Wir müssen das prüfen. - Dann wird eine Ankündigung gemacht. Man nimmt Kontakt auf mit der Behörde, die zu kontrollieren ist, lässt sich auch schon mal einige Informationen vorab schicken, stellt schon mal einige Fragen. Dann stellt man ein Team zusammen, und mit diesem Team geht man dann halt in diese Behörde und geht zu verschiedenen Arbeitsplätzen, die man sich dann ansieht - man lässt es sich allgemein erst einmal erläutern -, und wirklich am einzelnen Arbeitsplatz zu zuständigen Sachbearbeitern und schaut

sich dann eben an, wie dort eine bestimmte Sache eben in einem bestimmten System bearbeitet wird, -

**Christian Flisek (SPD):** Mhm.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** - und stellt dann Fragen und - - Ja, und dann wird später eben ein Bericht geschrieben, Sachverhalt und Rechtsbewertung. Normalerweise ist das nicht so umfangreich; das heißt, normalerweise ist es dann ein Bericht, wo Sachverhalt und Rechtsbewertung in einem ist. Das ist natürlich bei so einer umfangreichen Kontrolle, wie sie in Bad Aibling geschehen ist, nicht möglich. Da war das halt eine sehr umfangliche Sache, sodass alleine ja der Sachverhalt, wie Sie ja wissen, sehr umfangreich ist; das ist halt nicht der übliche Umfang, das - -

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Also, Sie sagen: „Anlass waren die Veröffentlichungen“, ja? Hat man damals die ganzen Snowden-Dokumente, die zugänglich waren, ausgewertet und hat dann sich fokussiert im Rahmen seiner Kapazitäten auf das Thema Bad Aibling, oder hat man da eher eine größer angelegte Prüfungsstrategie entwickelt?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Da wir ja zu dem damaligen Zeitpunkt im Prinzip nur einen Referenten und einen Sachbearbeiter in dem Bereich hatten, haben wir gleich gesagt: Es wird sich auf Bad Aibling erst mal fokussieren, weil das ja diese Stelle ist, die benannt worden ist als Hauptstelle, wo es eine Kooperation gab. - Und darum haben wir uns darauf erst mal fixiert. Und das war ja dann so umfangreich, sodass wir uns erst mal damit abgefunden haben. Das war ja dann sehr langwierig auch; die Dokumente liegen ja vor.

**Christian Flisek (SPD):** Sie sagen: Man kündigt das dann auch an. - Das ist klar. Ich meine, zu dem Zeitpunkt, wo diese Veröffentlichungen ja kamen und wo Sie dann wahrscheinlich auch Ihre Aktivitäten geplant haben, da war die BfDI in ihrem Status ja noch etwas anders, als sie jetzt ist, ja? Das heißt - korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch sage - aber: Sie waren ja eigentlich eine nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums - können Sie ja gleich was zu sagen; sagen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie gleich was dazu, ja, natürlich -; aber: Gab es da irgendwelche Gespräche zwischen dem BMI und der BfDI in Bezug auf dieses Prüfungsvorhaben?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, wir haben damals ja erst mal alle Stellen angeschrieben der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Herr Schaar damals. - Ach so - was? -: Wir sind natürlich nicht nachgeordneter Bereich des BMI gewesen, nie; das noch einmal zur Klarstellung. Weil die Rechte für die Prüfung ergeben sich aus der Person des Bundesbeauftragten oder der Bundesbeauftragten, die durch den Deutschen Bundestag gewählt wird.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Und wir Mitarbeiter waren allerdings Mitarbeiter des BMI. - Die Kontrolle in Bad Aibling wurde natürlich nicht mit dem BMI abgesprochen, weil das Bundesministerium des Innern natürlich nicht zuständige Behörde ist für den BND. Das heißt, die Benachrichtigung und die Absprache zur Kontrolle sind an BND und Bundeskanzleramt gegangen, weil das halt die zuständige Behörde ist.

**Christian Flisek (SPD):** Dann frage ich mal umgekehrt: Als klar war, dass Sie dieses Prüfungsvorhaben haben oder durchführen wollen: Gab es irgendwann mal vonseiten des BMI irgendeine Einflussnahme auf dieses Prüfungsvorhaben, dass man gesagt hat: „Aha, ihr geht jetzt nach Bad Aibling. Ist ja interessant. Was wollt ihr denn da? Da gibt es doch nichts“?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Kann ich mich nicht dran erinnern. Wir haben ja auch das BfV angeschrieben und das BMI natürlich; aber das war ja unabhängig davon, weil es da um die Tätigkeit des BfV geht und - -

**Christian Flisek (SPD):** Also, wen haben Sie angeschrieben noch mal?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wir haben natürlich das BMI und das BfV angeschrieben; wir haben auch den MAD natürlich - - Als Erstes haben wir

alle Behörden angeschrieben, Bundesbehörden natürlich, -

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** - für die wir zuständig sind, und haben auf die Antworten gewartet. Aber zu der Kontrolle in - - beim BND gab es - -

**Christian Flisek (SPD):** Hat sich das Kanzleramt mal gemeldet irgendwie?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ein Vertreter des Kanzleramtes oder eine Vertreterin - ich weiß nicht mehr, wer dabei war - war auch bei den Kontrollen dabei.

**Christian Flisek (SPD):** Ist das vorher besprochen worden, oder war der dann plötzlich da?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nein. Das ist eigentlich klar. Man weiß manchmal nicht genau, wer jetzt kommt. Ich glaube, in dem Fall wussten wir sogar, welche Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen. Ich weiß jetzt gar nicht mehr; ich glaube, es war eine Mitarbeiterin des Fachaufsichtsreferates. Es ist eigentlich schon mehrfach passiert, dass dann eben auch jemand vom Bundeskanzleramt dabei ist, wenn eine BND-Prüfung ist.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Ich versuche dann mal zu trennen: Es gibt sozusagen die zu kontrollierenden Behörden, und es gibt jetzt sozusagen dann die Behörden, die da irgendwie als Rechtsfachaufsicht oder sonst wie drüberhängen. Und ich muss mir das - korrigieren Sie mich, wenn ich das jetzt falsch wiedergebe - schon so vorstellen: Sie kündigen an, dass Sie da hingehen; dann gibt es einen Termin irgendwann mal, wann Sie da hingehen, und dann sind Sie da. Aber es gab im Vorfeld, vor allen Dingen mit Kanzleramt, BMI oder sonst wie, keinerlei irgendwelche Gespräche darüber, was man jetzt prüfen soll und was man nicht prüfen soll, was angeguckt wird, was nicht angeguckt wird.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, es gibt ja ein Ankündigungsschreiben, wo drinsteht, was Hauptmerkmal und Haupttrichtung der Kontrolle ist,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und die geht immer an die zu kontrollierende Behörde und an die Fachaufsicht. Also wenn wir das BfV prüfen, bekommt das Schreiben das BfV und das BMI. Und beim BND bekommen halt das Bundeskanzleramt und der BND natürlich dieses Schreiben, das Ankündigungsschreiben, wo drinsteht: Wir kommen. - Manchmal weiß man dann schon den Termin, wenn das Ankündigungsschreiben geschrieben wird. Manchmal machen wir auch das Ankündigungsschreiben und sagen: „Den genauen Termin werden wir noch verabreden“, damit wir sicher sind, dass auch die Ansprechpartner da sind, die wir dann für unsere Fragen brauchen.

**Christian Flisek (SPD):** Und wenn Sie sich jetzt noch mal dieses Ankündigungsschreiben vor Augen führen und jetzt vergleichen, was Sie tatsächlich sehen und prüfen konnten: Gibt es da ein Delta?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, das Ankündigungsschreiben war jetzt 2013. Ich muss zugeben, dass ich mir das nicht noch mal angeguckt habe. Das war, wenn ich mich recht entsinne - aber wirklich, ist weiß jetzt nicht mehr, wie das Ankündigungsschreiben genau war -, relativ allgemein und nicht sehr umfangreich. Das heißt, wir haben noch keine Details. Ich glaube, wir haben irgendwie gesagt: „Wir wollen das und das zusammenarbeiten“, oder so etwas.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, ich weiß wirklich nicht mehr, wie es inhaltlich war; das ist jetzt ja auch schon wieder drei Jahre her, dieses Schreiben. Und wir sagen ja dann auch immer: „insbesondere“, also um sicher zu gehen. Wenn wir jetzt zum Beispiel sagen: „Wir wollen insbesondere die Datei X beim Bundeskanzleramt - - nicht Bundeskanzleramt, beim BKA prüfen oder bei der Bundespolizei“, dann heißt das nicht, wenn wir da was anderes finden, dass wir das nicht auch weiter prüfen.

**Christian Flisek (SPD):** Ich meine, Sie hatten uns ja das letzte Mal zum Beispiel schon mitgeteilt, dass Sie keinen Einblick in diese Liste der NSA-Selektoren bekommen hatten. Das ist richtig,

nicht? Das hatten Sie uns letztes Mal schon mitgeteilt.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das hatte ich beim letzten Mal so mitgeteilt.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm. - Wissen Sie, mit welcher Begründung Ihnen dieser Einblick verweigert wurde?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die Begründung des BND ergibt sich aus dem Sachverhalt, der als Streng Geheim eingestuft ist. Und wir haben es auch noch mal aufgenommen, sowohl die Tatsache als auch unsere Bewertung dazu, in unserer Rechtsbewertung, die als Geheim eingestuft ist.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, ich will jetzt auf was anderes hinaus. Ich meine, wir haben ja hier diese Thematik als Untersuchungsausschuss auch, und uns wird ja dann sozusagen gesagt: Na ja, NSA-Selektoren, das ist also Material anderer Dienste; das dürfen wir euch nicht vorlegen. Also, wir wollen es natürlich euch vorlegen; aber wir dürfen es nicht vorlegen ohne Zustimmung des jeweils anderen Dienstes. - Und deswegen - das ist alles kein großes Geheimnis, weil wir das hier rauf- und runtergeleiert haben über viele Sitzungen - gibt es ein Konsultationsverfahren. Und dahinter steckt die durchaus, na ja, zu kritisierende - - oder der zu kritisierende Gedanke, dass das Parlament im Verhältnis zur Bundesregierung „Dritter“ sei. Da gibt es Vereinbarungen, da steht dann drin: Dritten darf das nicht vorgelegt werden. - Und jetzt stelle ich mir die Frage: Ist die BfDI im Verhältnis zur Bundesregierung eigentlich „Dritter“?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Erst recht, wenn man zum Innenministerium noch gehört! - Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine Rechtsfrage, die muss natürlich von den verschiedenen Stellen - -

**Christian Flisek (SPD):** Nein, ich frage Sie; nicht von den verschiedenen Stellen. Ich frage Sie.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand - Zuruf des Abg. Tankred Schipanski (CDU/CSU))

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist auch eine Rechtsfrage, und ich bin hier als Zeugin geladen. Und die entsprechenden Meinungen dazu, die sich im Sachverhalt und auch in der Rechtsbewertung finden, kann ich natürlich in nichtöffentlicher Sitzung darlegen.

**Christian Flisek (SPD):** Also, das heißt: Dazu, zu der Frage, ob die BfDI „Dritter“ ist oder nicht, und sozusagen, wenn der BfDI vom BND Selektoren oder überhaupt Material anderer Dienste vorgelegt werden - - also dass vorgelegt werden soll Material anderer Dienste, und die Frage, ob dann ein Konsultationsverfahren durchzuführen ist - ja oder nein? -: Dazu finden sich dann Ausführungen in dem Bericht, oder was?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Zu dem Thema finden sich Ausführungen im Sachverhaltsbericht und in der Rechtsbewertung, allgemein zu dem Thema.

**Christian Flisek (SPD):** Dann bin ich ja mal gespannt. - Wie ist das denn überhaupt, wenn die BfDI irgendwann mal sozusagen merkt, sie kommen nicht weiter: „Da wird geblockt, da wird blockiert; wir kriegen nicht die Informationen; wir wissen aber: Da gibt es Informationen“? Dann wird mit Staatswohl argumentiert, und alles, was man sonst so an Firewalls da einziehen kann. - Ist das mal denkbar, dass die BfDI sagt: „Jetzt klagen wir“? Ist das denkbar? Oder sagt man dann: „Nein!“

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Pech gehabt! - Die Zeugin blickt zu Vertretern der BfDI)

Pech gehabt!“?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine Grundsatzfrage; die müsste vielleicht mal bei uns vom Grundsatzreferat geklärt werden.

**Christian Flisek (SPD):** Gab es Fälle in Ihrer Zeit, wo mal das erwogen wurde? Jetzt komme ich nämlich zu Ihrem Satz, dass Sie Zeugin sind: Wahrnehmungen. Also: Gab es mal Fälle in der Zeit, wo Sie gesehen haben gegenüber einer anderen staatlichen Stelle, die Sie prüfen wollten - -

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

mussten Sie in die Tischkante beißen, und dann haben Sie gesagt: „Das wollen wir uns aber nicht gefallen lassen, und jetzt wollen wir klagen, weil wir das eigentlich nicht einsehen“?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, ich bin mir nicht mehr sicher. Ich meine mich zu erinnern, dass das zu Zeiten von Herrn Schaar in irgendeinem Zusammenhang mal geprüft wurde im Hause; aber ich kann mich nicht detailliert daran erinnern, ob das jetzt - - Ich weiß es wirklich nicht mehr. Ich meine, das Thema wäre mal aufgekommen; da das aber im Grundsatzreferat läuft - - Also, ich bin mir da nicht sicher, in welchem Zusammenhang das mal war.

**Christian Flisek (SPD):** Aber Sie können sich jetzt -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** - an keinen Fall erinnern, wo das mal durchexekutiert wurde. - Na, ich habe das auch -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** - recherchieren lassen. Ich finde dazu keine Rechtsprechung; es sei denn, die Rechtsprechung wäre auch eingestuft, was ich mir aber nicht vorstellen kann.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Bei der Bundesregierung ist alles möglich!)

- Mhm. - Das heißt, das übliche Verfahren ist, dass man dann einen Bericht macht und bestimmte Dinge rügt, einschließlich der Dinge, die man eventuell nicht zu sehen bekam, wo man



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann sagt: Wir sind da der und der Rechtsauffassung.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die BfDI - und der BfDI früher - hat nur die Möglichkeit eben, zu berichten und zu beanstanden; mehr rechtliche Möglichkeiten stehen der BfDI nicht zu. Sie kann natürlich dann auch noch dem Deutschen Bundestag zum Beispiel berichten oder Ähnliches allgemein, und natürlich den Tätigkeitsbericht, in dem man dann bestimmte Themen auch noch mal darlegen kann. Und dieser Tätigkeitsbericht wird ja auch dem Deutschen Bundestag - - Der ist ja der Bericht der Bundesbeauftragten an den Deutschen Bundestag. Andere rechtliche Möglichkeiten gibt es nicht zurzeit.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt hat ja auch der BND selber eine Datenschutzbeauftragte, und das war die Zeugin Dr. F., und die war auch hier schon bei uns am 9. Oktober 2014. Und das ist eine gute BND-Mitarbeiterin. Die hat zum Beispiel auch damals klare Kante gezeigt bei der Beurteilung von so Dingen wie Weltraumtheorie; das werden Sie ja kennen, den Begriff. So, und dann haben wir festgestellt, dass das dann so ein bisschen wie beim Schafkopfen ist: Der Ober sticht den Unter. Das heißt: Sie ist mit ihrer Auffassung nicht durchgedrungen.

Ich würde Sie jetzt mal fragen: Wie ist das denn, wenn so eine Datenschutzbeauftragte in doch rechtlich sehr relevanten Fragen eine abweichende Meinung hat? Ist das dann so korrekt, wenn das rein im Innenverhältnis der Behörde bleibt, dass sie sagt: „Ich zeige hier an. Ich teile diese Auffassung nicht. Ich halte sie für unzutreffend oder falsch“ - wie auch immer -, und dann schreibt der Präsident zurück: „Zur Kenntnis genommen. Wir machen trotzdem weiter“?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Theoretisch könnte sich natürlich ein Bundes- - Entschuldigung - ein Datenschutzbeauftragter, ein behördlicher Datenschutzbeauftragter, auch an die Bundesbeauftragte wenden.

**Christian Flisek (SPD):** Warum nur theoretisch?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Und - - Aber ob sie es macht - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich finde das total nahelegend. Und ich habe das Gefühl, dass in der Praxis, gerade bei der BND-Datenschutzbeauftragten, das nicht der Fall war. Gab es mal - - Haben Sie in der Vorbereitung dieser Prüfungen - Sie sind ja mit Nachrichtendiensten insgesamt betraut - - Haben Sie regelmäßig Kontakt mit den Datenschutzbeauftragten der Nachrichtendienste?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja. In fachlicher Hinsicht haben wir, wenn wir - - Wir stellen ja regelmäßig Fragen. Auch unabhängig von Kontrollen gibt es eben mal Fragen, dass - - Zum Beispiel Dateien müssen uns noch vorgelegt werden, und zwar nicht nur vom BND, sondern auch vom BfV; dann kriegen wir diese natürlich auch mit einer Stellungnahme des entsprechenden Datenschutzbeauftragten vorgelegt. Von daher gibt es Kontakte.

**Christian Flisek (SPD):** Das läuft aber nur in der Richtung - so wie Sie es jetzt geschildert haben -: Sie stellen Fragen an die, und die beantworten das dann mit einer entsprechenden Stellungnahme, im Zweifel auch des Datenschutzbeauftragten. Für uns natürlich die - in Anführungsstrichen - „interessantere“ Richtung wäre vielleicht auch mal die, dass sich eine Datenschutzbeauftragte oder ein Datenschutzbeauftragter eines Nachrichtendienstes von Haus aus, ohne dass Sie eine Frage stellen, vorher an Sie wendet und sagt: „Ich habe hier folgendes Problem: Ich kriege keine Einigung hin“, bzw.: Meine Behördenleitung ist folgender Auffassung. Könnt ihr euch das mal anschauen?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, grundsätzlich gibt es allgemeine Fragestellungen. Wenn sich also ein Datenschutzbeauftragter einer Behörde nicht sicher ist oder meint, er braucht Hilfestellung, rechtliche, dann gibt es die Fragestellung natürlich schon mal: Wie ist das auszulegen? Das und das ist vorgesehen. Wir sehen das so und so. Wie berät uns die Bundesbeauftragte oder der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesbeauftragte zu diesem Thema? Wie wäre das rechtlich möglich? - Das passiert schon mal.

**Christian Flisek (SPD):** Das sind aber abstrakte Rechtsfragen, die Ihnen dann gestellt werden.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Abstrakte Rechtsfragen oder schon irgendwelche Pläne, die vorliegen beim Datenschutz, und dass dann eben noch mal die Rechtsmeinung der Bundesbeauftragten eingeholt wird.

**Christian Flisek (SPD):** Ist in Bezug auf das Thema Weltraumtheorie von der Frau Dr. F. jemals an die Bundesdatenschutzbeauftragte herangetreten worden?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müsste dann die letzte Frage sein.

(Die Zeugin blickt zu Vertretern der BfDI und berät sich anschließend mit ihrem Rechtsbeistand)

- Das wird wahrscheinlich nur die Zeugin wissen, kein anderer. - Ja, die Antwort müssen Sie selber wissen; -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - kann Ihnen keiner bei helfen.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich meine, nicht. Also, ich kann mich zumindest nicht konkret daran erinnern.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Christian Flisek (SPD):** Gut.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann sind wir jetzt bei den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten

Tag, Frau Löwnau! Sie haben ja eine Rechtsbewertung als Behörde geschrieben zur Frage der Praxis der Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes. Ist das korrekt?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wir haben speziell darüber eine Rechtsbewertung gemacht, was in Bad Aibling geschieht; den Sachverhalt, den wir dort festgestellt haben, den haben wir dann rechtlich bewertet, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Den -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - haben Sie rechtlich bewertet. Und haben Sie für diese rechtliche Bewertung eine Freigabe des Kanzleramts bekommen?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wir haben, nachdem gefragt worden ist, ob diese Rechtsbewertung, die ja Geheim eingestuft ist, runtergestuft werden kann - da kam ja die Anfrage hier -, das Bundeskanzleramt angeschrieben, und zwar deswegen, weil natürlich die Rechtsbewertung nicht nur eine allgemeine rechtliche Aussage enthält, sondern weil diese Rechtsbewertung ja immer auf Sachverhalte Bezug nimmt. Die Sachverhalte sind originäre Sachverhalte - in diesem Fall - des Bundesnachrichtendienstes, und deswegen hat Frau Voßhoff das Bundeskanzleramt eingebunden. Und das Bundeskanzleramt hat gesagt, dass ihrer Meinung nach dieses Dokument nicht heruntergestuft werden kann, weil eben geheime Inhalte drin enthalten sind. Und die Bundesbeauftragte für den Datenschutz hat daraufhin dann noch mal diese Frage geprüft anhand der VSA und hat dann entschieden, dass dieses Dokument eingestuft bleibt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mhm. - Das war jetzt eine sehr lange Antwort. Also, Sie haben eine Freigabe des Bundeskanzleramts nicht bekommen.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Stimmt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Mhm. - Und jetzt stehen da ja so klar auch Sachen drin, die vielleicht ein bisschen sensibel sind; die hätte man ja auch schwärzen können. Aber es steht ja vor allen Dingen - - weil es ja eine rechtliche Bewertung ist, stehen ja vor allen Dingen rechtliche Bewertungen drin. Jetzt können Sie mir mal vielleicht erklären, wie die Geheim sein können; nicht die Sachen - also nicht, dass wir jetzt Zeit verlieren; ich habe nämlich nur acht Minuten -,

(Christian Flisek (SPD):  
Dann reden Sie ein bisschen schneller!)

sondern wie die rechtliche Bewertung Geheim sein kann.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die rechtliche Bewertung steht immer im Zusammenhang mit einem Sachverhalt. Und Frau Voßhoff hat dann anhand der VSA entschieden, dass der Gesamtbericht als Gesamtes gesehen werden muss, und hat eben entschieden, dass deswegen auch der gesamte Bericht nicht teilweise geschwärzt wird, sondern insgesamt als Geheim einzustufen ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt sind diese Sachverhalte aber, um die es da geht, auch die Sie rechtlich bewertet haben, zum Großteil öffentlich. Und das kann ich Ihnen jetzt hier sehr lang und breit darstellen. Ich gebe mal ein paar Beispiele.

Einmal geht es um die Frage, was eigentlich insgesamt passiert. Da haben wir hier MAT A BND-1/6a, Blatt 227; das ist eine Anfrage des BfDI zum Thema Prism und Tempora vom 20. August 2013. Da geht es um Herrn B., der gegenüber der BfDI was bestätigt.

Herr B. bestätigt auf Nachfrage, dass die vorgenannte Weitergabe von Rohdaten an US-SUSLAG in großem Umfang stattfindet. Es würden auf bestimmten Übertragungswegen im Ausland alle durch den BND erhobenen Daten an US-SUSLAG weitergegeben. Eine in-

haltliche Sichtung bzw. eine Eingrenzung der erhobenen Daten anhand von wie auch immer gearteten Kriterien finde nicht statt.

Ein Beispiel. - Eben schon angesprochen vom Kollegen Flisek: die Aussage in der 16. Sitzung vom 9. Oktober 2014. Da wird die Datenschutzbeauftragte des Bundesnachrichtendienstes befragt; die sagt auf Seite 14:

Ich kenne die beiden Datenbanken, für die wir jetzt das Dateianordnungsverfahren nachholen müssen. Das sind die Datenbanken INBE - das steht für „Inhaltliche Bearbeitung“ - und VERAS - Verkehrsanalyzesystem. Ich kenne des Weiteren eine weitere Großdatenbank namens PBDB - Personenbezogene Datenbestände der Abteilung Technische Aufklärung.

Auf Seite 24 geht es weiter

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Alles öffentlich!)

- alles öffentlich -:

Ziel von VERAS - es gibt mehrere Nutzungszwecke - ist, Verbindungen zwischen Personen, sogenannte Metadaten-Analysen, herzustellen. Also, Beispiel: Terrorist X. Mit wem hat Terrorist X telefoniert in den letzten zwei Wochen?

All das sind Sachen, die Sie kontrolliert, untersucht haben. Die Frage der US-Selektoren - wie gesagt, ich habe nur begrenzt Zeit -: All das sind Dinge, die in diesem Gutachten rechtlich bewertet werden. Jetzt erklären Sie mir bitte, wie aus dem Sachzusammenhang zwischen diesen Sachverhalten, die öffentlich sind, die in den Protokollen dieses Untersuchungsausschusses lang und breit mit Vertreterinnen und Vertretern des BND hier in öffentlicher Sitzung erörtert wurden - - wie die durch ein wie auch immer geartetes Verfahren plötzlich Streng Geheim werden können. Das ist für mich ein Rätsel, und ich würde das gerne hier auflösen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, die Bewertung des Sachverhaltes und der Rechtsbewertung ist - - Es ist halt eben eine Rechtsbewertung, die da erfolgt ist. Wie das eingestuft ist, das ist Aufgabe der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, weil das ja ihre Dokumente sind, und auch in Absprache mit den entsprechenden Diensten, mit den Teilen. Und ich kann jetzt nur aussagen, dass halt diese Bewertung nach der VSA so vorgenommen wurde von der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, und an diese Bewertung bin ich nun mal gebunden. Und ich kann nicht über die - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Löwnau, für die sitzen Sie ja hier, für die Bundesbeauftragte.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Genau.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind für mich heute die BfDI -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Genau.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - als Behörde.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja, gut.-

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen frage - - Ja, gut. Sonst hätten wir Frau Voßhoff tatsächlich laden müssen.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hätte Herr Schipanski auch einen anderen Ton angeschlagen; das wäre unter vielen Gesichtspunkten interessant gewesen.

(Heiterkeit)

Aber jetzt können wir ja sozusagen nur Sie befragen. Und jetzt erklären Sie mir noch mal: Wie kann es sein - Sie sind ja auch sozusagen eine

rechtskundige Zeugin hier -, dass aus öffentlichen - - Also, ich sage mal: Für mich ist das ein Putin'scher Mechanismus,

(Christian Flisek (SPD):  
Oijoi!)

wie aus einem - - ja, Sie können das ja gerne versuchen, mich zu widerlegen - wie ein in einer offenen Gesellschaft bekannter Sachverhalt, der von einer unabhängigen Datenschutzbeauftragten untersucht wird, ein streng geheimer Bericht werden kann - wie ist das möglich? -, den wir hier nicht in öffentlicher Sitzung erörtern können. Wenn Sie mir sagen: „Das Bundeskanzleramt ist schuld, weil die Freigabe nicht erteilt wurde“, das höre ich mir an. Aber wenn Sie mir sagen, Sie haben das, Ihre Behörde hat das entschieden, dann möchte ich gerne wissen: Wie kann aus „öffentlich“ und rechtlicher Bewertung „Geheim“ werden? Wie ist dies - - Wie geht das?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, der Sachverhalt ist geschrieben worden, und da war eigentlich alles Streng Geheim, was in dem Sachverhalt dargestellt worden ist. Dass die Kollegin - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): VERAS. Die Datei VERAS. Darüber - -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Dass die Kollegin des BNDs, die Datenschutzbeauftragte, dann hier öffentlich darüber gesprochen hat. Dann ist das so; dann hat das Bundeskanzleramt das eben auch so gemacht. Aber uns sind diese ganzen Dinge, die Sie jetzt zitiert haben, nur als Streng Geheim zur Kenntnis gekommen. Und ich bin halt an die VSA gebunden; es tut mir leid. Ich werde als Beamtin nicht gegen Vorgaben aus der VSA verstoßen, und das ist für mich einfach ein Risiko, dass ich auch nicht eingehen kann.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also sagen Sie: Weil das Bundeskanzleramt Ihnen Informationen, die hier in öffentlicher Sitzung erörtert worden sind, weil Ihnen als Behörde das Bundeskanzleramt das nur Streng Geheim gegeben hat, deswegen entscheiden Sie, dass das Streng Geheim ist.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre jetzt die letzte Frage.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wenn wir Unterlagen haben, die als Geheim oder Streng Geheim uns vorliegen, dann sind wir daran gebunden. Da ist ein Stempel drauf, entweder: „Geheim“ oder: „Streng Geheim“ - Streng Geheim sind ja nur ein paar; die anderen Sachen sind Geheim -, dann sind wir an diese Einstufung eben gebunden. Und da kann ich auch als Mitarbeiterin der Bundesbeauftragten für den Datenschutz so nichts ändern. Und ich habe eine Aussagegenehmigung, die mich dazu verpflichtet, mich an diese Geheimhaltungsvorgaben zu halten; es tut mir leid.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Wir müssten jetzt zur nächsten Fraktion kommen und kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Und es beginnt Kollege Schipanski.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, mit Blick auf das Aussageverhalten der Zeugin, da Sie uns immer in nichtöffentliche Sitzung verweist, haben wir auch nur noch Fragen in nichtöffentlicher Sitzung und sind dann gespannt, was Sie da vortragen.

**Dr. Patrick Sensburg (CDU/CSU):** Okay. - Wenn keine Fragen mehr sind, dann kommen wir zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Die Linke wieder. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sofern Sie Kenntnis dazu gewonnen haben bei Ihren Prüfungen, dass beim Bundesnachrichtendienst auch Daten zu deutschen Grundrechtsträgern und -trägerinnen verarbeitet wurden, haben Sie auch in Erfahrung bringen können, ob seitens des Bundesnachrichtendienstes Betroffene informiert wurden?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das war jetzt nicht Gegenstand der Kontrolle. Da haben wir die Kooperationen geprüft.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie bewerten Sie die Frage, ob man Betroffene informieren müsste? Das ist ja schon eine Frage des Datenschutzes. Ja? Also, ich glaube, ich bin bei Ihnen da schon richtig im Kern.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine Frage des Datenschutzes. Und grundsätzlich gibt es natürlich die Regelung, dass ab einem gewissen Punkt eine Benachrichtigung des Betroffenen zu erfolgen hat; aber eine rechtliche Bewertung jetzt im Zusammenhang mit unserer Kontrolle kann ich hier nicht abgeben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Soweit ich das immer verstehe, kann die Benachrichtigung unterbleiben, wenn der Aufwand zu hoch wäre, also zum Beispiel beim Einsatz eines IMSI-Catchers. Wenn da Tausende Personen erfasst wurden, kann die Behörde sich darauf zurückziehen, zu sagen: Der Aufwand ist zu hoch, jeden Einzelnen jetzt anzuschreiben. Wie würden Sie das jetzt im Fall von Datenerfassung durch den Bundesnachrichtendienst beurteilen - gegebenenfalls weil entsprechende Filtersysteme nicht funktionieren -, wenn dort am Ende deutsche Bürger und Bürgerinnen offenbar in der Datenverarbeitung gelandet sind? Wo ist die Grenze? Sie sagten: ab einem bestimmten Punkt. Welcher Punkt wäre das? Menge? Art? Wo ist der Punkt, ab wann eine Benachrichtigung unterbleibt?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich habe jetzt eben nur das - - im Prinzip die gesetzliche Verpflichtung halt zitiert. Aber im Prinzip werde ich jetzt keine Rechtsbewertung hier ausmachen, weil ich halt als Zeugin geladen bin und zu Tatsachen aussage und keine Rechtsbewertungen vornehme.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, die Rechtsbewertung ist ja hier nur strittig, wenn Sie sich auf den Prüfbericht bezieht. Das ist eine ganz allgemeine Frage - hat mit dem Prüfbericht nichts zu tun -, wie Sie die Benachrichtigungspflicht des Bundesnachrichtendienstes einordnen. Das hat mit dem Prüfbericht gar nichts zu tun.

(RA Dr. Heiko Lesch: Sie haben aber nach ihrer Bewertung gefragt, und das ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht Gegenstand des Zeugenbeweises!)

- Wieso nicht?

(RA Dr. Heiko Lesch: Das steht in jedem Kommentar!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also wenn die Zeugin das vorträgt, dann hören wir das auch alle, weil ich habe es jetzt nicht gehört.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Mein Anwalt hat mich darauf hingewiesen, dass es da um Wertungen geht. Und ich soll ja als Zeugin aussagen über Tatsachen und keine Wertungen abgeben und von daher: keine weitere Stellungnahme dazu.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Frage könnte vielleicht so gestellt werden: Ab wann die Behörde es so bewertet hat. - Vielleicht als Hilfe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Sind Ihnen Fälle bekannt - -

(RA Dr. Heiko Lesch: Oder welche objektiven Bewertungskriterien es gibt?)

- Nein, dann machen wir jetzt Tatsachen: Sind Ihnen Fälle bekannt, bei denen der Bundesnachrichtendienst Betroffene informiert hat? Ihnen als Datenschutzbeauftragte.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wir haben ein paar Eingaben sowohl vom BfV als auch BND, wo dann sich Bürger an uns gewandt haben und der Meinung waren zum Teil, es wäre nicht vollständig oder nicht - - Dann gehen wir dem nach. Also, wir haben Eingaben von den Nachrichtendiensten, also von Bürgern, die Benachrichtigungen haben - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das sind aber Auskunftersuchende. Mir geht es ja um die aktive Benachrichtigung durch den Dienst selbst. Es gibt ja zwei Dinge: Ich habe ja als Bürger, Bürgerin ein

Auskunftsrecht. Ich kann sagen: Sind bei Ihnen Daten gespeichert zu meiner Person? Es gibt aber auch eine Benachrichtigungspflicht der Dienste, wenn Personen erfasst wurden und das war nicht rechtmäßig, und die endet nur dort, wo es nicht verhältnismäßig ist. Kennen Sie so Fälle, wo der Bundesnachrichtendienst benachrichtigt hat?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ist mir jetzt kein Fall erinnerlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie sieht es aus, wenn besondere Berufsgruppen oder Berufsgeheimnisträger oder -trägerinnen betroffen sind? Müsste man da noch eine strengere Benachrichtigungspflicht bejahen?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist im Prinzip eine Bewertungsfrage, eine rechtliche Bewertung, und von daher: keine Aussage.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sind Ihnen Fälle bekannt, wo Anwälte, Parlamentarier, Ärzte, Seelsorger benachrichtigt wurden durch den Bundesnachrichtendienst?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Mir sind keine Fälle erinnerlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie sieht es mit Löschfristen aus? Sind Ihnen Fälle bekannt, wo unrechtmäßig erhobene Daten durch den Bundesnachrichtendienst gelöscht wurden?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ich bitte um kurze Unterbrechung, Beratung mit meinem Behördenvertreter.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand sowie mit Vertretern der BfDI)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Nach Beratung mit meinem Behördenvertreter und meinem Anwalt möchte ich darauf hinweisen, dass diese Frage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht mehr untersuchungsgegenständlich ist in dieser allgemeinen Form und deswegen auch nicht beantwortet werden kann.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Frau Löwnau, also ich habe jetzt keine weiteren Fragen mehr. Und ich weiß auch, dass es nicht in Ihrer Person oder in Ihrer Behörde liegt, dass eine weitere Befragung in öffentlicher Sitzung aus meiner Sicht wenig Sinn macht, sondern vielmehr an der Einstufungspraxis der zugrunde liegenden Dokumente durch das Bundeskanzleramt. Und vor dem Hintergrund habe ich nur noch eins zu sagen: Ich danke netzpolitik für die Veröffentlichung des BfDI-Prüfberichtes. Ich glaube, dieser Schritt hat uns allen die Gelegenheit gegeben, an anderer Stelle in der Öffentlichkeit und in der Fachwelt die Fragen zu erörtern, die anliegen heute. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Gut. - Herr Kollege Hahn, Sie haben noch Fragen, oder?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nur noch ganz kurz zur letzten Frage von Kollegin Renner noch mal: Sofern es sich auf den Untersuchungszeitraum bezieht, ob in dieser Zeit Löschungen vorgenommen worden sind seitens des BND, müssten Sie eigentlich antworten.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die Frage war jetzt Löschung von nicht - - Entschuldigung, ich bin jetzt - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht stellen Sie die Frage noch einmal.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Von nicht zulässigen oder auch rechtswidrig erhobenen Daten, wo Sie gesagt haben, die müssen gelöscht werden. - Ist Ihnen da was bekannt in dieser Zeit?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Beim BND nicht. Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Dann noch auch von mir eine abschließende Frage. Weil das ja so ein bisschen komisch hier im Raum steht, dass

Sie hier sind und eigentlich eine intensive Prüfung gemacht haben und irgendwie scheinbar nichts sagen können oder sagen wollen, will ich Sie einfach noch mal fragen: Wenn Sie denn dürften, würden Sie uns gerne hier die ganzen Rechtsverstöße, Datenschutzverstöße, Grundrechtseingriffe, die Beanstandungen, die massenhaften Beanstandungen gegenüber der Bundesregierung, würden Sie uns die hier gerne auch vortragen, wenn Sie es denn dürften?

(Christian Flisek (SPD): Ich beantrage, dass diese Frage als Frage der Woche ausgezeichnet wird! - RA Dr. Heiko Lesch: Was ist denn das für eine Unterstellung?)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die Rechtsbewertung der Bundesbeauftragten für den Datenschutz würde ich hier vortragen und auch erläutern, wenn diese nicht eingestuft wäre.

(Christian Flisek (SPD): Ja! Ist ja logisch!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber Sie erläutern es doch in nicht [sic!] eingestufter Sitzung. Das müssen Sie sogar. - Schließe ich daraus - - War das die letzte Frage, oder kommt noch was?

(Nina Warken (CDU/CSU): Besser nicht!)

Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Die Fraktion der SPD.

**Christian Flisek (SPD):** Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Keine weiteren Fragen. - Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Ich versuche es mal, doch einige Fragen beantwortet zu bekommen. Die erste ist: Ich habe hier in den Medien gelesen, dass die Bundesbeauftragte für Datenschutz systematische Gesetzesverstöße beim



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BND festgestellt hat, unter anderem auch Grundrechtsverletzung. Meine Frage geht jetzt dahin, nicht ob das stimmt oder nicht stimmt, sondern für den Fall, dass die Bundesbeauftragte für Datenschutz so was irgendwo feststellt bei einer Behörde: Was ist da Ihre Arbeitsgrundlage, Anweisung für Sie oder für die Datenschutzbeauftragte, wie man damit umgeht, mit einer solchen Erkenntnis? Also wenn so was festgestellt wird bei einer Behörde, dann teilen Sie das der Behörde mit, nehme ich mal an - das ist ja hier auch geschehen -, und wenn das vielleicht nicht reicht, vielleicht sogar die Behörde bei ihrer Meinung bleibt, wenden Sie sich dann irgendwie an eine vorgesetzte Stelle? An die Bundesregierung? Oder was ist da Ihre Weisungslage?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Also, das Verfahren ist so: Wenn wir eine Behörde geprüft haben - egal ob es der BND ist oder das BKA oder wer auch immer, die Bundesbehörden, für die wir zuständig sind - und wir haben Verfehlungen, Verstöße festgestellt, dann monieren wir die oder beanstanden sie im Zweifel auch. Und es wird natürlich dieser Bericht nicht nur an diese Behörde geschickt, sondern auch an das entsprechende Ministerium - oder beim BND eben an das Bundeskanzleramt -, sodass auch dann im Prinzip die Fachaufsicht informiert ist über die Dinge, die wir festgestellt haben - - und eben auch die Möglichkeit haben, dann dazu Stellung zu nehmen. Und dann ist eben die Frage: Wird das abgestellt oder nicht? Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz hat - genau wie ihre Vorgänger - keine andere Möglichkeit, als Beanstandungen auszusprechen. Sie kann dann natürlich, je nachdem was möglich ist unter Beachtung der VS-Vorgaben - es gibt ja Dinge, die kann man auch öffentlich machen -, im Tätigkeitsbericht diese Sachen halt dokumentieren. Und ja: Das sind die einzelnen rechtlichen Möglichkeiten, die es gibt. Andere gibt es nach der jetzigen Rechtslage nicht. Das ist so.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Sie können keine eigene Anweisung geben oder so was, -

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Genau. Das ist im Moment nicht möglich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern dann weisen Sie darauf hin, wenn so was hier passiert ist. Und das haben Sie hier auch gemacht?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Auch hier ist es im Prinzip so gelaufen wie immer, nur eben etwas umfangreicher, dass wir Berichte gemacht haben, Antworten bekommen haben. Wir sagen unsere Rechtsmeinung, stellen fest, was wir vorgefunden haben. Und auch das ist eben, wie gesagt, dem Bundeskanzleramt und dem Bundesnachrichtendienst halt bekannt gegeben worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Als Besonderheit hier natürlich noch, weil sich der Ausschuss mit dem Thema beschäftigt, wurde unser Bericht auch hierher geschickt, weil es eben untersuchungsgegenständlich ist unserer Meinung nach.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin ja selber auch in so einem Gremium. Nehmen wir mal an, Sie stellen da was fest und melden das der Behörde, wie Sie das einschätzen, melden das der Bundesregierung. Und wenn die jetzt alle - - Die bleiben jetzt bei der Meinung: Das ist alles okay. - Sie bleiben bei Ihrer Meinung: Das ist nicht okay. - Gibt es dann für Sie eine Möglichkeit - - Oder ist so was schon mal vorgekommen? Ist überhaupt so was schon mal vorgekommen, dass die Bundesregierung, das Ministerium, an das Sie sich gewandt haben, dann gesagt hat: „Das mag sein, dass Sie dieser Meinung sind, die interessiert uns aber nicht“, oder: „Die halten wir für falsch“?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Es ist unterschiedlich. Wir haben sehr oft wirklich die Erfahrung gemacht, dass eben eine entsprechende Behörde, die wir kontrolliert haben, auf die Ergebnisse eingeht und vielleicht was ändert; aber es gibt eben auch schon mal Dissens. Und wenn Dissens besteht, dann hat die Bundesbeauftragte, der Bundesbeauftragte keine andere Möglichkeit, als eben diese Beanstandung und diese Beanstandung dann auch öffentlich zu machen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist jetzt meine entscheidende Frage.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Man kann es ja - - Im Tätigkeitsbericht werden ja die Beanstandungen öffentlich gemacht. Im Prinzip: Beanstandung der Behörde XYZ.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das denn hier auch schon geschehen?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Der Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für den Datenschutz wird nächstes Jahr wieder veröffentlicht. Was da alles drin veröffentlicht wird, wird Ende des Jahres geschrieben und dann im nächsten Jahr vorgestellt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vor oder nach der Bundestagswahl?)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Vor oder nach der Bundestagswahl?“, fragt der Kollege. Die übernehme ich, die Frage.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist - - Der Tätigkeitsbericht wird dem deutschen Bundestag vorgelegt. Wann - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ist ja nicht mein Bericht. Es ist der Bericht der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, anders als ich - ich darf ja nicht mal das machen: in eine Veröffentlichung das reinschreiben - dürfen Sie, die Bundesbeauftragte dann durchaus so was auch öffentlich, also den Grundtatbestand auch öffentlich machen, dass Sie da eine Grundrechtsverletzung festgestellt haben; also bei schweren Verletzungen, nicht jetzt bei jeder.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Wir können das veröffentlichen, was im Prinzip unter der Berücksichtigung der VS-Vorgaben halt möglich ist. Ich habe jetzt nur allgemein dargelegt, wie bei uns Kontrollen dargelegt werden, welche Möglichkeiten der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz schon hatte und hat nach BDSG ganz allgemeiner Art.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen wir mal warten, was da drin steht. - Jetzt eine ganz andere Frage: Ist Ihnen bekannt, dass, wenn der Bundesnachrichtendienst eine strategische Überwachung vornimmt, das heißt Verkehre, Datenverkehre aus dem Äther aufnimmt - ich will jetzt gar nicht der Frage mit Weltraumtheorie oder so nachgehen - - sondern wenn der so was macht, dass die Gebiete, auf die sich diese Neugier des Bundesnachrichtendienstes bezieht, dass die benannt werden müssen von dem Parlamentarischen Kontrollgremium? Wissen Sie das? Dass die genehmigt sein müssen, sagen wir mal so.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine gesetzliche Grundlage; also das wären jetzt Rechtsausführungen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht Rechts- - Es geht darum: Können die solche Länder oder Gegenden oder Objektgegenden einfach auswählen, oder muss das genehmigt werden? Nach Ihrer Kenntnis.

(Die Zeugin blickt zu Vertretern der BfDI)

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Kurze Unterbrechung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand sowie mit Vertretern der BfDI)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Können wir?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Ja. - Die strategische Fernmeldeüberwachung ist ja im G-10-Gesetz geregelt. Dafür sind wir erstens nicht zuständig und zweitens wäre es eine ganz allgemeine Rechtsfrage, die jetzt nicht Gegenstand dieses parlamentarischen - - dieses Gremiums ist hier.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mich interessiert jetzt: Wenn das so ist, dass so eine Genehmigung erteilt werden muss, würde das dann heißen, dass nur Verkehre, die, sagen wir mal, in dieses Land oder in diese Länder gehen - - oder kann man dann auch Verkehre, die, sagen wir mal, in Deutschland durch Glasfaser gehen und die vielleicht inhaltlich da was mit zu tun haben, nehmen? Oder ist das dann örtlich eingegrenzt, beschränkt?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Auch das ist eine allgemeine Bewertungsfrage, zu der ich - - Als Zeugin soll ich ja nur zu Sachverhalten aussagen und nicht zu allgemeine Bewertungen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich dachte, ich könnte was von Ihnen lernen, weil Sie da wahrscheinlich mehr mit zu tun haben als ich normalerweise. Aber gut, wenn Sie sagen, das können Sie nicht oder wollen Sie nicht, dann brauchen Sie nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das Lernen müssten wir auf die nächste Runde beschränken, weil die Zeit um ist. - Und wir kämen jetzt nämlich schon zu den Fragen der Fraktion CDU/CSU wieder. Ich nehme an - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ich würde noch mal kurz nachfragen, weil die Frau Zeugin vorhin sagte, die Einstufung dieses Berichtes und die Entscheidung, dass das Ganze Geheim, Streng Geheim - - bzw. auch Sie nur in nichtöffentlicher Sitzung vortragen, erfolgte doch durch die BfDI? Oder habe ich das vorhin missverstanden?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Die Unterlagen, die uns ja vorliegen und die wir gesehen haben, sind alle eingestuft: Streng Geheim und Geheim. Daraufhin wurde dann der Sachverhalt als Streng Geheim eingestuft, auch wegen der teilweise streng geheimen Unterlagen und der Menge der

geheimen Unterlagen. Und bei der Rechtsbewertung wurde im Endeffekt der Bericht erst mal als Geheim eingestuft und dann natürlich nach den Nachfragen noch mal überprüft unter Einbindung des Bundeskanzleramtes und dann nochmals überprüft.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Die Einstufung erfolgte durch die BfDI; das war nur noch mal klar herauszuarbeiten. - Und dann eine zweite Frage: Die Kollegin Renner fragte Sie vorhin, ob der BND Grundrechtsträgern da etwas mitteilen muss, ob der informieren muss und Ähnliches. Sind Sie da zuständig? Muss er das tun, dass er das vorher bei der BfDI anzeigt?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Das ist eine Rechtsfrage. Aber ich habe nichts dazu gesagt, dass bei der BfDI so etwas angezeigt worden ist. Ich hatte die Frage auch eben so verstanden, ob wir Kenntnis von so etwas haben.

(Martina Renner (DIE LINKE): Genau!)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ja. Und da ist ja die Frage: Sie können ja nur Kenntnis haben, wenn der BND verpflichtet wäre, Sie da zu informieren oder etwas vorzulegen. Und das ist mir ja nicht bekannt, dass das der BND machen müsste. Von daher frage ich mich, wie Sie darüber Kenntnis haben können.

(RA Dr. Heiko Lesch: Wie lautet die Frage?)

- Ja. Wie es sein kann, dass Sie darüber Kenntnis hat, wenn der BfDI doch gar nicht zuständig ist für diesen Sachverhalt.

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Theoretisch könnten wir natürlich anfragen beim BND: Gibt es solche Benachrichtigungen? Wie oft haben Sie Benachrichtigungen durchgeführt? Aber das ist jetzt, glaube ich, nicht untersuchungsgegenständlich - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Na ja, man muss das ja nun schon richtigstellen; nicht dass hier ein falscher Eindruck entsteht. Also, Sie haben da weder angefragt noch können Sie also



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen, wie viele Anfragen da in irgendeiner Art und Weise vorlagen. - Gut. Dann haben wir da keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner hat keine Fragen mehr.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir hatten ja erklärt, dass wir keine Fragen mehr haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Man kann ja trotzdem noch mal fragen. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. - Dort gibt es keine Fragen mehr. - Kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Letzte Frage, Frau Löwnau, in öffentlicher Sitzung: Können Sie sich erklären, wie der Sachverständige Graulich hier in öffentlicher Sitzung diverse rechtlich merkwürdigste Einschätzungen geben kann zu Sachverhalten bezüglich der Praxis des BND und dafür vom Bundeskanzleramt eine Freigabe bekommt, während Sie in Ihrer rechtlichen Bewertung diese Freigabe nicht erhalten? Können sie mir dafür ein sinnvolles Argument nennen, das mich getroster in den Tag gehen lässt?

**Zeugin Gabriele Löwnau:** Da kann ich leider nichts zu sagen. Das entzieht sich auch meiner Kenntnis und - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das wäre ein super Punkt für eine Intervention des Bundeskanzleramtes, vielleicht das einmal zu erläutern; aber muss auch nicht sein.

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Die Einstufung erfolgte durch den BfDI!)

- Bitte?

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Der hat das eingestuft! Fragen Sie doch mal den BfDI!)

- Bitte?

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Die Einstufung erfolgte durch den BfDI!)

- Es hat keine Freigabe gegeben. Durch das Kanzleramt hat es keine Freigabe gegeben. Diese Akten waren als Geheim bzw. Streng Geheim eingestuft und - -

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Die Entscheidung ist doch beim BfDI und nicht beim Kanzleramt!)

- Nein. Sag mal - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also grundsätzlich: Der Kollege von Notz stellt Fragen an die Zeugin. Sonst müssen wir eine Beratungssitzung machen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich sage es noch mal, weil es offensichtlich immer noch nicht alle mitbekommen haben: Das Bundeskanzleramt hat diese Akten so eingestuft, hat diese Bewertung so abgegeben und hat gesagt: So, wir geben das - - Die wollten das runterstufen, und da hat das Bundeskanzleramt gesagt: Njet.

(RA Dr. Heiko Lesch: Wie lautet die Frage?)

- Ich entwickle meine Frage gerade. - So. Und da haben die gesagt: Nein. Und bei Graulich, der absurdeste - - der ja wirklich auch über Dinge - - Und all das ist ja öffentlich. Ja? Die Sachverhalte, die die BfDI beurteilt hat, sind alle öffentlich oder zu 90 Prozent öffentlich. Und trotzdem - das ist ja genau der Punkt - endet man im Ergebnis, weil die BfDI sich gebunden fühlt an diese Einstufung des Bundeskanzleramtes - - kommt man zu dieser perversen Situation, dass wir über die rechtliche Einschätzung einer unabhängigen Datenschutzbeauftragten nicht reden können. Das ist absurd. Und leider kann die Zeugin uns keinen Grund nennen, warum dieses Ergebnis so absurd ist. - Vielen Dank.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Frage kam jetzt doch nicht, oder? Das Entwickeln der Frage hat nicht zum Ergebnis geführt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich gucke nur wegen der Zeit. Dann kann ich hier die Uhr anhalten, dann sehe ich nämlich keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung.

Dann, wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit zur weiteren Vernehmung später im Anschluss mit Ihnen, Frau Löwnau, fassen. Ich schlage da folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung der Zeugin Löwnau am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit bei Enthaltung der Opposition mit den Stimmen der Koalition so beschlossen.

Herzlichen Dank, Frau Löwnau. Wir werden uns dann im Anschluss nach der öffentlichen Vernehmung der weiteren Zeugen in nichtöffentlicher Sitzung, gegebenenfalls eingestufte Sitzung, wiedersehen. Sie können jetzt erst mal Püschchen machen. - Danke schön.

Nur zu Information: An Fragezeiten war es jetzt so, dass die Koalition 32 Minuten gefragt hat, Nettofragezeit, die Opposition 33 Minuten Nettofragezeit. Bevor die nichtöffentliche Vernehmung der Zeugin Löwnau weitergeht - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - darf ich ganz kurz anmerken, weil das

vorhin auch so vehement eingefordert wurde: Vielleicht können wir für die letzten zehn Sitzungen einmal inklusive der Befragungszeit da mal gucken, wie das ist.

(Nina Warken (CDU/CSU):  
Ja, gern!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir machen es auf jeden Fall ab jetzt immer -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - im Voraus, damit wir es im Voraus haben. Kann ja jeder beachten, dass er seine Redezeit schön ausschöpft, damit das Verhältnis - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die Vergangenheit jetzt doch nicht?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir haben für die Vergangenheit zwei Sitzungen nachvollzogen. Es ist sehr schwer, aus den Protokollen Zeiten nachzuvollziehen. Zwei Sitzungen. Als Kollege Ströbele mal kritisierte, er käme zu wenig dran, habe ich das in zwei Sitzungen nachvollzogen. Das hatte ich auch hier gesagt, die Redezeit. Aber wie - - können wir gerne noch mal nachhalten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur sagen: Wenn es so polemisch zugespitzt wird, dann könnten wir da noch mal eine Ursachenforschung in der Vergangenheit machen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Na klar. Die Protokolle sind ja den Ausschussmitgliedern - der Öffentlichkeit noch nicht - zugänglich; und von daher kann jeder sich ja mal den Stapel der Protokolle vornehmen.

So. Also, Frau Löwnau, Sie dürfen jetzt in die Pause gehen. Und wir würden jetzt mit der nächsten Zeugin weitermachen. Das ist Frau Dr. Nökel. Und die bitte ich jetzt, in den Saal zu kommen. Und dazu unterbrechen wir erst mal





## Nur zur dienstlichen Verwendung

fünf Minuten, damit jeder sich auch mal die Beine vertreten kann.

Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von  
13.56 bis 14.08 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

### Vernehmung der Zeugin Dr. Friederike Nökel

Ich darf unsere zweite Zeugin begrüßen, Frau Dr. Friederike Nökel. Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Dr. Nökel, Sie haben den Erhalt der Ladung am 13. Oktober 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und diesem Ausschuss für Fragen und Antworten zur Verfügung stehen. Seien Sie herzlich begrüßt.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann auch gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, wenn Sie das anhand des Protokolls für notwendig erachten, und uns dann das Protokoll zurückzuschicken.

Ich habe Sie darüber hinaus zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bestraft werden. - Haben Sie dazu Fragen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung fortsetzen kann und Ihnen dann dort die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Anschließend erhalten die Mitglieder dieses Ausschusses die Möglichkeit, ihre Fragen an Sie zu stellen. Dies geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der jeweiligen Fraktion; eine Fraktion nach der anderen stellt Ihnen dann Fragen. - Haben Sie hierzu Fragen Ihrerseits?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Mein Name ist Friederike Nökel. Ich bin 44 Jahre alt. Ich bin studierte Volkswirtin, habe anschließend über Telearbeit promoviert, habe fünf Jahre in einer Werbeagentur gearbeitet und habe 2002 beim Bundesnachrichtendienst angefangen. Ich wohne Berlin.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Zunächst frage ich Sie, wie ich es gerade angekündigt habe, ob Sie es wünschen, zu Anfang ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, ohne von Nachfragen unterbrochen zu werden.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir unmittelbar zu den Fragen der Fraktionen. Auch hier beginnt in der ersten Fragerunde die Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt mit ihren Fragen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Guten Tag, Frau Dr. Nökel! - Nachdem Sie ja heute zum ersten Mal als Zeugin hier sind, hätte ich eingangs noch ein paar Fragen zu Ihrer dienstlichen Aufgabenstellung; ein bisschen haben Sie es ja schon angerissen. Seit wann sind Sie denn im Referat 603 im Kanzleramt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** 11.11.2013.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und Ihre dortige Zuständigkeit?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Fach- und Dienstaufsicht über die Abteilung TA und Wirtschaftsschutz.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt sind Sie ja eben vor allem als Zeugin heute geladen, weil Ihr Referat 603 im Bundeskanzleramt eben zuständig ist für die Fach- und Dienstaufsicht über die Abteilung TA des BND. Gibt es im Kanzleramt noch weitere Referate, die mit den Aufgaben betraut sind?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, es gibt das Referat 601, das mit den rechtlichen Aufgaben betraut ist, und natürlich die Projektgruppe „Untersuchungsausschuss“.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Dienst- und Fachaufsicht, wie muss man sich das konkret vorstellen? Was wird Ihnen proaktiv vom BND, sage ich mal, berichtet, vorgelegt, und wo fragen Sie nach?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Es werden vielfältige Dinge aktiv vorgelegt, also Kooperationen, besondere Vorkommnisse, und wir gucken uns dann an, was die uns mitteilen, und da, wo wir Nachfragebedarf sehen, fragen wir nach. Wir fragen auch aktiv zu bestimmten Dingen. Also, gerade zu Beginn von Snowden haben wir zu vielen Dingen einfach aktiv nachgefragt: Was weiß der BND dazu?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt die internen Arbeitsabläufe in Ihrem Referat: Was macht ein Referatsleiter konkret? Was macht ein Referent? Um vielleicht mal den Unterschied noch herauszuarbeiten.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Der Referatsleiter muss natürlich den Überblick über alles behalten, weil das Referat ein sehr großes Aufgabenspektrum hat, und der Referent ist dann tiefer in der Materie und guckt sich dann eben die Schreiben genauer an. Aber wenn Nachfragen sind an den Bundesnachrichtendienst, wird das natürlich immer mit dem Referatsleiter abgesprochen und in der Regel auch unter seinem Namen gehen die Weisungen raus und die Nachfragen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt haben Sie die Weisungen schon angesprochen. Also, ab welcher Hierarchiestufe - - oder wer kann dann da Weisungen erteilen? Praktisch der Referatsleiter?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wie werden die Weisungen dann kontrolliert und von wem?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das macht dann im Grunde genommen wieder das Referat. Also, jeder hat ja seinen Aufgabenbereich, und dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

guckt man eben: Gibt es da irgendwas, was dem zuwiderläuft? Haben wir den Eindruck, das läuft alles in die richtige Richtung? So wird es kontrolliert.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt hatten Sie vorhin schon besondere Vorkommnisse angesprochen. Da würde mich interessieren, ob Sie dann auch, sage ich mal, zunächst die wesentlichen Prozesse innerhalb der Abteilung TA überprüfen. Also, würden Sie sagen, die Frage der Steuerung von Selektoren ist angesichts der möglichen Tragweite - auch mit der Erfassung gegebenenfalls einhergehender Grundrechtseingriffe - dann ein wesentlicher Vorgang oder ein besonderer Vorgang?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, als das aufkam, das war schon ein ganz wesentlicher Vorgang, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und ansonsten, wie würden Sie, sage ich mal, den Begriff „besonderer Vorgang“, „wesentlicher Vorgang“ definieren? Oder ist das jetzt, ich sage mal, einzelfallbezogen? Ist es schwierig, da allgemein was dazu zu sagen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, das ist sehr einzelfallbezogen. Das können internationale Kooperationen sein; das können ganz viele Sachen sein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und allgemein? Also, die Selektorensteuerung an sich ist aber was, was Sie dann schon, sage ich mal, nachvollziehen, kontrollieren, sich anschauen? Jetzt nicht nur, wenn was, sage ich mal, passiert, sondern auch ganz allgemein, was da gemacht wird, das schauen Sie sich auch an?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, seit das Thema virulent geworden ist. Ja, da haben wir uns das dann sehr genau angeguckt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Seit das Thema virulent ist. - Wann haben Sie denn das erste Mal mit - - - Wann sind Sie das erste Mal mit der Thematik „kritische BND-eigene Selektoren“ in Berührung gekommen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das muss so April 2015 gewesen sein.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): 2015?)

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ist jemand in Ihrem Referat, der Ihres Wissens damit vorher schon in Berührung gekommen ist?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wenn Sie sagen: „Seit das Thema virulent ist, haben Sie es sich angeschaut“, muss ich dann daraus schließen - - Oder können Sie dazu dann überhaupt was sagen, weil es wahrscheinlich vor Ihrer Zeit auch war: Hat man sich dann vorher, sage ich mal, mit den Grundlagen - wie das abläuft mit den Selektoren, mit der Frage der Steuerung der Selektoren - in der Abteilung TA gar nicht befasst?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, in der Zeit, in der ich da war, nicht im Detail. Also nicht, nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Im Oktober 2013 ließ sich ja der BND-Präsident - also zumindest nach Kenntnis des Zeugen D. B. - zum ersten Mal über die BND-eigene Steuerung von Zielen mit Bezug zu Partnerstaaten berichten, und soweit für den Zeugen D. B. ersichtlich war, ging die Initiative davon auch vom Präsidenten aus. Vor dem Oktober 2013 hatte sich wohl weder die Leitung des Dienstes noch das Bundeskanzleramt zu der Thematik berichten lassen. Das würde jetzt auch das, sage ich mal, bestätigen, wie Sie es auch gerade gesagt haben, dass man dann tatsächlich vorher dazu weder nachgefragt hat - - sich hat berichten lassen. Oder es könnte ja auch sein, dass so was schlicht an dem D. B. als Unterabteilungsleiter vorbeigegangen ist. Aber das halten Sie nicht für möglich, sondern das ist auch das, wie Sie sagen würden, dass man eben vor Oktober 2013 auch nicht sich hatte berichten lassen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, ich bin erst im November ins Referat gekommen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Deswegen weiß ich das nicht, was vorher war; aber ich kenne es eben erst seit 2015.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wenn jetzt der Präsident im Oktober 2013 Klärungsbedarf hatte - wahrscheinlich wissen Sie es nicht, weil Sie da noch nicht da waren -, ging der dann von Ihrem Referat aus oder von einer anderen Stelle im Bundeskanzleramt? Können Sie vielleicht auch nichts dazu sagen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Kann ich nichts zu sagen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Die Vorgänge im PKGr wurden ja - - Die Vorgänge im BND wurden ja durch das PKGr, durch eine Taskforce, untersucht. Es gibt dazu eine öffentliche Bewertung vom 7. Juli 2015, und darin heißt es:

Im Oktober 2013 wurde innerhalb der Abteilung TA eine mündliche Weisung erlassen, dass Botschaften und Regierungseinrichtungen von EU/NATO-Staaten zu deaktivieren sind.

Ich gehe davon aus, dass das die Weisung des BND-Präsidenten ist, die nach seinem Besuch im Kanzleramt dann erlassen wurde. Können Sie das bestätigen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, also, ich kann es nicht bestätigen; aber ich gehe auch davon aus, dass es die war.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und damit wurde eine Weisung des Kanzleramts umgesetzt. Also, der BND-Präsident hat eine Weisung des Kanzleramts umgesetzt.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, wobei auch davon habe ich erst im Zuge der PKGr-Aufarbeitung erfahren. Ich kannte den Sachverhalt vorher auch nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Können Sie irgendwas dazu sagen, wie es dazu kam, was - - Ist Ihnen der genaue Inhalt bekannt, oder gab es Vorgaben des Kanzleramts?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Kann ich nicht, nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie da aus Ihrer Tätigkeit oder jetzt im Nachgang zu dem, was Sie jetzt erfahren haben, auch nichts dazu sagen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Wie auch das Treffen im Kanzleramt zustande kam, da haben Sie auch keine Kenntnis davon? - D. B. hat uns in seiner Befragung im September gesagt, dass er sich nicht mehr sicher ist, ob das Bundeskanzleramt im Nachgang der Weisung zur Deaktivierung der Selektoren mit Bezug zu Partnerstaaten einen Vollzugsbericht angefordert hatte. Er hat aber von Anfragen und Berichtsanforderungen ab März 2015 sowie Besprechungen im Kanzleramt gesprochen. Also, er war sich nicht sicher, ob es einen Vollzugsbericht gab; aber es gab wohl irgendwelche Nachfragen zumindest. Waren Sie da in die Vorgänge involviert, die dann ja wohl ab März - so D. B. - stattgefunden hatten?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, also, ab März 2015 war ich eng involviert.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und was waren das genau für Anfragen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Die TA hat uns Berichte geschickt, sogenannte Sachstandsberichte, und dann haben wir die ganz genau durchgearbeitet, und überall, an jeder Stelle, wo uns was nicht klar war, haben wir nachgefragt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, Sie haben sich dann nach der Deaktivierung der kritischen Selektoren erkundigt, oder?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nach vielem, also auch nach - - Ja, also danach, aber auch nach anderen Sachverhalten - Datenbanken, Prozessen -, also überall, wo irgendwas unklar war.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und bei den Besprechungen im Kanzleramt waren Sie dann auch anwesend, oder wer war da alles anwesend?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Bei manchen, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wer noch? Dann Ihr Referatsleiter?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, mein Referatsleiter. Bei einig- - Also, bei mindestens einer auch Staatssekretär Fritsche, ja, und Referat 601 war anwesend und verschiedene Vertreter des BND.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie viele der Besprechungen gab es da? Haben Sie sich da oft getroffen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, ich würde sagen - - Ich erinnere mich jetzt an, ich glaube, drei; aber das können auch mehr gewesen sein. Also, das kann ich jetzt nicht verlässlich sagen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und um was ging es da noch konkret? Über andere Dinge wie bei den schriftlichen Fragen oder - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, meistens war das dann noch mal, um Fragen zu präzisieren aus den - - Weil wenn man so einen sehr langen Bericht kriegt und dann schriftliche Nachfragen stellt, dann haben wir manchmal vielleicht in einer Weise gefragt, die dann auf der anderen Seite nicht verstanden wurde. Und so haben wir versucht, das zu klären und deutlicher zu machen, worum es uns geht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also haben Sie sich - wie muss man sich das vorstellen? - dann da erklären lassen: „Was habt ihr da jetzt deaktiviert?“, oder: „Wie funktioniert die Datenbank?“, -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Genau.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - oder: „Wie prüft ihr das?“, -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Genau.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - solche Dinge? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Genau.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Wie muss man sich denn die zeitliche Lücke erklären, die jetzt uns D. B. ja so geschildert hat? Also, es gibt die Weisung des Präsidenten im Oktober 2013, und dann gibt es Anfragen aus dem Kanzleramt im März 2015. Was war denn da dazwischen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu dem - - Also, ich kannte den 2013er-Sachverhalt nicht damals, und deswegen geht es für mich 2015 los. Also, dazwischen haben wir ja andere Dinge gemacht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und Sie haben ja gesagt, Sie haben erst auch 2015 dann davon erfahren, Sie selbst.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Mhm.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Also, da hat Ihnen auch keiner gesagt: „Hören Sie zu, da war was, und jetzt müssen wir mal gucken“, sondern da hat man sich schlicht gar nicht mit befasst?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Auch die Kollegen nicht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nicht dass ich wüsste, nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und warum dann ab März 2015?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Weil dann Sachen aufgetreten sind, die man gefunden hat, und dann haben wir angefangen, intensiver nachzufragen, und dann gab es ja diesen Besuch vom Chef BK in München, und dann fingen diese Sachstandsberichte an.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie sagen, welche Sachen da aufgetreten sind hier jetzt oder - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das waren - - Selektorenlisten sind aufgetaucht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Und das - - Wie ist das zu Ihnen gekommen? Hat dann der BND sich bei Ihnen gemeldet, wenn es aufgetaucht ist jetzt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das war nicht. Also, als die aufgefunden wurden, das war in der Zuständigkeit der Projektgruppe „Untersuchungsausschuss“. Wir haben das dann mitbekommen, und dann wurde geguckt: Was müssen wir jetzt da machen? Wonach müssen wir fragen? Wie müssen wir das jetzt aufarbeiten?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Also, es war jetzt nicht im Rahmen der üblichen Fach- und Dienstaufsicht, sondern in einem anderen Zusammenhang hat man Kenntnis von den Listen bekommen, und dann haben Sie gesagt: Oh, da müssen wir jetzt mal gucken.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Mhm.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Ist das üblich - klar, Sie sagen, Sie sind erst später gekommen; aber Sie hatten ja Kollegen, Vorgänger, andere Referate -, dass man da eine Weisung erteilt 2013, und dann macht man erst mal anderthalb Jahre gar nichts? Oder hat man da dann - - Gab es dann vielleicht mündlich eine Rückmeldung: „Ist erledigt, haben wir gemacht“, oder - - Das ist für jemand Außenstehenden schon etwas schwer nachzuvollziehen, dass da diese zeitliche Lücke ist. Ist das normal?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Meines Wissens wurde die Weisung nicht aus meinem Referat erteilt, und deswegen war auch nicht - - war für uns kein Anknüpfungspunkt. Also, ich habe davon nichts gewusst; deswegen ist es für mich einfach keine Lücke gewesen. Und ich denke, dass es den Kollegen genauso ging.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Meinen Sie damit, dass Ihr Referat komplett nichts gewusst hatte, weil es eine Weisung von weiter oben war aus dem Kanzleramt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich - - Das müssten Sie meinen Referatsleiter noch mal fragen; aber ich denke, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Üblicherweise haben Sie keine so großen Lücken.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Oder wenn Sie jetzt eine Weisung erteilen würden dem BND, wie machen Sie das normalerweise? Sagen Sie: „Bitte Rückmeldung in zwei Wochen“, oder wie läuft das?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, das kommt auf die Weisung an. Also, natürlich: Wenn wir von ihnen etwas möchten, dann kriegen sie eine Frist, und dann wird natürlich auch geguckt, ob das entsprechend eingeht. Es gibt aber eben auch Weisungen, wo einfach gesagt wird: „Es ist ab jetzt so und so zu verfahren“, und dann wird auch keine Rückmeldung erwartet, sondern dann wird erwartet, dass so verfahren wird.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt hat meiner Kenntnis nach das Gespräch mit dem BND-Präsidenten im Kanzleramt ja auch stattgefunden, aus dem dann die Weisung hervorging in Anwesenheit des für Sie zuständigen Abteilungsleiters. Ist es dann nicht üblich, dass der dann seinem Referat berichtet oder dem zuständigen Referat, Referatsleiter? Oder wie muss man sich das vorstellen, wenn Sie jetzt sagen, es ist davon auszugehen, Sie wussten gar nichts? Das ist aber jetzt - - So ist es - - Ist das immer so, oder ist das ein besonderer Vorgang oder - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das kann ich nicht sagen, weil ich natürlich nur das weiß, was er uns sagt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, ja.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Aber ich - - Das - - Also, weiß ich nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Schon komisch irgendwie, oder?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, weiß ich nicht. Also, es gibt sicherlich Dinge, die auf Ebenen verhandelt werden, wo es dann nicht alle mitbekommen, aber - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Klar, das kann es auch geben. Aber ich meine, Sie wären ja diejenigen gewesen, die es hätten wahrscheinlich dann auch nachvollziehen sollen. - Gut.

Jetzt hatte der D. B. uns gesagt, dass ab November 2013 einige Selektoren reaktiviert wurden, weil die pauschale Weisung - so hat D. B. es formuliert - zu weitgehend war, also die pauschale Weisung: Alles raus, was kritisch ist! - Und es gab da einen Entscheidungsvorbehalt des UAL und ab März 2014 des Abteilungsleiters im BND. Und der PKGr-Bericht stellt fest, dass mindestens ein Drittel der zunächst deaktivierten Ziele rechts- und auftragskonform und ihre Steuerung nicht zu beanstanden sei. Können Sie aus Ihrer Arbeit bestätigen, dass zunächst deaktivierte Selektoren dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder eingesteuert wurden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, meine Kenntnisse fangen 2015 an; aber nach den Unterlagen war es schon so, dass dann bestimmte Dinge wieder rückgeführt wurden, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Konnten Sie da einen gewissen oder einen bestimmten Anlass feststellen, warum er das dann wieder gemacht hat?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, weil das wichtige Informationen generiert hat.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - D. B. hat uns in seiner Vernehmung - ich weiß nicht, ob Sie dazu was sagen können - auch berichtet schon im Januar dieses Jahres, als er hier war, dass er im Frühjahr 2013, also schon vor Snowden und der genannten Weisung des Präsidenten, ohne konkreten Anlass eben selbst an einer Weisung gearbeitet hat; ich kann es kurz zitieren. Also, er hat ohne Anlass

den Referatsleiter T2D in einem wöchentlichen Zusammentreffen darauf angesprochen ..., inwieweit Botschaften und Regierungseinsparungen ganz allgemein bei uns gesteuert und erfasst werden, nach welchen Kriterien das erfolgt.

Im weiteren Verlauf, nachdem festgestellt wurde, dass es dazu keine Weisungslage gibt, habe ich ihn aufgefordert, eine diesbezügliche Weisung im Entwurf zu erstellen.

Die Weisung wurde dann im Sommer 2013 immer wieder überarbeitet, ist aber letzten Endes nicht in Kraft getreten, weil dann die Weisung von Herrn Schindler ja im Oktober 2013 kam und das dann alles überholt hat. Wissen Sie, ob - Sie selbst wohl nicht - Ihr Referat in diese Weisung, die D. B. da im Sinn hatte, im Frühjahr/Sommer 2013 irgendwie eingebunden war, in die Überlegungen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das weiß ich nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gibt es keine Aktenlage bei Ihnen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Keine, die ich kenne.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber wären das nicht auch die Fragestellungen gewesen, mit denen Sie sich dann hätten befassen müssen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, wenn wir es gewusst - - Also, wenn das Wissen da wäre, natürlich, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** D. B. meinte, sein Ziel sei es auch gewesen, Rechtssicherheit für die Mitarbeiter zu schaffen, wie eben mit Selektoren, die Bezug zu Partnerstaaten haben, umgegangen werden soll. Ist das auch ein Punkt, den Sie im Blick haben, Rechtssicherheit für die BND-Mitarbeiter zu schaffen, -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - und haben Sie da vielleicht jetzt dann auch gerade in Ihrer Zeit, wo Sie dort waren, konkrete Maßnahmen unternommen, wo Sie sagen: „Das musste jetzt gemacht werden, um Rechtssicherheit zu schaffen, auch für die Mitarbeiter“?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, natürlich. Also, das ist ganz wichtig, und deswegen wird eine DV-SIGINT erarbeitet aktuell, um genau das zu erreichen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, das wäre nämlich meine nächste Frage auch gewesen. So hat es D. B. uns auch gesagt, dass es eben wohl keine umfassende Dienstvorschrift gab, dass es Einzelanweisungen gab und auch kein dokumentiertes Verfahren gab - so stand es auch im PKGr-Bericht für die Steuerung von Selektoren - und dass man auch nicht sicher weiß, ob neue Mitarbeiter da geschult wurden. Und da sagen Sie jetzt, dass es so war, dass es - - Oder ist es tatsächlich so, dass es bislang dazu keine Dienstanweisungen gab? Keine, die das zusammengefasst hat?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, ich kenne keine.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Und die - - Da sind Sie jetzt dabei, so was zu machen?

(Die Zeugin nickt)

Und aus Ihrer Sicht müsste ja, denke ich, es auch sinnvoll sein, dass es sehr wohl ein automatisiertes Verfahren gibt bei der Einsteuerung von Selektoren. Also, D. B. sagte uns, ein automatisiertes Verfahren gab es nicht; es gab immer nur eher eine Grundrevision, hat er es genannt, beim Übergang in eine neue Datenbank. Das kann ja nicht sinnvoll und nicht zweckmäßig sein, sondern es ist ja sicher besser, wenn es ein automatisiertes Verfahren gibt, nach dem dann Selektoren geprüft werden, gesteuert werden.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, also - - Es gibt ja ein automatisiertes Verfahren, was zum Beispiel die Grundrechtsträger ausfiltert; also, das gibt es ja. Ansonsten, ja, ist es die Frage, inwieweit man so was automatisieren kann. Also - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Was sind denn die Überlegungen, die Sie jetzt anstellen, um diese Dienstvorschrift zu erstellen? Was müsste man denn da Ihrer Meinung nach regeln?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, das ist ein nicht abgeschlossener Vorgang.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff meldet sich da. - Machen Sie das Mikro bitte einmal an für die Tonbandaufzeichnung?

**MR Philipp Wolff (BK):** Nur zur Klarstellung für die Zeugin: Das ist tatsächlich ein laufender Vorgang. Insofern: Grundsätzlich ist das en détail nicht auszuführen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut, dann versuche ich es mal mit was anderem. - Es gab ja im März 2015, am 20. März, einen Besuch von Herrn Altmaier und Herrn Fritsche in Pullach in der Dienststelle. Im PKGr-Bericht heißt es zu dem Besuch, dass dem Chef BK anlässlich dieses Besuchs unter anderem auch dieser Vorgang, also die Steuerung von Personen und TKM aus EU- und NATO-Staaten, erläutert wurde. Waren Sie irgendwie involviert in die Vorbereitungen für den Besuch, und was war denn der Hintergrund des Besuchs?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Der Hintergrund war, dass sich Chef BK vor Ort selber ein Bild machen wollte. Ich war nicht involviert in die Vorbereitungen; ich war auch nicht dabei. Ich habe im Prinzip dann erst im Nachhinein die Bearbeitung mit übernommen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und was war dann das Ergebnis des Besuchs?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das Ergebnis waren zwei konsenterte Sofortweisungen, die dann auch noch mal schriftlich übermittelt wurden, und dann eben die dann beginnenden Sachstandsberichte.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Zwei Sofortweisungen bezüglich konkret des Umgangs mit Selektoren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Genau.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Also, ich weiß nicht - - Können Sie vielleicht noch mal dann den weiteren Ablauf schildern, welche Schritte man dann konkret unternommen hat, vielleicht auch im Hinblick auf die Gruppenliste? Wie ist es konkret weitergegangen nach dem Besuch?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, zunächst ging es mit dem anderen Themenkomplex erst mal los. Die Gruppenliste, das kam ein bisschen später. Ich glaube, das ging dann tatsächlich erst vier Wochen später, als es dann in diese Sachstandsberichte einfließt, verstärkt los. Also, es war, glaube ich, so, dass bei dem Besuch Fragen übergeben wurden, und die sind dann in dem ersten Sachstandsbericht beantwortet worden. Und das war dann der Anknüpfungspunkt, um immer weitere Fragen zu stellen und das weiter aufzuarbeiten.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und war der Besuch dann auch ursächlich für die auch laut PKGr-Bericht zunächst wohl nur rudimentäre erste Unterrichtung des PKGr im Mai 2015?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, also, das war ja ein laufender Vorgang. Wir haben ja erst mal anfangen müssen, uns überhaupt ein Bild zu verschaffen. Insofern - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber der Besuch war ursächlich für die Unterrichtung?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, der Besuch? Also, der Sachverhalt als solches. Ich würde jetzt nicht sagen: „der Besuch“, sondern insgesamt der Sachverhalt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und warum hat dann die ausführliche Unterrichtung erst Mitte Oktober 2015 stattgefunden, also die ausführliche Unterrichtung des PKGr?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Weil wir uns erst ein Bild verschaffen mussten. Also, es war für uns ein neuer Vorgang.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie war denn Ihrer Kenntnislage nach das Wissen bezüglich der

Gruppenliste in Ihrem Referat zwischen Oktober 2013 und Mai 2015? War das irgendwie bekannt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nicht vorhanden.

(Martina Renner (DIE LINKE): Nicht vorhanden?)

Also nicht bis Mai, sondern bis März, also bis zu dem Chef-BK-Besuch.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie müssten jetzt zum Ende kommen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. - Dann vielen Dank zunächst.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Es kommt jetzt die Fraktion Die Linke dran. Frau Kollegin Renner beginnt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Frau Dr. Nökel, ich habe eine Frage zu Ihrem Wechsel vom BND ins Bundeskanzleramt. 11.11.2013 ist ja nun kein übliches Datum für einen Dienstbeginn; meistens ist es ja zum Monatsanfang. Wie kam es, dass Sie im laufenden Monat eingewechselt sind?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich hatte vorher noch eine dienstliche andere Verpflichtung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber das war ein ganz regulärer - und Sie haben sich auf eine Stelle beworben? - Übergang?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Genau.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie können sich vorstellen, beim Datum 11.11.2013 schrillen bei mir die Alarmglocken, ja?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das hatte überhaupt nichts mit dem Datum zu tun. Ich war am 28.10. schon mal da gewesen einen Tag, habe dann eine andere dienstliche Verpflichtung abgearbeitet, und der 11.11. war ein Montag, und da war ich dann da.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. - Weil das war ja auch eine Woche, wo im Bundeskanzleramt die Hölle los war, nicht? Also, man hat plötzlich erkannt, dass es irgendwie eine unentdeckte rechtsterroristische Gruppierung in der Bundesrepublik gibt und Ähnliches. Möglicherweise hat das ja auch BND-Bezüge; das ist ja alles noch offen. Davon wissen Sie nichts?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay, gut.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** - das ist völlig jenseits der Zuständigkeiten.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja. - In Ihrer Verwendung im Bundesnachrichtendienst, hatten Sie dort irgendwelche Berührungspunkte mit dem Bereich technische Aufklärung oder ausländische Nachrichtendienste, insbesondere NSA und CIA?

(Die Zeugin berät sich mit  
MR Philipp Wolff (BK))

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, das ist nicht untersuchungsgegenständlich; aber ich kann Ihnen im Detail sagen, was ich gemacht habe, in eingestufte Sitzung.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Also, uns interessiert natürlich bei der Frage der Wirksamkeit von Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht auch immer die Frage, ob es so einen Drehtüreffekt gibt, also dass quasi zwischen den Diensten und denen, die sie kontrollieren sollen, das Personal permanent hin und her irgendwie sozusagen wandert, und in dem Zusammenhang ist es für uns schon relevant. Also, dass Sie als - - Sie müssen ja nicht sagen, was Sie gemacht haben, aber ob Sie vormals etwas mit dem Gegenstand zu tun haben, den Sie später kontrollieren sollen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, was ich vorher gemacht habe, ist nicht untersuchungsgegenständlich.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, aber ich untersuche die Wirksamkeit der Dienst-, Fach- und

Rechtsaufsicht im Bundeskanzleramt, und dazu muss ich wissen, ob dort Personen eingesetzt werden, die vormals das tun, was sie später kontrollieren. Das darf ein Untersuchungsausschuss.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff** (BK): Ich glaube, die Antwort ist aber insofern auch relativ eindeutig, weil sie gesagt hat, dass sie mit dem, was der Ausschuss untersucht, nämlich den Bereich der TA, die Kooperation, vorher nicht zu tun hatte, und dann kann sie ja in der eingestuften Sitzung das vielleicht, glaube ich, noch besser darlegen. Das ist, glaube ich - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Sie hatten auch dienstlich nichts mit der NSA oder der CIA zu tun?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das kann ich nur in eingestufte Sitzung sagen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Dass Sie nichts damit zu tun hatten?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ob ja oder nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff. - Oder doch nicht?

**MR Philipp Wolff** (BK): Nicht im Bereich des Untersuchungsausschusses, also nicht mit dem Thema.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Waren Sie selbst einmal in Bad Aibling?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wann war das?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das war mit dem PKGr. Oder wann - - Also, es war nach - - Es war im Jahr 2015.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): 2015?)

Ich glaube, es war im Oktober.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und das war ein einmaliger Besuch?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, das war ein einmaliger Besuch.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Haben Sie ansonsten Dienststellen des BND besucht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, ich - - Also, wir waren im Zuge der Aufarbeitung auch einmal in Pullach.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Einmal?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, zweimal.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Zweimal in Pullach. - Auch erst im Rahmen der Aufarbeitung?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wann haben Sie das erste Mal Kenntnis erlangt, dass der Bundesnachrichtendienst Suchbegriffe der NSA in seiner Datenbank einsetzt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich glaube, als der Untersuchungsausschuss losging. Also, ich glaube, Anfang 2014.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Vorher nicht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich glaube nicht, aber das kann ich also jetzt nicht - - Also, es kann ja nur zwischen November und Anfang 2014 - - Das kann ich jetzt nicht mehr völlig sicher sagen, aber ich denke, erst mit Beginn - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Sie sind für die sachliche Prüfung zuständig im Bundeskanzleramt. Das habe ich richtig verstanden, ja?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, ich - - Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, ich will das noch mal voranstellen. - Dazu muss man sich ja einen Überblick erst mal verschaffen, was der Bundesnachrichtendienst so macht. Wenn der

Bundesnachrichtendienst 4,7 Millionen Suchbegriffe der Amerikaner einsetzt, müsste das die Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht wissen? Müssen diejenigen, die sachlich kontrollieren, davon Kenntnis haben, dass 4,7 Millionen Suchbegriffe der Amerikaner auf den Datenbanken des Bundesnachrichtendienstes laufen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Wir haben nicht - - Also, nach so Details habe ich zumindest nicht - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): 4,7 Millionen sind kein Detail.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja. - Möglicherweise ist ja sogar die Anzahl der NSA-Selektoren größer als die der BND-Selektoren. Können Sie das in Relation setzen? Wissen Sie etwas zur Anzahl der BND-Selektoren? Ohne mir jetzt die Zahl zu nennen. Aber könnten Sie sie wissen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ist sie größer oder kleiner als die der NSA-Selektoren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich glaube, kleiner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Mhm, genau. - Also, was ist der maßgebliche Zweck? Der maßgebliche Zweck ist offenbar, dort die NSA-Selektoren laufen zu lassen. Das können Sie doch nicht als „Detail“ bezeichnen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, also - - was - - ich - - Wir haben dazu nicht nachgefragt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Hätte der BND Sie darüber informieren müssen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, nicht proaktiv. Das - - Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Sie sind der Meinung als Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht, dass der Bundesnachrichtendienst nicht darüber das Bundeskanzleramt in Kenntnis setzen musste,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass der Hauptzweck seiner Datenbank ist, dort für die Amerikaner Suchbegriffe durchzujagen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, die Kooperation mit den Amerikanern war aus unserer Sicht wichtig und richtig und - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie im November, als Sie dort Ihre Tätigkeit aufnahmen, die entsprechenden Grundlagen für die Kooperation, also MoA, zur Kenntnis nehmen können?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wann haben Sie zum ersten Mal das MoA gesehen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich glaube, als der Untersuchungsausschuss losging.

**Martina Renner (DIE LINKE):** „Danke an den Untersuchungsausschuss“, kann man da langsam mal vom Bundeskanzleramt sagen. - Dass Sie das nicht wussten, ist das jetzt Schlamperei des Bundesnachrichtendienstes, Schlamperei des Bundeskanzleramtes, oder ist das Methodik? Also, ich frage das mal ganz konkret: Kann es sein, dass der BND für einen ausländischen Nachrichtendienst, insbesondere die Amerikaner, Erfassungen steuert außerhalb des Auftragsprofils, weil es so einen Grundsatz do ut des gibt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, also, das Wissen darüber war einfach nicht vorhanden, und das ist nicht - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wann haben Sie denn das erste Mal erfahren, dass Suchbegriffe der Amerikaner außerhalb des Auftragsprofils gesteuert wurden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Auch im Zuge des Untersuchungsausschusses.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wann haben Sie das erste Mal erfahren, dass der Bundesnachrichtendienst Suchbegriffe außerhalb des Auftragsprofils steuert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, von dem Sachverhalt Gruppenliste haben wir ab 2015 erfahren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich frage da noch mal: So eine Überlegung: „Es ist zwar nicht rechtens; aber wir machen es trotzdem, weil es einem höheren Ziel dient“ gibt es bei einem Nachrichtendienst nicht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, ich denke nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und so eine Überlegung gibt es auch niemals im Bundeskanzleramt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. - Da würde ich gerne dazu noch mal dann in der nächsten Runde einen stillen Vorhalt machen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz genau. Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

**Christian Flisek (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Nökel, guten Tag! Ich will vielleicht mal anfangen - - Als die Bundeskanzlerin am 23.10.2013 ihr berühmtes Statement abgegeben hat: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, wenn Sie sich da mal vielleicht - - Wie hat das auf Sie damals gewirkt? Was wollte die Bundeskanzlerin damit aussagen? Wie haben Sie das interpretiert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ihre Verärgerung darüber, dass sie von den Amerikanern mutmaßlich überwacht wurde.

**Christian Flisek (SPD):** Und in welchem Kontext sehen Sie diese Aussage, wenn Sie sich verdeutlichen oder vor Augen führen, was eigentlich auch der eigene Auslandsnachrichtendienst zu diesem Zeitpunkt an Maßnahmen betrieben hat?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, das war nicht gut; aber wir wussten es ja zu diesem Zeitpunkt nicht. Also, wir hatten auch keine Annahme darüber.

**Christian Flisek (SPD):** Das bedeutet also, zum Zeitpunkt 23.10. hatte das gesamte Bundeskanzleramt keine Annahme, dass gegebenenfalls Freunde - egal welche Motivation jetzt dahintersteckt; aber es geht ja um die Frage, ob man Freunde überhaupt ins Visier nimmt - auch durch den eigenen Auslandsgeheimdienst ins Visier genommen werden.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, ich kann nicht fürs gesamte Bundeskanzleramt sprechen, sondern nur für mich und ein Stück weit für mein Referat. Und die Annahme hatten wir nicht.

**Christian Flisek (SPD):** Ich meine, Sie haben ja selber beim BND gearbeitet. Kann man sich wirklich auf den Standpunkt stellen - auch angesichts natürlich der Rechtslage, die es ja unzweifelhaft international gibt, dass das nicht verboten ist; es ist ja nicht verboten -, dass der BND so was nicht macht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, die Frage ist: Was ist die Zielrichtung? Also, die Zielrichtung - Sind Zielrichtung Freunde, oder ist Zielrichtung das APB?

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, ich sage ja, das ist ja mal unabhängig davon, nicht? Wenn ich mein allgemeines Auftragsprofil habe, dann ist trotzdem die Frage: Nehme ich Freunde ins Visier, um dieses Auftragsprofil umzusetzen, ja oder nein? Ich meine, im Sommer 2013 hatten wir die Snowden-Veröffentlichungen, die ja doch sehr substanziell dann auch wurden, und die Bundeskanzlerin hat sich kaum oder nur sehr schmallippig eigentlich zu der ganzen Frage geäußert. Und dann kommt dieser Satz, den ich im Übrigen inhaltlich voll und ganz unterstütze; also, ich kritisiere die Aussage in keinem einzigen Wort. Nur, ich stelle mir die einzige Frage: Angesichts der Sachlage, die wir im eigenen Land haben, wie kommt eine Regierungschefin, die noch dazu ein Amt an ihrer Seite hat, das die Rechts- und Fach-

aufsicht über die eigenen Dienste ist, dazu, so etwas zu sagen im Wissen, dass es bei uns auch nicht anders läuft? Ist das nicht Heuchelei?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich kann nichts dazu sagen, was die Bundeskanzlerin weiß.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, Sie können uns aber was sagen, was das Amt dazu wusste, und Sie sagen uns: Bis zu diesem Tag hat das Amt nichts gewusst.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich kann nicht fürs Amt sprechen; ich kann nur für mich sprechen. Ich habe es nicht gewusst. Ich habe es erst 2015 erfahren.

**Christian Flisek (SPD):** Erst 2015? - Und das heißt, Sie waren auch zu keinem Zeitpunkt dabei persönlich, als irgendwo der BND-Chef mal hier den Chef BK unterrichtet hat, damals noch Pofalla?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Die Frage, die uns interessiert hier, ist natürlich die: Hat man die Bundeskanzlerin ins offene Messer laufen lassen vonseiten des BND? Oder gibt es im Bundeskanzleramt tatsächlich ein Unwissen über diese Sachverhalte? Oder gibt es so etwas wie eine Firewall-Politik, dass man sagt, gewisse Dinge sollen gar nicht nach oben kommen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, wie gesagt, ich weiß es seit 2015, und dann haben wir es sehr offensiv natürlich nach oben gemeldet, was uns bewusst - - was wir da erfahren haben.

**Christian Flisek (SPD):** Diese ganze Thematik, dass es gegebenenfalls auch Tätigkeiten des BND in Bezug auf europäische Ziele gibt, ist Ihnen erst im Frühjahr 2015 begegnet zum allerersten Mal?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja. Im Zuge der Tätigkeit da, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Auch nicht aus Gesprächen mit Kollegen, aus irgendwelchen Aktenvermerken, die es gibt, dass es hier eine Problemlage geben könnte?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aus Meldungen?)

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Das fällt mir echt schwer, das nachzuvollziehen - das sage ich ganz offen -, weil im März 2015 hat dieser Ausschuss schon ein Jahr gearbeitet. Allein schon aufgrund der Tätigkeit dieses Ausschusses hätte man eigentlich mal überlegen können: Gibt es da nicht wirklich Stellen, wo es brennt? Ich stelle mir zum Beispiel die Frage ganz konkret als - - Wann war der Wechsel von Herrn Pofalla auf Herrn Altmaier?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das genaue Datum kann ich Ihnen nicht nennen.

**Christian Flisek (SPD):** In etwa.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Im Herbst 20- - Also, 2013, nach Oktober auf jeden Fall.

**Christian Flisek (SPD):** Und Sie wissen, dass es im Oktober 2013 eine mündliche Weisung gab dort?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Weiß ich seit 2015, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. - Und Herr Altmaier wusste das auch erst 2015?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Kann ich Ihnen nicht sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie mit ihm nie darüber gesprochen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Und gab es keinerlei Äußerungen dazu?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich habe Vorlagen geschrieben für Herrn Altmaier; aber ich habe nie mit ihm darüber gesprochen.

**Christian Flisek (SPD):** Und in diesen Vorlagen haben Sie sich mal mit der Frage auseinandergesetzt: Wie kann es denn eigentlich sein, dass es offensichtlich von Herrn Pofalla eine mündliche Weisung gab, kurz nachdem die Kanzlerin das gesagt hat, und es ansonsten dann kein weiteres Interesse im Bundeskanzleramt gegeben hat offensichtlich, ob diese Weisung auch umgesetzt wurde?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das war nicht Gegenstand der Vorlagen.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, das ist eine interessante Aussage. Aber muss man - - Glauben Sie nicht, dass das eine interessante Fragestellung gewesen wäre? Hat sich ein anderer Kollege oder eine andere Kollegin mit dieser Fragestellung beschäftigt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nicht dass ich wüsste, nicht aus meinem Referat.

**Christian Flisek (SPD):** Dann stellen Sie - - Dann sagen Sie mir doch mal, bei den Vorlagen, die Sie geschrieben haben, was Sie da für Aufgabenstellungen hatten.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das war, die Berichte der TA zu bewerten, was dann an Informationen reinkam, zu prüfen, zu klären, was es für Nachfragebedarf gibt, und das zu bewerten.

**Christian Flisek (SPD):** Und von wem haben Sie diesen Auftrag bekommen, diese Bewertung durchzuführen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das war unterschiedlich: von meinem Referatsleiter oder vom AL oder von Herrn Fritsche.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht nur zur Info: Altmaier ist seit 17.12.2013 Kanzleramtsminister.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Und haben Sie - - Waren das mündliche Aufträge, die erteilt worden sind?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Und das heißt, Sie haben im Endeffekt dann das, was Ihnen von der Abteilung TA zur Verfügung gestellt wurde, gesichtet und bewertet.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Und jetzt mal unter dem Gesichtspunkt, dass das natürlich die Aufsicht ist und dass das am Ende sowohl auch bei Herrn Fritsche oder Herrn Altmaier landet. Zu welchem Ergebnis sind Sie denn dann gekommen, wenn Sie sehen, dass in der Abteilung TA noch vor Snowden Bemühungen angegangen worden sind, hier eventuell Anweisungen zu basteln, die aber nie offensichtlich wirklich umgesetzt worden sind, also ein Problembewusstsein existierte, dass wir Vorgänge haben - die haben Sie ja auch mitgekriegt - rund um Dr. T. damals?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nein?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das ist alles erst 2015 im Zuge des - - Davon wusste ich nichts.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja. Ich sage ja: Aber in diesem Zeitraum, 2015, haben Sie ja das alles auf den Tisch bekommen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, aber das war dann nicht Gegenstand von Vorlagen. Gegenstand der Vorlagen waren die aktuellen Entwicklungen und die aktuellen Informationen, die wir von der TA bekommen haben.

**Christian Flisek (SPD):** Und den Rest blendet man aus?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Was heißt: „Das blendet man aus“?

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ich kann mir das gar nicht vorstellen, wie man so arbeiten kann, also wie man irgendwie sagen kann: Angesichts des gesamten Kontextes, in dem man ja sich hier befindet, angesichts der Tatsache, dass ein Untersuchungsausschuss existiert seit März 2014, angesichts der Tatsache, dass im Oktober 2013 ein Chef BK offensichtlich Weisungen erteilt hat an den BND, dafür zu sorgen, sagt zumindest - - dass die Bundeskanzlerin mit ihrer Aussage sich nicht immer komplett auf Glatteis begibt in Zukunft - - dass das im völlig luftleeren Raum dann hängt und man dann sagt: Na ja, gut, dann kriege ich jetzt sehr eingeschränkt Unterlagen, und die bewerte ich, und das war es.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, es ging ja darum, sicherzustellen, dass jetzt nicht Weiteres passiert und dass das, was möglicherweise läuft, abgestellt wird und dass wir darüber genau informiert sind, und wie wir damit umgehen, und das war eine durchaus auslastende Aufgabe.

**Christian Flisek (SPD):** Und Sie waren bei dem Besuch ja in Pullach mit dabei.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, ich war nicht dabei, -

**Christian Flisek (SPD):** Nein.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** - weil ich das dann erst später übernommen habe; ich habe den ganzen Komplex erst später in der Tiefe übernommen. Ich habe 2014 auch noch andere Sachen gemacht, also nicht nur - -

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja. - Das heißt - - Wann genau sind Sie dann zum ersten Mal überhaupt damit konfrontiert worden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Womit jetzt genau?

**Christian Flisek (SPD):** Mit der ganzen Selektorenthematik.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, also, wir haben natürlich das begleitet, als der Untersuchungsausschuss anfang. Aber die richtige Selektoren- - Also, als es dann wirklich bei 603





## Nur zur dienstlichen Verwendung

ganz intensiv losging, das war nach dem 13. März 2015.

**Christian Flisek (SPD):** Was heißt das: „Sie haben das begleitet, als der Untersuchungsausschuss losging“? Was heißt das? Der Untersuchungsausschuss ging im März 2014 los.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, dann - -

**Christian Flisek (SPD):** Die Weisung erteilt wurde im Oktober 2013 im Kanzleramt - nicht von Ihnen, aber im Kanzleramt. Das heißt, Sie haben im März 2014 von dieser Weisung nichts gewusst?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Niemand hat Ihnen was dazu gesagt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Was haben Sie denn dann im März 2014 sozusagen begleitend getan, als der Untersuchungsausschuss losging?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, wir haben unsere Akten zum Beispiel durchgesehen, was untersuchungsgegenständlich ist und vorgelegt werden muss.

**Christian Flisek (SPD):** Hochinteressant, weil, wissen Sie, es ist ja hier vom Kanzleramt mit erheblicher Entrüstung - und immerhin hat es Herrn Schindler den Kopf gekostet, nachgelagert - vorgetragen worden: Wir haben davon überhaupt nichts gewusst, was da läuft. - So! Dann hat man einen Untersuchungsausschuss, bereitet Akten vor. Im eigenen Haus irgendwo muss bekannt sein, dass im Oktober von Herrn Pofalla diese Weisung erteilt wurde. Und bei der Aufbereitung dieser Akten - offensichtlich, nach Ihrer Aussage jetzt - hat die Frage, ob eine solche Weisung irgendwann einmal auch tatsächlich umgesetzt wurde und wie konkret das jetzt umgesetzt wurde, keine Rolle gespielt.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Aber Sie können doch nur nach etwas fragen, was Sie wissen, und wir wussten doch nichts von der Weisung.

**Christian Flisek (SPD):** Sie sagen „wir“.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich nicht und, ich denke, auch mein Referat nicht.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Sie waren doch die  
Aufsicht!)

**Christian Flisek (SPD):** Ach Herr Hahn, jetzt sind Sie mal ruhig!

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Ja, gut!)

Die spannende Frage ist - - Ich sage es mal ganz offen: Natürlich billige ich Ihnen gerne zu, dass Sie es nicht wissen und vielleicht sogar das ganze Kanzleramt es nicht wusste; aber die Frage ist, ob Sie es hätten wissen müssen, weil Sie es nämlich mit leichtesten Mitteln hätten wissen können. Die Frage, die dahintersteht, ist die: Hat das System? - Das ist die Frage, die wir hier vor allen Dingen auch im Auge haben. Hat das System, dass man bestimmte Dinge einfach nicht wissen will?

Immerhin: Chef BK erteilt dem Präsidenten des BND im Oktober 2013 eine mündliche Weisung und lässt das mal laufen. Dem damaligen Chef BK billige ich zu, dass er vielleicht in Gedanken schon bei seinem neuen Job war und dann bei der Amtsübergabe vergessen hat, Herrn Altmaier darüber zu informieren, dass er mal so etwas gemacht hat. - Das ist ein Witz! Aber - - Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen. Angesichts des Umstandes der Snowden-Veröffentlichung im Sommer, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, und dann stehen alle hier und sagen: Das ganze Thema tauchte mit seiner gesamten Brisanz erst wieder im März 2015 bei uns mit voller Wucht auf, und wir waren völlig überrascht, was da dann auf einmal stattgefunden hat und - - Mit allen Konsequenzen, ja immerhin er-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

heblichen Konsequenzen. Ich persönlich interpretiere die Entlassung von Herrn Schindler genau in diesem Kontext.

Also, ich frage jetzt noch mal, weil ich Sie ja hier über Ihre Wahrnehmungen befrage: Das heißt, Sie waren seit März 2014 mit der Aufbereitung von Unterlagen für den Untersuchungsausschuss befasst, das Thema Weisungen in Bezug auf Selektorenprüfung hat dabei überhaupt gar keine Rolle gespielt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, ich - - Die Aufbereitung hat ein Kollege gemacht; aber ich habe natürlich immer mit geguckt. Aber es war jetzt nicht - - Ich war nicht sehr intensiv damit befasst. Aber nein, die Selektoren kenne ich erst seit 2015.

**Christian Flisek (SPD):** Und wie bewerten Sie diesen Umstand denn angesichts dessen, was Sie jetzt ex post über den ganzen Sachverhalt wissen? Finden Sie das normal, dass Sie darüber nichts gewusst haben? Sagen Sie: „Ich hätte das aber wissen müssen“ oder: „Wir als Mitarbeiter des Chefs des Kanzleramtes hätten das wissen müssen“? Wie bewerten Sie das denn jetzt ex post? Ich meine, ich sage: Okay, ich nehme zur Kenntnis: März 2015 war sozusagen der Punkt, an dem Sie angefangen haben, das zur Kenntnis zu nehmen?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre dann die letzte Frage.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich weiß nicht, ob ich das hätte wissen müssen. Also - -

**Christian Flisek (SPD):** Finden Sie das in Ordnung? Finden Sie das sauber, dass Sie davon keine Ahnung hatten, angesichts Ihrer Befassthheit mit dem Thema bis März 2015?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja - -

**Christian Flisek (SPD):** Sind da Fehler passiert, Ihrer Einschätzung nach?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt gleich wechseln.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich weiß nicht, was ich hätte machen sollen.

**Christian Flisek (SPD):** Sind da Fehler nach Ihrer Einschätzung passiert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Weiß ich nicht, kann ich jetzt so nicht sagen. Dazu müsste man sich noch mal genau bestimmte Dinge angucken und dann sagen: Ja, okay, da hätte man es vielleicht besser machen können. - Aber das kann ich jetzt so pauschal - -

**Christian Flisek (SPD):** Das schauen wir uns dann in der nächsten Runde noch an.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. - Vorab aber der Hinweis: Wenn Sie mal eine Pause brauchen oder einen Imbiss oder sonst was - - Wenn Sie uns hier essen sehen, nicht wundern. Wir gehen nie raus aus dem Saal in der Regel. - Also, wenn Sie eine Unterbrechung brauchen, dann machen wir es. Dann geben Sie mir einfach ein Signal. Okay?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Wir kommen zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hallo, Frau Dr. Nökel! Sie können das Mikro, das etwas zwischen uns steht und das Sie für mich halbiert - - Genau. Das können Sie auch so herunterziehen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und das andere ruhig weiter an sich ran.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Ich würde gerne noch mal auf Punkte kommen und hätte es gern zeitlich etwas präziser. Deswegen versuche ich ganz konkret zu fragen. Vielleicht können Sie das einfach zeitlich etwas stärker eingrenzen. Seit wann wissen Sie davon, dass es NSA-Selektoren gibt, seit welchem Zeitpunkt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, das weiß ich, glaube ich, seit Snowden, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit Snowden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** - seit Snowden-Veröffentlichungen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also noch bevor Sie die Stelle angetreten haben?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, ich denke schon.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja? Weil uns haben hier viele Ihrer Vorgesetzten auch gesagt, diese Frage der Selektoren, damit wären Sie erst viel später irgendwie - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also Sie - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** - das kann ich jetzt schwer sagen. Aber wenn ich jetzt - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihnen war auch klar, dass der Bundesnachrichtendienst NSA-Selektoren steuert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, das war mir - - Das ist mir, denke ich, erst klargeworden, als ich dann ins Kanzleramt kam. - Nein, das war vorher auch schon. - Was in der Presse war, habe ich dann auch verfolgt. Also vorher auch schon.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber ab wann war Ihnen denn klar, dass das ein Problem ist mit diesen NSA-Selektoren? - Oder vielleicht der Umfang der NSA-Selektoren, können Sie eine ungefähre Hausnummer sagen, wie viele da gesteuert wurden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 100 000? 1 Million? 10 Millionen? 13 Millionen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es nicht?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff meldet sich.

**MR Philipp Wolff** (BK): Falls genaue Zahlen bekannt sind, dann in nichtöffentlicher Sitzung. Aber - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Plusminus einer Million - ungefähr?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, ich weiß es - - Es steht irgendwo in den Unterlagen, und wenn Sie mir die Unterlagen hinlegen, kann ich Ihnen auch sagen, wo es steht. Aber ich habe es nicht im Kopf.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht im Kopf; aber um welche Zahl es ungefähr geht, Frau Dr. Nökel. Ich meine, das ist doch eine relevante Frage - also für die Rechts- und Fachaufsicht -, wenn der Bundesnachrichtendienst NSA-Selektoren steuert, wie viel das sind. - Ungefähr.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich weiß es jetzt nicht. Also - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. - BND-Selektoren: Ab wann war Ihnen klar, dass auch der Bundesnachrichtendienst Selektoren steuert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, dass er selber steuert, das war mir mit Beginn der Tätigkeit im Kanzleramt - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, Sie wussten sowohl von BND- als auch von NSA-Selektoren ab November 2013, ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie in der Behörde unterwegs waren?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und ab wann hatten Sie ein Problembewusstsein bezüglich dieser Selektoren? - Gerne differenziert zwischen NSA und BND.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, dass NSA - - Das habe ich ja dann mitbekommen. Das war relativ von Anfang an, weil die Diskussion ging ja dann mit dem Untersuchungsausschuss los. Und mit der eigenen Steuerung ab 2015.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab 2015. - Können Sie sich an eine Geschichte erinnern, als es darum ging, dass Frau Clinton, die sich gerade anschickt, amerikanische Präsidentin zu werden, und Herr Kerry - aus Versehen oder wie auch immer - überwacht wurden vom Bundesnachrichtendienst?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu einzelnen Sachen kann ich nur nichtöffentlich etwas sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. - Ja, das steht in ganz vielen Zeitungen, zum Beispiel im *Spiegel* am 18.08.2014.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, aber nur, weil es in der Zeitung steht - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich weiß. Das Spielchen kenne ich schon. Aber das ist eine öffentliche Geschichte. Und es ist jetzt die relevante Frage, ob das glaubhaft ist, was Sie hier sagen, Frau Nökel. Ja? - Hier steht drin - da gibt es auch an mehreren anderen Stellen Verweise drauf -, dass es bezüglich dieser Erfassung von Frau Clinton und Herrn Kerry einen umfassenden Sachstandsbericht vom Bundesnachrichtendienst - - dass der angefordert wurde von der Bundesregierung, vom Bundeskanzleramt, nehme ich an. Hatten Sie damit zu tun, mit diesem „umfassenden Sachstandsbericht“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu den einzelnen Sachen sage ich nichts.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also nur in nichtöffentlicher Sitzung. Da selbstverständlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Nökel, könnten Sie nachvollziehen, dass es, wenn ich Sie jetzt befrage und Sie frage, ab wann Sie ein Problembewusstsein bezüglich der BND-Selektoren hatten, und Sie mir sagen: „erst ab März 2015“, und hier gibt es zu der Zeit, in der Sie für die Rechts- und Fachaufsicht des BND zuständig waren, eine Sache, die sozusagen deutschlandweit und, ich würde sagen, auch international gelaufen ist im Hinblick auf Probleme mit BND-Selektoren, wenig glaubhaft ist, dass Sie erst im März 2015 ein Problembewusstsein für die Steuerung von BND-Selektoren bekommen haben?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das mögen Sie so sehen; aber ich könnte Ihnen das in nichtöffentlicher Sitzung erklären.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich nicht.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das können wir probieren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das wird ein hoffnungsloses Unterfangen werden; denn hier muss es ja einen Sachstandsbericht gegeben haben, und da muss ja was zu BND-Selektoren - - Warum Frau Clinton und Herr Kerry erfasst wurden vom BND, das muss da ja thematisiert worden sein. Es kann ja gar nicht anders sein. Deswegen wusste das Bundeskanzleramt deutlich vor März 2015, dass es Probleme gibt. Und die interessante Frage ist, ob Sie das auch wussten.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das akzeptiere ich nicht. Das ist inakzeptabel.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff meldet sich dazu.

**MR Philipp Wolff (BK):** Es geht jetzt um ganz konkrete Ziele und Vorgehensweisen. Ich glaube, die Zeugin hat auch dargelegt, dass sie diese Differenzierung, die Sie ja dann en détail erklären muss, nur in nichtöffentlicher Sitzung tätigen kann. Wir bestreiten - - Den Artikel haben Sie ja. Aber wir haben das Problem immer wieder gehabt: Wenn man das jetzt en détail erläutern soll, wie das kommuniziert wurde bzw. was da kommuniziert wurde, dann kann das nur in nichtöffentlicher Sitzung geschehen. Da geht es um Verfahren, die vielleicht auch Verfahren sind, die hier bisher noch gar nicht zur Sprache gekommen sind, und das geht nur in nichtöffentlicher Sitzung.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Wolff, es geht darum, wie das Bundeskanzleramt seine Fach- und Rechtsaufsicht wahrgenommen hat, und hier wird gesagt, dass es ein Problembewusstsein bezüglich der BND - - Die Zeit ist noch angehalten, ja?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt nicht mehr.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich unterhalte mich noch mit Herrn Wolff.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, aber Herr Wolff ist nicht im Zeugenstand. Das ist immer so. - Durch? Sonst hättest du noch zwei Minuten. - Dann kann Kollege Ströbele noch fragen, wenn er möchte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will versuchen, die zwei Minuten zu nutzen. - Frau Zeugin, mich hat das auch gewundert, nachdem Sie ja selber gesagt haben, dass die Information mit den BND-Selektoren, also den unerlaubten BND-Selektoren, ja schon 2013 im Kanzleramt aufgeschlagen ist und zu der Weisung geführt hat. Und dann war lange Zeit Weisung, Weisung, Weisung, und Sie haben erst im März 2015, also dann über ein Jahr später, in Ihrer Abteilung davon gehört. In der Zwischenzeit hat sich offenbar auch keiner darum gekümmert.

Jedenfalls wissen Sie nichts davon, ob die Weisung eingehalten - - Das haben Sie ja schon alles gesagt. Wie bewerten Sie eigentlich so was? Also, Sie haben plötzlich erfahren: Ach, da waren ja Selektoren, die unsere Freunde und Partner betrafen, und da weiß das Kanzleramt oder jedenfalls mein Referat nichts davon. Haben Sie da nicht gedacht: „Was ist das für ein Sauhaufen hier!“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich habe dazu nichts weiter gedacht, sondern ich habe eben das - - Ich habe meine Arbeit - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mit „Sauhaufen“ meine ich: Waren Sie da nicht empört oder so? Es kann doch nicht sein, dass wir von einem solchen Missstand, der ja nach dem - das hat man ja dann gesehen - das Kanzleramt intensiv beschäftigt hat, das PKGr beschäftigt hat, die Öffentlichkeit beschäftigt hat - - Das musste Ihnen doch in dem Augenblick, als Sie davon erfuhren, gleich klar gewesen sein, was das für eine Dimension hat. Und wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie ja, glaube ich auch, dann einen Vermerk für Herrn Altmaier dazu geschrieben. Oder nicht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu dem 2013er-Sachverhalt, glaube ich, nicht.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, nicht zu dem, aber dass Sie davon Kenntnis bekamen, dass es die Selektoren gegeben hat oder gibt.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie dann einen Vermerk geschrieben? Haben Sie da geschrieben: „Ich verstehe auch nicht, was das hier für ein Haufen ist, dass wir davon nichts wissen. Über ein Jahr ist da eine Weisung, dass sie nicht mehr eingestellt werden sollen, und jetzt werden wir damit konfrontiert, und jetzt müssen wir das rechtfertigen. So geht das doch überhaupt nicht. Greifen Sie mal durch! Hauen Sie mal mit der Faust auf den Tisch!“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein. Ich habe mich auf das beschränkt, was - - Ich habe die Unterlagen der Abteilung TA bewertet in den Vermerken.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie die bewertet?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, ich habe sie geprüft, und dann haben wir geguckt, wo Anlass zur Nachfrage ist, wo Sachen zu kritisieren sind, und das haben wir in die Vermerke - habe ich in die Vermerke hineingeschrieben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit Herr Altmaier da was unternimmt, oder warum?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, bzw. um billigen zu lassen, was wir als Nächstes unternehmen wollen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben angekündigt, was Sie unternehmen wollen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, also zum Beispiel den BND auf bestimmte Dinge hinzuweisen oder bestimmte Dinge anzuweisen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Haben Sie Vorschläge gemacht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die hatten ja nun eine Anweisung seit Oktober 2013.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber die kannte sie ja nicht!)

- Doch. - Haben Sie da davon erfahren, dass es vorher eine Weisung gab?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das habe ich im Laufe des - - Also, ich weiß nicht genau, zu welchem Zeitpunkt ich das erfahren habe. Nicht

gleich am Anfang, aber im Laufe der Aufarbeitung dann.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, im März war das. Und dann haben Sie wie lange an der Ausarbeitung gearbeitet?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, das waren mehrere, und das war anlassbezogen, wenn Berichte kamen. Da wurde dann nur ein, zwei Tage dran gearbeitet, und dann - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Innerhalb von ein, zwei Tagen haben Sie dann auch von dem Oktober 2013 erfahren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das weiß ich nicht mehr, wann ich davon erfahren habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie auch -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten eigentlich wieder wechseln.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - letzte Frage - an der Vorlage für das PKG damals beteiligt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Was meinen Sie jetzt mit - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorbereitung?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was haben Sie da gesagt? „Wir müssen Ihnen leider hier einen Riesenpatzer mitteilen“ oder so? „Wir wissen davon schon seit 2013, entschuldigen uns“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, in einem PKGr-Sprechzettel steht was dazu drin.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was denn?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich gehe mal davon aus, dass die Sprechzettel nicht eingestuft sind. Sonst wäre es jetzt hier ein Problem.

**MR Philipp Wolff (BK):** Zu den Sprechzetteln nur in eingestufte Sitzung. Zu den Sitzungen an sich - das ist materiell geheimhaltungsbedürftig - können wir hier nichts sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion. - Ich hätte vorab noch mal eine Frage, auch bezüglich des Zeitraums, zu dem der Kollege von Notz eben gefragt hat. Sie hatten gesagt, seit März hätten Sie gewusst, dass es BND-interne Selektoren, also BND-gesteuerte Selektoren gibt. Habe ich das richtig verstanden.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, nein. Dass der BND Selektoren steuert, habe ich schon vorher gewusst. Die Gruppenliste tauchte dann auf.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also dass es BND-interne Selektoren gibt, war Ihnen lange davor schon bekannt? Was soll der BND sonst machen, nicht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Alles klar. Weil das klang gerade etwas skurril, vermute ich mal. - Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Frau Dr. Nökel, Sie haben uns ja jetzt berichtet, dass Sie erst seit November 2013 im Kanzleramt waren und insgesamt Ihre Abteilung erst März 2015 was von den, sage ich mal, Vorgängen - unzulässige Selektoren - erfahren hat, dass Ihnen die Weisung des Chefs BK nicht bekannt war und solche Dinge. Jetzt stelle ich mir aber vor - oder ich denke, das haben Sie dann bestimmt gemacht -, dass Sie dann, sobald Sie Kenntnis davon erlangt hatten, das doch in irgendeiner Weise aufgearbeitet haben. Also: Was ist, zurückgerechnet von März 2015 bis Oktober 2013, gewesen, als der Vorfall gemerkt oder gemeldet war, wie auch immer? Das müssen Sie ja irgendwie aufgearbeitet haben und sich angeguckt haben: Was war da? Was war in der Zwischenzeit? - Daran waren Sie

sicherlich beteiligt. Können Sie uns dazu was sagen? Was hat man Ihrer Kenntnis nach zwischen Oktober 2013 und März 2015 gemacht? Was haben Sie da herausgefunden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, man hat eben diese Gruppenliste eingerichtet und dann auch immer weiter befüllt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** In Umsetzung der Weisung?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und gab es in der Zeit irgendwie - was Sie dann herausgefunden haben - eine Korrespondenz mit Ihrem Haus, oder was hat der BND für Überlegungen angestellt? Dann wurden ja auch Selektoren wieder eingestellt. Wie waren da die Vorgänge? Wenn es bei Ihnen keinen Vorgang dazu gab, was ist dann immerhin im BND passiert in dem Zeitraum, neben der Erstellung der Gruppenliste? Gab es da Schriftverkehr?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, die haben die weiter befüllt, und dann gab es eben auch Weisungen, was wieder zurückgeführt, also was wieder heruntergenommen werden kann, und es gab Mitteilungen dazu, wie das technisch umgesetzt wird.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und da hat man aber keinerlei Rückfragen ans Kanzleramt gestellt: „Hört mal zu, wir setzen das jetzt um. Wir haben da und da eine Frage: Wie gehen wir damit um?“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nicht 2014. Also, ab 2015 - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Nein, nein. Das frage ich ja jetzt noch einmal. Da haben Sie nichts festgestellt, -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - bis Sie 2015 wieder drauf gestoßen sind. Okay. - Haben Sie jetzt irgendwie feststellen können, was der Hintergrund



## Nur zur dienstlichen Verwendung

war für D. B., warum er sich schon im Sommer 2013 Gedanken gemacht hat, warum er selber an einer Weisung, sage ich mal, gearbeitet hat? Angeblich gab es ja dann im August 2013 schon Deaktivierungen. Haben Sie über den Sachverhalt jetzt irgendeine Kenntnis?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, ich kenne die Unterlagen dazu; aber da es vor meiner Zeit war, kenne ich jetzt nicht die einzelnen Überlegungen und habe auch keinerlei vertiefte Kenntnis dazu. Und wir waren dann, danach, auch mit den aktuellen Sachen beschäftigt. Ich habe das dann nicht weiter untersucht und hinterfragt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** War aus Ihrer Sicht das, was man im Oktober 2013 entschieden hat, also generell alles zu stoppen, herauszunehmen, ein bisschen übers Ziel hinausgeschossen, das so zu tun?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich würde sagen, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** D. B. hat uns noch berichtet, dass man zwischenzeitlich ein - er hat es genannt - „unabhängiges Qualitätssicherungsmanagement“ bei der Steuerung von Selektoren eingeführt habe. Und der Zeuge B. R., auch aus dem Bundesnachrichtendienst, der Selektorenprüfer ist, berichtete uns, es sei schwieriger geworden - hat er gesagt -, Selektoren einzustellen, weil sie mehrere Prüfschritte durchlaufen müssten. Eine Überprüfungskette sei eingeführt worden. - Ab wann hat man denn diese Prüfschritte eingeführt? Können Sie dazu was sagen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, das genaue Datum weiß ich nicht, aber meines Wissens im Laufe des Jahres 2015.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Nachdem Sie dann auch Kenntnis von der ganzen Sache hatten?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gab es da einen bestimmten Hintergrund? Oder wie ist denn der Inhalt dieser Prüfschritte? Waren Sie in die Überlegungen eingebunden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Die haben uns das mitgeteilt dann, wie sie das machen, also dass da eben eine Gruppe ist, die sich jeden einzelnen dann anguckt, bevor der gesteuert wird, jedes einzelne TKM.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gab es da einen Anlass? Wer hat es veranlasst, dass es so was gibt? Waren Sie das dann, oder - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das hat der BND gemacht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ist das dann was, was so von Bedeutung ist, dass man es mit Ihrem Referat bespricht, -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - dass Sie da auch Vorgaben geben?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja. Also, Vorgaben - - Die haben eben gesagt, wie sie das machen, und das war in Ordnung. Also, es wurde darüber gesprochen, aber - - Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie dazu jetzt in der öffentlichen Sitzung irgendwas konkreter sagen, welche Überlegungen, welche Prüfschritte das sind, oder können Sie später dazu was sagen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Besser später.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt noch mal ganz grundsätzlich und allgemein gefragt: Wenn bis Oktober 2013, wie D. B. uns das ja auch geschildert hat, Hunderte Selektoren überprüft und deaktiviert wurden, war das nicht ein Routinevorgang, der eigentlich nach oben gemeldet werden musste?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, D. B. sagt, es war ein Routinevorgang, der nicht nach oben gemeldet werden musste. Sehen Sie das auch so, oder war das dann doch ein besonderer Vorgang? - Er hat im Sommer die Selektoren überprüft und deaktiviert. Das war ja schon eine gewisse Zahl, die





## Nur zur dienstlichen Verwendung

er vor Oktober 2013 schon überprüft hatte. 700 oder was, hat er gesagt. Sie haben ja auch gesagt, Sie haben Kenntnis von diesen Vorgängen erlangt. Und er sagte eben, so was war eher Routine. Also: Wenn jemand beim BND Selektoren überprüft, herausfindet, dass welche deaktiviert werden müssen, dass es mehr als zwei oder zehn sind, sondern Hunderte, ist das was, ganz allgemein gefragt, was ein Routinevorgang ist, oder was, was man hätte melden sollen - müssen, nach oben?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich glaube, man kann es so sagen: Damals war es Routine. Heute würden wir es so nicht mehr machen. Also, heute würden wir erwarten, dass es gemeldet wird.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Dann habe ich jetzt in der öffentlichen Sitzung keine weiteren Fragen. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Frau Dr. Nökel, Sie sagten vorhin, Sie haben Berichte der TA gelesen und daraufhin auch Kritik gegebenenfalls geäußert. Was war das dann für Kritik?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Kritik an den Prozessen, Kritik an der Darstellung, Kritik an dem, was passiert war.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Waren auch Fälle darunter, wo wir heute sagen: Deutsche und europäische Interessen wurden verletzt?

(Zuruf von MR Philipp  
Wolff (BK))

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu den konkreten Inhalten nur in eingestuft - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie sagten, Sie haben auch Aufträge von Herrn Fritsche bekommen. Was waren das für Aufträge?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, das war zum Beispiel: Es war wieder ein Sachstandsbericht eingegangen, und dann sagte er: Wir brauchen bis morgen eine Vorlage für Chef BK.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Waren unter den Berichten der TA auch welche dabei, wo Sie gesagt haben: „Hier müssen wir mehr machen als nachfragen; hier müssen wir zum Beispiel auch überprüfen, ob dienstrechtliche Verstöße vorliegen“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Für dienstrechtliche Verstöße ist mein Referat nicht zuständig. Wir haben natürlich auch Anweisungen gegeben. Also, wir haben nicht nur immer nachgefragt, sondern wir haben gesagt: „Das ist ab sofort abzustellen“ oder: „Das ist ab sofort so und so zu machen“.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn Sie dem BND gesagt haben: „Das ist ab sofort abzustellen“, wem haben Sie das übermittelt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das geht an den Leitungsstab.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das geht an den Leitungsstab, und dann bekommen Sie eine Rückmeldung: „Es ist abgestellt“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, dann gehen wir davon aus, dass es abgestellt ist bzw. fragen dann, wenn dann wieder - - Also, wenn wir eine Frist setzen, dann erwarten wir eine Rückmeldung. Aber wenn wir sagen, es ist abzustellen, dann gehen wir davon aus, dass es abgestellt ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie kontrollieren Sie, dass etwas abgestellt ist?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich weise es an und gehe davon aus, dass - - Ich kann es ja nicht im Einzelnen überprüfen. Also, es kommt auf den Vorgang - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Treu und Glauben nennt man das, glaube ich, oder?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, wenn Sie es so nennen wollen. Es sind ja zum Teil Vorgänge, die kann ich einfach nicht überprüfen. Ich kann ja nicht in der Datenbank gucken, ob bestimmte Dinge jetzt da implementiert sind.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie sich jemals mal so eine Datenbank angesehen? Wissen Sie überhaupt technisch, wie das funktioniert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann könnte man doch auch nachschauen, ob bestimmte Dinge abgestellt sind.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein. Das ist zu komplex. Also ich kann es nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich habe Sie vorhin gefragt, ob Ihnen der Grundsatz der Gegenseitigkeit unter diesem do ut des bekannt ist als Arbeitsmethodik im BND. Das haben Sie verneint.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, der Grundsatz ist mir bekannt, aber dass man etwas macht, was nicht rechtens ist, aufgrund dieses Grundsatzes, das habe ich verneint. Der Grundsatz ist ein Grundprinzip der Arbeit des BND.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ein Grundprinzip ist der? Das Stichwort ist nicht schlecht. - Ich würde Ihnen jetzt gerne aus dem durch Netzpolitik veröffentlichten Prüfbericht der BfDI drei Zeilen vorlesen:

Die Auffassung des BND, es müsse ihm gestattet sein, Selektoren auch ohne entsprechende Deutung zu speichern, d. h. solche Daten zu speichern, deren Auftragsrelevanz sich nicht unmittelbar, sondern mittelbar über die Erforderlichkeit im Rahmen der AND-Kooperation (Stichwort: Gegenseitigkeit/do ut des) ergibt, ist nicht nachzuvollziehen.

Sagt die Datenschutzbeauftragte.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das ist ein Geheim eingestufter Bericht. Dazu kann ich Ihnen nicht - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber jetzt sage ich Ihnen mal: Wir haben hier Vorhalte gehabt aus der Großen Koalition zu den Snowden-Dokumenten; da steht auch oben drüber: „top secret“. Das hat keine Kollegin oder keinen Kollegen der CDU bisher hier gestört, wenn Zeugen diese Dokumente aus den Snowden Leaks vorgelegt wurden. Ich beziehe mich hier auf eine Veröffentlichung von netzpolitik.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, aber nur weil es veröffentlicht ist - bleibt es Geheim.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, ich frage Sie jetzt noch mal: Hat im Rahmen dessen, was Sie materiell zu prüfen haben, nämlich die technische Aufklärung, also die Datenerfassung, im Ausland überwiegend, der Grundsatz „do ut des“ eine Rolle gespielt, und wenn ja, welche?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, es gibt eine arbeitsteilige Kooperation, und da spielt natürlich do ut des eine Rolle, aber immer auf den Rechtsgrundlagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Und hier wird jetzt gesagt in dem BfDI-Bericht: Dieser Grundsatz hat dazu geführt, dass man auch Selektoren genutzt hat, deren Auftragsrelevanz nicht ersichtlich war.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu dem Bericht kann ich nichts sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die Auftragsrelevanz der Selektoren, wie prüfen Sie die?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, nach den Kriterien APB - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Und wie läuft das? Also ganz konkret: Wie prüfen Sie die Auftragsrelevanz der Selektoren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich prüfe in der Regel keine Auftragsrelevanz der Selektoren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn - - Ich habe natürlich jetzt im Zuge der Aufarbeitung welche vorgelegt bekommen; dann haben wir geguckt. Aber ich prüfe die nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die prüft der BND?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wissen Sie darüber etwas, inwieweit der BND in der Lage ist oder war - mich würde mehr das „war“ interessieren -, NSA-Selektoren überhaupt zu lesen, zu verstehen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, also - -

**MR Philipp Wolff (BK):** Zu den Details in eingestufte Sitzung. Grundsätzlich kann man was sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** „Grundsätzlich“ würde mir auch schon reichen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, ich denke, dass nicht alle lesbar waren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn mit jedem einzelnen Selektor ein Grundrechtseingriff verbunden ist, müsste der Selektor lesbar sein, um ihn steuern zu dürfen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Man muss schon sicher sein, dass keine Grundrechtsverletzung - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Müssten alle NSA-Selektoren, die nicht lesbar sind, deaktiviert werden? - Das frage ich Sie jetzt als zuständige Aufsichtsstelle.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, das ist - -

**MR Philipp Wolff (BK):** Da müsste man, glaube ich, in die Details gehen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**MR Philipp Wolff (BK):** Erstens ist es eine rechtliche Frage und man müsste, glaube ich, tatsächlich noch mal in die Details gehen. Das kam hier

auch schon zur Sprache mit der Begrifflichkeit der - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Antworten Sie jetzt für die Zeugin, oder - -

**MR Philipp Wolff (BK):** Nein, aber ich versuche, der Zeugin klarzumachen, dass sie, wenn sie dazu Details weiß, das in eingestufte Sitzung darlegen soll.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das war eine ganz allgemeine Frage: ob NSA-Selektoren, mit denen ein Grundrechtseingriff einhergehen kann, deaktiviert werden müssen, wenn sie nicht lesbar sind - aus Sicht der Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht. Das sind Sie. Sie sitzen heute dafür hier.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, aber das ist 601. Das ist eine juristische Frage.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber die fachliche, die materielle, ob man die lesen kann, die liegt bei Ihnen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, aber ich habe ja gesagt, soweit ich weiß, waren nicht alle lesbar.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und welche Konsequenz hat man im Bundeskanzleramt daraus gezogen, als man feststellte, sie sind nicht alle lesbar?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Jetzt haben wir gesagt, sie dürfen sie nicht mehr - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Alle nicht lesbaren werden nicht mehr gesteuert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das weiß ich nicht, weil das 601 gemacht hat. Da gibt es Nuancen. Das kann ich Ihnen nicht genau sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie kann es denn sein, dass 603 nicht weiß, was 601 macht? Ist das Prinzip, oder ist das - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, es sind die Details. Wir haben - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich rede immer noch von 4,7 Millionen NSA-Selektoren, und Sie sagen immer: „Details“. Das stört mich maßgeblich. Wissen Sie, wie viele Grundrechtseingriffe auf Grundlage von diesen Selektoren stattfinden? Milliarden! Wir reden hier von einer Größenordnung, die sich nicht mit „Detail“ herunterreden lässt.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich habe mit „Details“ gemeint: die rechtliche Einschätzung, die 601 abgegeben hat. Ich bin keine Juristin, und ich habe mich dann - - Ich verlasse mich selbstverständlich bei den Dingen darauf, was ich - - Ich kriege mit, was da passiert; aber im Detail gucke ich mir das nicht an, einfach auch aus Kapazitätsgründen. Ich kann nicht alles, was 601 macht, dann selber auch noch mal - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten dann in der nächsten Runde weiterfragen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ist es schon rum?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Schade.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay? - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Vielleicht noch mal ganz kurz, Frau Dr. Nökel: Als Sie 2013 aus dem BND ins Bundeskanzleramt gewechselt sind, welche Funktionen hatten Sie seitdem insgesamt noch mal bekleidet? Andere Funktionen außer in der Abteilung 6?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek** (SPD): Was haben Sie seitdem im Bundeskanzleramt genau an Aufgaben gehabt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, am Anfang war ich noch zuständig für Cyber und für Satelliten. Wirtschaftsschutz habe ich schon erwähnt. Es gibt auch noch, was sich jetzt nicht direkt als Aufgabe fassen lässt, Sachen, die halt sonst noch

reinkommen und bearbeitet werden müssen. Daran habe ich eben mitgearbeitet mit den Kollegen.

**Christian Flisek** (SPD): Und den Referatsleiter Karl kannten Sie schon aus BND-Zeiten, oder?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Mhm.

**Christian Flisek** (SPD): Wo haben Sie da mit ihm zusammengearbeitet?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Gar nicht.

**Christian Flisek** (SPD): Gar nicht. - Wie kannten Sie sich aus BND-Zeiten?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Man kennt sich unter Kollegen. Ich weiß nicht, wie ich ihn kennengelernt habe. Ich glaube, über gemeinsame Freunde. Also - -

**Christian Flisek** (SPD): Also, Sie hatten im BND kein Arbeitsverhältnis, keine beruflichen Kontakte gehabt. Die sind dann erst im Kanzleramt gekommen. - Das Arbeitsverhältnis, wie ist das in dem Referat?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Sehr kollegial und angenehm.

**Christian Flisek** (SPD): Kein Need-to-know-Prinzip?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein. Mails gehen immer ans ganze Referat.

**Christian Flisek** (SPD): Und innerhalb der ganzen Abteilung 6, wie ist so da die Stimmung?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Auch kollegial und offen.

**Christian Flisek** (SPD): Wie intensiv tauscht man sich aus?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Sehr intensiv. Gerade im Zuge der Aufarbeitung haben wir immer sehr intensiv zusammengearbeitet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Was sind routinemäßige Sitzungen, die stattfinden? Wie soll ich mir das vorstellen? Wie läuft der Informationsfluss in der Abteilung 6?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Routinemäßige Sitzungen gibt es immer montags.

**Christian Flisek (SPD):** In der Abteilung?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** In der Abteilung.

**Christian Flisek (SPD):** Aller Referatsleiter?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein. Für alle höheren Diener montags und einmal im Monat - -

**Christian Flisek (SPD):** Für alle höheren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, für alle aus dem höheren Dienst.

**Christian Flisek (SPD):** Ah, okay.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Und einmal im Monat für die gesamte Abteilung. Das ist immer montags. Die Referatsleiter treffen sich jeden Morgen, und das Referat trifft sich vor dieser Runde, wo sich alle Referatsleiter treffen, auch jeden Morgen.

**Christian Flisek (SPD):** Das Referat mit allen Mitarbeitern trifft sich jeden Morgen, die Referatsleiter der Abteilung 6 treffen sich auch jeden Morgen, und montags gibt es eine Runde aller Mitarbeiter des höheren Dienstes?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Genau, und einmal im Monat der gesamten Abteilung.

**Christian Flisek (SPD):** Wissen Sie denn heute, wer bei der Besprechung des damaligen Chefs des Bundeskanzleramtes im Oktober 2013 mit dem BND-Präsidenten anwesend war?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, weiß ich nicht. Also nicht verlässlich. Ich kenne die Unterlagen dazu; aber ich kann Ihnen nicht sagen, wer da - -

**Christian Flisek (SPD):** Sie kennen die Unterlagen dazu?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Aber Sie wissen es nicht, oder was?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, in den Unterlagen steht, dass Herr Heiß da war und Herr Schindler.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt schauen Sie einmal, Frau Dr. Nökel. Ich will jetzt hier keine formale Belehrung oder so machen. Wenn Sie was zu irgendeiner Frage wissen, auch wenn es nicht vollständig ist, dann können Sie uns natürlich trotzdem das mitteilen, was Sie wissen. Also, wenn Sie wissen, dass der Abteilungsleiter 6 da war, Herr Heiß - - Wer noch?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das steht meiner Erinnerung nach in den Unterlagen. - Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Also, das wissen Sie aus den Unterlagen, weil Sie ja selber nicht da waren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Genau.

**Christian Flisek (SPD):** Genau. - Jetzt haben wir gerade herausgearbeitet, wie so die Informationsflüsse, die regelmäßigen Treffen innerhalb der Abteilung, des Referats, der Referatsleiter sind. Können Sie jetzt einmal versuchen, sich in die Rolle eines Parlamentariers hineinzusetzen, was da für Fragen auftauchen angesichts dieser sozusagen oft nur sehr beschränkten oder eingeschränkten - „beschränkt“ wäre jetzt Vorwurf; es ist nicht als Vorwurf gemeint; aber diese eingeschränkten - Sachverhaltenswahrnehmungen, die da stattfinden über all die Abläufe, beginnend Sommer 2013 bis 2015 einschließlich heute? Wie soll ich mir das vorstellen? An den Treffen, wo alle einmal die Woche zusammensitzen, nehmen Sie ja regelmäßig teil, nicht? Wer leitet das? Herr Heiß?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, Herr Fritsche.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Und welche Rolle hat dann Herr Heiß? - Gar keine?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Doch. Er spricht natürlich auch oder fragt.

**Christian Flisek (SPD):** Wie läuft das ab? Man trifft sich da, Jour fixe, einmal die Woche. Gibt es eine Tagesordnung vorher? Wird die verschickt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das wird nicht vorher verschickt. Es wird besprochen, was die Woche anliegt. Das ist die Information für Herrn Fritsche und Herrn Heiß, was an Aufgaben abzuarbeiten ist, was auf sie zuläuft, was für Termine sind.

**Christian Flisek (SPD):** Heißt das, dass die Informationen nur in eine Richtung gehen, von unten nach oben, -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** - oder kommt es auch einmal vor, dass Herr Fritsche und Herr Heiß ein paar Sachen nach unten sagen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, nein. Natürlich, die sagen auch, was ihre Termine für die Woche sind und - -

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt frage ich noch mal: In diesem ganzen Zeitraum zwischen 2013 und 2015 haben Herr Fritsche und Herr Heiß nie mal irgendwie ein Sterbenswort über die Thematik verloren: „Heidewitzka, was haben wir für Probleme mit den Selektoren beim BND! Jetzt haben wir auch noch so einen Untersuchungsausschuss im Gnack. Darauf müssen wir uns aber gut vorbereiten, weil das kann uns, wenn das blöd läuft, kräftig auf die Füße fallen“? - Also, klar: Weder Herr Fritsche noch Herr Heiß würden solche Worte wählen. Sinngemäß. Ich umschreibe das jetzt mal.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nicht in Morgenbesprechungen und nicht - - Wie gesagt: Ich habe von der Problematik der BND-eigenen Steuerung erst 2015 erfahren. Natürlich waren Selektoren

auch Gegenstand; der NSA-Untersuchungsausschuss war auch Gegenstand in diesen Morgenbesprechungen. Aber ich kenne den Sachverhalt erst seit 2015.

Nun muss man aber sagen: Das ist ja nicht die einzige Art der Kommunikation. Das ist, wenn alle zusammen sind. Es gibt ja dann auch noch bilaterale Besprechungen.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, es gibt bei sehr grundlegenden Dingen offensichtlich zu viele Besprechungen und keine schriftlichen Weisungen und auch kein Festhalten von Gesprächsnotizen, zumindest nicht in dem Sinne, was uns vorgelegt wird. Das ist unser Problem. Wir haben eine mündliche Weisung, die einen zentralen Wendepunkt in dem kommunizierten Verhalten des Kanzleramtes in der Selektorenproblematik darstellt. Die wird mündlich erteilt. Es findet sich sonst nichts. Es gibt regelmäßige Besprechungen über fast zwei Jahre hinweg, wo ich jetzt mal angesichts dessen, was wir von Mitarbeitern aus dem BND gehört haben, unterstelle: Das Thema NSA beschäftigt die Damen und Herren, die damit einschlägig befasst sind, sowohl im Kanzleramt als auch im BND schon eine ganze Menge. Und dann frage ich mich: Wie kann das überhaupt möglich sein, dass diese Thematik im März 2015 dann erstmals wieder so virulent wird? - Wann treffen Sie sich da montags?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Um neun.

**Christian Flisek (SPD):** Um neun. Regelmäßig. Wie lange dauert so eine Sitzung?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Unterschiedlich.

**Christian Flisek (SPD):** Geben Sie mir mal „von - bis“. Wenn es kurz ist, knackig, wie lange? Und wenn es mal mit Thema ist, wie lange?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff (BK):** Zu den genauen Abläufen, wie man sich trifft, in welcher Runde dann ganz konkret, bitte ich, das in eingestufteter Sitzung zu formulieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war Geheim? - Gegenruf des Abg. Christian Flisek (SPD): Wie lange die Sitzungen dauern! - Heiterkeit)

- Die genauen Abläufe entsprechender Sitzungen. Das ist auch übliche Praxis, das wissen Sie, auch wenn es zum Beispiel um die ND-Runde geht.

**Christian Flisek (SPD):** Wissen Sie denn, Frau Dr. Nökel, wer von Ihren Kolleginnen oder Kollegen den Chef BK bei dem Besuch in Pullach begleitet hat?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Wer?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Herr Kleidt.

**Christian Flisek (SPD):** Wie?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Herr Kleidt.

**Christian Flisek (SPD):** Herr Bernard, war der auch dabei?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja. - Der war da aber noch nicht im Referat.

**Christian Flisek (SPD):** Frau Dr. Nökel, noch mal ganz kurz: Hinweis. Wenn Sie was wissen, zu einer Frage, die ich Ihnen stelle - ich bemühe mich manchmal doch, konkrete Fragen zu stellen -, dann würde ich Sie bitten, Ihr Wissen vollständig hier kundzutun. - Also, ich frage Sie jetzt noch mal: Wer von Ihren Kollegen hat den Chef BK bei seinem Besuch in Pullach 2015 begleitet? Jetzt überlegen Sie noch mal kurz, und dann sagen Sie mir alle, die Sie kennen und von denen Sie wissen, dass sie dabei waren.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Was meinen Sie jetzt mit „Kollegen“? Aus meinem Referat war es Herr Kleidt.

**Christian Flisek (SPD):** Aus Ihrem Referat?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja. Und dann waren noch andere Kollegen - -

**Christian Flisek (SPD):** Wer war noch dabei? Dann sage ich: Okay - - Wer außer Ihren Kollegen aus dem Referat war noch dabei, von denen Sie wissen, dass sie dabei waren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, Herr Bernard war dabei. Bei den anderen - - Es gibt eine Liste. Ich habe es nicht mehr genau im Kopf. Ich glaube, Herr Wolff war dabei.

**Christian Flisek (SPD):** Unser Herr Wolff?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**MR Philipp Wolff (BK):** Die Liste liegt Ihnen vor, Herr Flisek.

**Christian Flisek (SPD):** Bitte?

**MR Philipp Wolff (BK):** Die Liste haben Sie ausführlich in den Unterlagen - ich glaube, in mehrfacher Ausfertigung -, wer dabei war.

**Christian Flisek (SPD):** Herr Wolff, auch bei Listen passieren Fehler, nicht? Deswegen haben wir Zeuginnen und Zeugen hier, um auch die Dokumente einmal auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Ich glaube nicht, dass das eine unsachgemäße Fragestellung ist, und ich würde Sie bitten, bei solchen Gelegenheiten vielleicht auch nicht zu intervenieren.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Aber mein Wissen ist von der Liste. Also - -

**Christian Flisek (SPD):** Also, Sie wissen das nur von der Liste selber?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, ich habe schon in Erinnerung, dass da hingefahren wurde. Das sind jetzt die drei, die ich Ihnen genannt habe, bei denen ich relativ sicher war. Wobei, Sie haben ja gesehen: Ich habe mich bei Herrn Bernard schon umgedreht, weil ich nicht hundertprozentig sicher war. Bei Herrn Kleidt bin ich zu hundert Prozent sicher.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt noch mal: Frau Dr. Nökel, woher wissen Sie, wer dabei war?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, bei Herrn Kleidt wusste ich es, weil er aus dem Referat war und weil er nicht da war. Und bei den anderen - weiß ich es auch nicht von der Liste, sondern, weil sie nicht da waren und es hieß, sie begleiten Chef BK. Aber die Liste ist lang. Deswegen - - Ich weiß jetzt nicht - - Es war von 601 noch jemand dabei; da weiß ich aber nicht, wer.

**Christian Flisek (SPD):** Gab es denn zu diesem Besuch irgendeine Nachbesprechung, bei der Sie dabei waren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, bei einer Nachbesprechung zu dem Besuch war ich nicht dabei. - Ich weiß nicht, ob es eine - - Also, ich war bei keiner dabei.

**Christian Flisek (SPD):** Wann haben Sie denn von diesem Besuch dann das erste Mal erfahren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Im Vorfeld. Da hieß es, da fährt eine Delegation hin.

**Christian Flisek (SPD):** Was haben Sie erfahren über die Motivation, da hinzufahren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, dass Chef BK sich vor Ort ein Bild machen möchte.

**Christian Flisek (SPD):** Mal einfach so? Stichprobenbesuch oder was?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, weil die, weil es - - weil die Listen gefunden wurden.

**Christian Flisek (SPD):** Wie viel Zeit zwischen dem Listen-Finden und der Besuchsdurchführung ist dann vergangen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich glaube, sieben Tage, wenn ich mich recht erinnere.

**Christian Flisek (SPD):** Gab es Vorbereitungen dann für diesen Besuch?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Bestimmt, aber die habe nicht ich gemacht.

**Christian Flisek (SPD):** Da waren Sie nicht eingebunden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Nach dem Besuch oder während des Besuches sind ja Sofortweisungen erteilt worden. Wurden die in Ihrem Referat später verschriftlicht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Können Sie uns dazu was erläutern?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nach meiner Erinnerung, wurde das, was da gesagt wurde, dann noch mal in einer Weisung schriftlich an den Dienst übermittelt.

**Christian Flisek (SPD):** Wie ist denn seitdem in Bezug auf diese Weisung das Prozedere gewesen? Hat man sich dann fortlaufend erkundigt: Wie wird damit umgegangen innerhalb des BND?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, wir haben uns ja fortlaufend berichten lassen, mit den Sachstandsberichten, und das war ja Teil des Ganzen.

**Christian Flisek (SPD):** Inwiefern?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, was da drin stand, was zu tun ist, wurde ja dann in den Sachstandsberichten aufgearbeitet.

**Christian Flisek (SPD):** Sachstandsberichte des BND?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie irgendwann mal Sachstandsberichte des BND in Bezug auf die Weisung von Herrn Pofalla aus dem Oktober 2013 gesehen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Ist das nicht komisch? - Ich finde das Vorgehen ab März 2015 im Übrigen richtig. Klar, man erteilt eine Weisung in Bezug auf eine Problemlage und fordert anschließend regelmäßig Sachstandsberichte an, ob die Weisung auch umgesetzt wird. Genauso würde ich das auch machen. Also, mein Ton ist jetzt kein Vorwurf gegen Sie, sondern - - Das ist doch normal, oder? Genau dieses Vorgehen, das Sie gerade geschildert haben, ist das normale Vorgehen.

Haben Sie jemals mitbekommen, dass der Abteilungsleiter 6 sich in irgendeiner Form, ausgehend von der Weisung im Oktober 2013, persönlich darum gekümmert hat, dass die Weisung, die damals erteilt worden ist, auch umgesetzt worden ist? Haben Sie da irgendwas mal mitbekommen, in Ihren Runden, die Sie - - aus Dokumenten, nachträglich?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Dazu kann ich nichts sagen. Nein, weiß ich nicht.

**Christian Flisek (SPD):** Wenn Sie die beiden Situationen, Oktober 2013 und März 2015, einmal vergleichen - Sie können das ja, weil Sie jetzt den Sachstand vor Augen haben -: Halten Sie beide Situationen für gleichwertig, oder glauben Sie, die Situationen - März 2015 und Oktober 2013 - haben sich in irgendeiner Weise substantiell unterschieden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, wenn ich - - Schwer zu sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Schauen Sie, ich stelle mir jetzt folgende Frage: Ich meine, wir erfinden hier ja nicht das Rad neu. Das Kanzleramt ist seit vielen, vielen Jahren mit der Aufsicht über die Dienste betraut, kennt den BND mehr oder weniger. Da muss es ja für spezielle Situationen beim BND auch irgendwo Leitungsprozesse geben, die ein Stück weit standardisiert sind. Man setzt sich ja nicht jedes Mal hin und sagt: „Ach, was machen wir denn jetzt?“, sondern wenn irgendwo ein Missstand beim BND erkannt wird - - Man erteilt eine Weisung. Das ist ja auch nichts Neues. Dann interessiert einen doch: Wird das umge-

setzt? Oder ist es nach einer Weisung in der Regel beim Kanzleramt so, dass man darauf vertraut: „Es sind gute deutsche Beamte in einer guten deutschen Behörde. Die werden unsere Weisung schon umsetzen; darum brauchen wir uns nicht zu kümmern“?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müsste dann die letzte Frage sein.

**Christian Flisek (SPD):** Ist das so, oder ist es eher üblich, wie es im März angegangen wurde, dass man sagt: „So, Leute, jetzt Sachstandsbericht! Regelmäßig gucken, ob das auch tatsächlich funktioniert!“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das kommt auf die Fälle an. In dem gravierenden Fall 2015 haben wir natürlich dann immer wieder nachgefragt. Aber wenn wir sonst Weisungen erteilen, gehen wir davon aus, dass die eingehalten werden.

**Christian Flisek (SPD):** Aber es gibt zwei gravierende Unterschiede zwischen den beiden Situationen. - Ich komme gleich zum Schluss. - Im Oktober 2013 ist es nie zu einer Verschriftlichung der Weisung gekommen, und es gab keine nachgelagerte Kontrolle und auch keine Anforderung von Sachstandsberichten. Anders im März 2015. - Das stelle ich jetzt einfach mal fest und wirft eine ganze Reihe von Fragen auf, warum das so ist. Aber erst mal herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Könnten wir eine kurze Pause machen?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Natürlich, Sie können noch antworten. - Ach, Pause machen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie lange brauchen Sie?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Fünf Minuten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Na klar. Fünf Minuten Unterbrechung.

(Unterbrechung von  
15.52 bis 16.02 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgeführt. Ich hoffe, die Pause war okay, Frau Zeugin. - Wir machen weiter mit den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele beginnt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Dr. Nökel, ich habe im Anschluss an das, was der Kollege Flisek gerade gefragt hat, noch ein paar Nachfragen. - Sie haben im März erfahren von diesen sogenannten BND-Selektoren. Da ist Ihnen ja wahrscheinlich gleich gesagt worden: Das sind - ich sage es mal juristisch - bemakelte Selektoren, also die nicht in Ordnung sind, die rausgenommen worden sind oder rausgenommen werden sollten. Stimmt das so?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie denn jetzt persönlich reagiert? Haben Sie dann gesagt: „Ich will die mal sehen oder einen Teil davon mal sehen“? Mir ist es so gegangen: Als ich gehört habe, dass es so was gibt, war ich natürlich höchst interessiert, mal zu sehen, was das denn ist. Was sind das für - - Sind das so welche, wie das von der NSA die Selektoren waren, oder sind das andere?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, wir haben uns die vorlegen lassen. Also - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht „wir“ jetzt, sondern Sie.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, na ja, das Referat bzw. ich weiß gar nicht, ob - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also die waren im Referat vorhanden, gleich nachdem das bekannt wurde?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich weiß jetzt nicht mehr, wie schnell das ging. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Aber - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch reingeguckt? Haben Sie die mal durchgegangen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel waren das?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr. Kommt jetzt auf Tausend nicht an.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das weiß ich jetzt nicht.

**MR Philipp Wolff** (BK): Zu Einzelheiten dann bitte in eingestufte Sitzung. Auch zu den Inhalten, um was es da geht, nur in eingestufte Sitzung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stand ja schon überall. Es sollen einige Zehntausend gewesen sein oder so. Aber gut. - Können Sie sagen, was Sie da für welche gefunden haben? Haben Sie sich einfach welche geben lassen, oder haben Sie gesagt: „Ich möchte solche oder solche haben“? Ich nehme an, Sie haben die ja nicht alle durchgesehen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, also, wir haben einen Ausdruck bekommen, und dann haben wir das durchgesehen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles durchgesehen? Nicht jetzt immer „wir“ - Sie.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, es war eben nicht nur ich, sondern es ist im Referat - - Also, ich - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sie selber mal durchgesehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie sich dann auch erklären lassen, was die jeweils bedeuten, also um was es da geht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, wir haben zu einzelnen nachgefragt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren da auch jetzt, ich sage mal, brisante dabei, wie zum Beispiel europäische Regierungen oder so was?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wären wahrscheinlich die einzelnen Selektoren, von denen Herr Wolff eben geredet hat.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das ist ja schon veröffentlicht worden, auch vom Parlamentarischen Kontrollgremium. Grundsätzlich kann man, darf man schon darüber reden. Es hat nicht nur einfach so in der Presse gestanden, sondern - - Also: Waren es solche, oder was war da prekär dran, oder was war da - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Dazu nur in nicht-öffentlicher Sitzung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie allgemein die Kriterien, nach denen Sie sie durchgesehen haben, sagen. Also was interessierte Sie daran? Was geht, und was geht nicht? Oder: Was ist schlimm? Oder: Was ist ganz schlimm?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, also ich habe mir das halt angeguckt und - - was problematisch ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen immer so Gemachtes. Als ich die mal durchgesehen habe, da waren auch Kollegen dabei. Wir haben uns alle zwischendrin an den Kopf gepackt. Oder Ausrufe der Verwunderung oder so was: „Was? Das ist da auch drin?“, oder so was. Gab es das bei Ihnen auch, also bei Ihnen

persönlich jetzt, dass Sie gesagt haben: „Das kann doch wohl nicht wahr sein“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das ist ein Detail, zu dem ich - - Da geht es ja jetzt wieder konkret um die - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, mich interessiert Ihre Reaktion. Sie sollen ja jetzt gar nicht sagen: Ich habe da gelesen den und den Minister oder so.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Aber die Reaktion beruht ja auf dem, was da draufsteht, und damit ist es ein - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sagen Sie doch nur, ob es solche Emotionen bei Ihnen gab.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja. Ja, zum Teil.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, es hat Sie doch erstaunt, dass die so was da machen. - Und war das, wenn Sie das jetzt in Bezug setzen wieder zu der Äußerung der Kanzlerin anderthalb Jahre vorher, vom Oktober 2013 - - Können Sie denn wenigstens sagen, ob das Freunde waren?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, ich kann mich nur in nichtöffentlicher Sitzung zu den Details äußern.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ob das mit der Äußerung der Kanzlerin ja nun gar nicht - - Das waren ja nicht jetzt von NSA, die da vielleicht reingeschmuggelt worden sind, sondern eigene, von Ihrer eigenen Behörde, die Sie ja auch beaufsichtigen sollten, Selektoren. Waren das Freunde?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu den Details nur in der nichtöffentlichen Sitzung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie Ihre Vermerke gefertigt für den Herrn Altmaier. Haben Sie das da eigentlich reingeschrieben, was Sie - - Oder haben Sie die beigefügt? Oder einzelne Beispiele genannt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Beispiele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beispiele genannt. Also besonders Ihnen aufgefallene. Wie viel?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Weiß ich nicht mehr.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zehn oder hundert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich kann auch nichts zu Zahlen sagen, aber - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also, ob zehn oder hundert wird sie ja wohl noch sagen dürfen bei, was weiß ich, 20 000 oder wie viel.

**MR Philipp Wolff** (BK): Zu Zahlen und Inhalten hat die Zeugin eine Aussagegenehmigung in eingestufte Sitzung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Nun haben Sie sich dann irgendwann - - Also der Herr Altmaier soll nach unseren Unterlagen dann am 20.03. mit einer Delegation nach Pullach gereist sein. Was war denn der Auftrag? Also was war der Anlass? Was wollte er da von denen? Also in Pullach. Wollte er da selber noch mal die Selektoren sich alle erklären lassen, oder - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, ich glaube, er wollte sich insgesamt den Sachverhalt erklären lassen, nicht einzelne - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie denn, was da rausgekommen ist?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, rausgekommen ist - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kam er dann wieder und hat gesagt: „Die haben mir das jetzt alles erläutert“, oder - - Er und die Kollegen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Rausgekommen ist diese Sofortweisung und ein großer Fragenkatalog, der dann sukzessive abgearbeitet wurde, mit den Sachstandsberichten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ein Fragenkatalog jetzt des Kanzleramts?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um was ging es in dem Fragenkatalog?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Alles Mögliche. Ich habe das jetzt nicht mehr im Kopf, aber da ging es um - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff** (BK): Der Fragenkatalog ist auch eingestuft. Insofern bitte ich, auch das in eingestufte Sitzung zu behandeln.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt waren Sie noch - - Das ist meine letzte Frage, weil der Kollege von Notz - - Wir „verdealen“ ja immer die Minuten, weil wir nur sehr wenig haben. Der darf dann gleich fragen.

Mich interessiert jetzt: Haben Sie dann als Letztes - - haben Sie ja auch einen Sprechzettel für das PKG gemacht. Haben Sie da auch Beispiele genannt? Vielleicht besonders brisante?

**MR Philipp Wolff** (BK): Auch die Sprechzettel für das PKG sind eingestuft, und zu Inhalten im PKG kann die Zeugin hier gar nichts sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hat ja gesagt, dass sie einen Sprechzettel gemacht hat.

**MR Philipp Wolff** (BK): Aber Sie fragen ja jetzt auch nach den Inhalten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also nicht mal, ob sie da ein Beispiel genannt hat? Eines oder zehn? Auch nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**MR Philipp Wolff (BK):** Herr Ströbele!

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage gar nicht nach der Zahl, nur ob - - Auch nicht? Darf sie auch nicht sagen? Ich könnte es Ihnen sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Machen Sie doch mal!

(Heiterkeit)

Machen Sie mal, Herr Ströbele!

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Also Sie wollen nicht. - Dann kommt der Kollege von Notz noch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eine Minute haben wir noch.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Dr. Nökel, wurden nach März 2015 noch Selektoren gelöscht oder deaktiviert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, also deaktiviert.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Deaktiviert? Nach März 2015?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, ich glaube schon. Ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bis wann? Und in welchem Umfang?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist eigentlich mal debattiert worden dann ab diesem Brennpunkt 2015, von dem Sie mir nachher sicherlich total schlüssig darlegen können, warum nicht schon ab Clinton/Kerry das ein Thema war im Bundeskanzleramt, wer bei Ihnen in der Abteilung im Bild war und nicht informiert hat?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Entschuldigung. Das habe ich jetzt nicht verstanden.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also: Der AL 6 - glauben Sie, der war so ahnungslos wie Sie bis März 2015?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das können Sie nicht sagen? Ist das nicht diskutiert worden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Sie haben ja im März 2015 - - haben Sie ja sozusagen - - da war ja irgendwie - - da ist eine krasse Demütigungserklärung gegenüber dem BND rausgegangen und so, aber wurde da nicht irgendwie gefragt: Was wusste eigentlich die Abteilung hier im Bundeskanzleramt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich wusste es vorher nicht, und das war - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, das ist nicht meine Frage. Wurde diskutiert, ob der AL 6 davon wusste?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nicht dass ich mich daran erinnere. Nein.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie können sich nicht daran erinnern?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, ich kann mich nicht daran erinnern, dass es diskutiert wurde.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war kein Thema?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also nicht im März 2015.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann denn?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Kollege, wir müssten dann auch wechseln.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann denn?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Frage geht noch.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich glaube, diskutiert wurde es gar nicht. Es war halt - - Wir haben dann irgendwann die Unterlagen gesehen, und da stand drin, dass es dieses Gespräch gegeben hat. Aber - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist dann damit pass- -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir leider wechseln.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Kollege, nach zehn Minuten ist die Fragezeit zu Ende.

Ich freue mich, jetzt erst einmal Mr. Bill Binney auf der Tribüne begrüßen zu können. - It's good to have you here. Good afternoon!

Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wir haben in der öffentlichen Sitzung keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich muss gestehen, ich frage mich die ganze Zeit, was Sie da eigentlich machen im Kanzleramt. Also Sie machen montags irgendwelche Beratungen, tauschen sich über Ihre Termine aus und diskutieren, was so anliegt. Und Sie sind die Dienst-, Fach-, Rechtsaufsicht, haben aber keine Selektoren gesehen, zumindest nicht vor den ganzen Veröffentlichungen, waren nicht vor Ort, haben geguckt: Was gibt es da an Treffen, was machen die da eigentlich bei der TA? - Wie kontrollieren Sie den Bundesnachrichtendienst? Nur auf die Weise, dass die Ihnen einen Brief schreiben und sagen: „Wir haben was falsch gemacht“, oder: „Wir haben hier ein Problem“? Wie kontrollieren Sie den Nachrichtendienst?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, indem wir Fragen stellen oder, wenn sie uns etwas mitteilen, indem wir dazu nachfragen und Besprechungen machen.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Sie fragen dort an: „Habt ihr irgendwas falsch gemacht? Teilt mir das mal mit!“?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das fragen wir nicht.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Was fragen Sie dann?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zum Beispiel im Zuge der Aufarbeitung von Snowden, wenn da Sachen veröffentlicht wurden, haben wir dann gefragt: „Habt ihr Kenntnis davon?“

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Warum haben Sie sich nicht mal angeguckt, was die da steuern, wenn das Zigtausende oder Hunderttausende sind, was da rauskommt? Ist das sinnvoll, was die da machen?

(Die Zeugin zuckt mit den Schultern)

- Ein Schulterzucken nützt mir nichts. Sie müssen doch nach allem, was wir jetzt wissen, sich die Frage stellen, ob die Ihnen die ganze Zeit entweder nicht die Wahrheit oder gar nicht gesagt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, was sie Ihnen eigentlich hätten sagen müssen. Und wenn die es nicht gemacht haben, warum sind Sie nicht hingegangen und haben dort geprüft?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, wir haben ja - - Als wir davon dann Kenntnis hatten, haben wir ja sehr intensiv geprüft. Aber ich kann - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Da war doch das Kind schon im Brunnen. Ich möchte gerne wissen, was Sie seit Ihrem Eintritt ins Kanzleramt dort gemacht haben, was Sie kontrolliert haben, wie Sie kontrolliert haben, wie Sie Ihre Dienst- und Fachaufsicht wahrgenommen haben.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Indem wir zum Beispiel zu Veröffentlichungen von Snowden immer nachgefragt haben: Wusstet ihr davon? Könnt ihr das einschätzen? Was gibt es dazu?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn es Snowden nicht gegeben hätte, dann würden Sie heute immer noch ahnungslos im Kanzleramt sitzen. Die Frage ist doch: Wie kontrollieren Sie in Ihrer Funktion und Ihrer Tätigkeit, was der BND macht? Sie sagen: Jedes Mal, wenn eine Meldung kam, wenn Snowden kam, wenn eine Frage kam, dann machten wir was. - Wie haben Sie das vorher gemacht, und wie kontrollieren Sie jetzt? Es ist ja im Moment kein neuer Snowden in Sicht.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Wir stellen weiterhin Fragen und - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und wenn die Ihnen nicht die Wahrheit sagen, dann ist es halt so, oder - - Wie prüfen Sie denn das, was da passiert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, das, was wir prüfen können - - Also, wir reden mit denen und lassen uns das darstellen, aber - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wie können Sie denn irgendwas hinterfragen oder prüfen, wenn Sie nicht mal die Rechtslage kennen? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie dort angefangen im November 2013. Da gab es eine Pofalla-Weisung, von der Sie aber nie was gehört

haben, die aber ja von ganz zentraler Bedeutung für das, was das Kanzleramt gegenüber dem BND verfügt, war. Wie konnten Sie denn überhaupt dort mit denen arbeiten, wenn Sie selbst die Grundlagen - - Haben Sie nicht einen Ordner gekriegt bei Amtsantritt: „Das sind die Dienstabweisungen“, „Das sind die letzten Vorgänge“, „Da sind Probleme gewesen, auf die Sie jetzt aufpassen müssen“? Macht man so was nicht bei Amtsantritt oder bei einer Amtsübergabe, wenn ich so eine Tätigkeit aufnehme im Bundeskanzleramt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** So einen Ordner gab es nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und eine Einführung gab es auch nicht irgendwie, durch jemanden? Sie sind da reingekommen, haben den Computer angemacht und auf die Beratung am nächsten Montag sich gefreut?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, natürlich gibt es Besprechungen: Was ist das Thema? Was ist die Aufgabe? Was ist zu tun? Das gibt es natürlich.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und die zentrale Weisung hat Ihnen niemand mitgeteilt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Finden Sie das gut? Ist es nicht die Pflicht eines Vorgesetzten, so etwas zu tun? - Was nun? Ja oder nein?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Natürlich, es wäre wahrscheinlich besser gewesen, wir hätten es gewusst.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Es wäre besser gewesen. Ja. Gut. - Dann haben Sie gesagt, Sie beraten auch aktuelle Probleme bei diesen Besprechungen. Ich will es ja auch wieder nur verstehen: Wie soll ich mir das vorstellen? Ganz allgemein jetzt, kein konkreter Fall: Sagt der Chef BK oder sagt Herr Fritsche: „Nächste Woche ist eine ASEAN-Konferenz. Da müssen wir mal einen Blick drauf haben. Deshalb werden wir da so-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

undso viel Sachen von der technischen Aufklärung - - müssten jetzt mal nächste Woche dort hin, zu der ASEAN-Konferenz“ - in Peking meinetwegen -, -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** - und dann geben Sie das weiter an die TA?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also die Frage ist: Was macht das Kanzleramt aktiv gegenüber der Abteilung TA? Sagen Sie: „Wir brauchen jetzt Informationen aus dem und dem Bereich“, und die müssen sich dann kümmern? Oder wie läuft das?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, wir steuern nicht die Abteilung TA.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Die steuert sich selbst? Oder wer macht denn das?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein. Die Auswertung macht das.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Die Auswertung steuert die TA? Es muss doch eine politische Vorgabe sein, was die aufklären sollen.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, das APB.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Da wissen wir aber, dass die was ganz anderes aufgeklärt haben. Sie haben doch die Listen selber gehabt und Herrn Altmaier berichtet. Das hat doch dann mit dem APB nichts zu tun. - Wie übt das Kanzleramt seine Aufsicht - das ist hier die zentrale Frage - und auch seine politischen Vorgaben aus? Wie passiert das? Auf welche Weise wird dem BND gesagt: „Wir brauchen von euch zu diesem Vorgang, zu dieser Auseinandersetzung, zu diesem Land, zu diesem Konflikt jetzt nähere Informationen“? Auf welche Weise passiert das?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das machen wir nicht an die TA. Wenn wir zu einem Sachverhalt was brauchen, dann wird es über den Leitungsstab eingesteuert, aber nicht an die TA.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie haben vorhin gesagt, dass Sie wissen, dass Ziele, die zunächst herausgenommen worden sind, weil sie noch benötigt wurden - - Sie haben gesagt, das waren wichtige Informationen, die da anfielen. Die wurden wieder gesteuert und wurden also wieder scharf geschaltet; jetzt mal ganz vereinfacht gesagt. Da muss man Ihnen doch eine Mitteilung gemacht haben: „Wir haben letzte Woche“, weiß ich nicht, „392 Selektoren, die ursprünglich gesperrt waren, wieder eingestellt, und zwar den, den, den und den und den.“ - Hat es so was gegeben an Sie?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Was meinen Sie denn, wo das dann hingegangen ist?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Wo was hingegangen ist?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Na, die Informationen. Also, es gibt eine Anweisung, was zu sperren. Und dann gibt es eine nachgeordnete Sache: Dass man einiges wieder einstellen kann, muss jemand genehmigen. Da muss doch der zuständigen Abteilung für die TA mitgeteilt werden: „Das ist jetzt umgesetzt“, oder: „Ist nicht umgesetzt“, oder: „Es kann nicht umgesetzt werden.“ Sie müssen doch irgendwelche solche Berichte kriegen, wenn Sie schon selber nicht fragen, was da läuft. Haben Sie solche Berichte bekommen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nicht für diesen konkreten Fall. Das - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe nicht nach einem konkreten Fall gefragt. Ich habe gesagt: für die Wiedereinstellung von Selektoren. Sind Sie darüber informiert worden durch den BND?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also nach 2015, ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich rede ja jetzt genau nicht über 2015. Es geht mir jetzt um das Jahr 2014, wo ja ein erheblicher Teil wieder eingestellt worden ist.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, das habe ich damals nicht gewusst. Ich kannte den Sachverhalt ja nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, aber verstehen Sie mein Problem? Ich möchte gerne wissen, was Sie überhaupt gewusst haben an der Stelle, und ich versuche ja, irgendwie rauszukriegen, wie Sie Ihrer Aufgabe dort nachgekommen sind.

Können Sie mir denn sagen, was beispielsweise hinter dem Begriff „ANSO-Skandal“ steckt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** ANSO - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** A - N - S - O. ANSO-Skandal.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Weil wir haben hier VS-Nur für den Dienstgebrauch-eingestufte Dokumente. Da steht drin, dass es Unsicherheiten im BND gibt wegen des ANSO-Skandals, und da geht es eben auch um supra-, internationale, ausländische Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; da müsse irgendwie oder könne eine Klärung herbeigeführt werden, um Handlungssicherheit zu schaffen für die Abteilung TA. Es ist aus dem Jahr 2013 - - ist das erste Mal aufgetaucht, und dann hat man geguckt, wie man das irgendwie machen kann. Da das im BND diskutiert worden ist, nehme ich an, dass das auch im Kanzleramt bei Ihnen eine Rolle gespielt haben muss. Wissen Sie, was der ANSO-Skandal ist?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können Sie die MAT-Nummer sagen?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wie bitte?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die MAT-Nummer. Was ist das? Nur damit wir es hier auch nachvollziehen können.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, ja. Tagebuchnummer ist 223/16. Die MAT-Nummer - Moment - MAT A BND-44/2.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** 44/2? Das ist aber nicht eingestuft, nicht?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein, hier steht „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ auf dem Dokument.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage ja nur.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also davon kennen Sie nichts.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe noch die Frage nach Beifängen. Ich will ja immer wissen, was man Ihnen denn mitgeteilt hat. Wissen Sie, was Beifänge sind?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wie oft passiert denn so was?

**MR Philipp Wolff (BK):** Zu Einzelheiten - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich frage jetzt nicht nach Einzelheiten. Ich möchte das System verstehen. Was haben die da gemacht in diesem Referat? Wurden Sie über Beifänge informiert?

**MR Philipp Wolff (BK):** Der Sachkomplex „Beifänge“ ist sicher ein eingestuftes Sachkomplex, wenn es darum geht - - Über die Systematik kann man natürlich etwas sagen. Aber genau das ist ja jetzt wieder ein Einzelfall, Herr Hahn.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein, ich frage, ob Sie über Beifänge, die angefallen sind bei der Abteilung Technische Aufklärung, informiert worden sind, ganz allgemein. Hat man Ihnen gesagt: „Wir haben den Regierungschef, den Staatspräsidenten zufällig erwischt“? Ist das bei Ihnen angekommen, oder ist das bei Ihnen vorbeigegangen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also, es ist nicht regelmäßig angekommen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Was hat man Ihnen denn gesagt, nicht zu einem konkreten Fall, sondern was stand da drin, und was haben Sie dann unternommen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, wenn ich jetzt keinen konkreten Fall habe - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein, ich habe - - Was hat man Ihnen mitgeteilt? Hat man Ihnen den Inhalt eines Telefonats oder sonst was mitgeteilt oder nur: „Es gibt da was, was sollen wir damit machen?“? Und was haben Sie dann gemacht? Haben Sie entschieden: „Schreddern!“? Haben Sie entschieden: „Ist interessant; möchte ich gern mal lesen. Gebe ich weiter an die nächste Abteilung“? Was machen Sie mit solchen Sachen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich kann dazu jetzt - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn man Ihnen das schickt, müssen Sie doch damit irgendwas machen. Ich habe Sie gefragt: Haben Sie Informationen zu Beifängen bekommen? Da sind ja manchmal, wie wir wissen aus anderen Sachen, sehr und hoch brisante Sachen dabei gewesen. Und ich habe Sie gefragt: Was hat man Ihnen gesagt, und wo haben Sie das hingegeben, und was ist dann entschieden worden, und wer hat das entschieden? - Ja, ganz allgemein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Allgemein kann man die Frage beantworten.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich erinnere mich nur an einen Fall, und da - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie müssen den Fall nicht nennen. Was hat man Ihnen - - Das ganze Telefonat? Hat man Ihnen zwei Auszüge, hat man Ihnen weiß ich nicht was geschickt? Und was haben Sie dann gemacht? Finger weg? Sofort vernichten? Weitermeldung an die nächsthöhere Ebene? Was haben Sie gemacht mit solchen Beifängen?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich weiß es nicht mehr.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Was haben Sie dann überhaupt - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das erscheint jetzt nicht sehr glaubwürdig. Probieren Sie, es zu verallgemeinern. Sie sind schon unter Wahrheitspflicht. Wenn Sie den Fall kennen, dann probieren Sie, ihn so zu verallgemeinern, dass er nicht konkret greifbar ist. Aber was Sie gemacht haben bei einem Beifang, wenn er auftrat, das müssten Sie dann schon sagen hier.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich weiß es wirklich nicht mehr. Ich kann mich an den einen Fall erinnern, aber wirklich nur dunkel, und meine Erinnerung ist, dass wir nichts gemacht - - also dass ich nichts gemacht habe. Aber ich - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also abgeheftet?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Was heißt: „nichts gemacht“? Also auf dem Dienstweg nach oben geben, aber nicht - - Also, ich - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Die Zeit ist jetzt auch schon lange verstrichen. Lassen wir es mal sacken. Vielleicht kommen wir da gleich noch mal drauf. - Gut. Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD.

**Christian Flisek (SPD):** Wir haben in der öffentlichen Sitzung auch keine Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will das noch mal versuchen mit dieser Frage, ob man nach diesen großen Problemen 2015 irgendwie intern besprochen hat, was das Problem war. Ich sage das jetzt auch mal Ihnen gegenüber: Sie sitzen ja hier nicht auf der Anklagebank, und ich persönlich mache Sie auch nicht verantwortlich für das, was passiert ist; aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mich interessiert sozusagen, ob denn eine Problemanalyse in der Abteilung 6 stattgefunden hat.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und was war das Ergebnis dieser Problemanalyse? Was hatte nicht funktioniert?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, es gab organisatorische Defizite im BND.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im BND. Aber wenn Menschen aus der Abteilung 6 auch von den Problemen wussten und die nicht kommuniziert haben, war das nicht auch - - Also: Ist das nur ein Problem des BND?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Wie gesagt, an eine Diskussion darüber - - Sie wollen jetzt wieder auf 2013 - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lassen Sie es mich umformulieren, weil Sie immer so darauf beharren, dass ich gesagt habe „eine Diskussion“: eine Aufarbeitung, eine Feststellung.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nein, kann ich mich nicht erinnern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt aus Ihrer Sicht: Wo liegt denn die Schuld oder das Ver- - „Schuld“ ist ein schwieriges Wort. Die Dysfunktionalität. - Ich sage es mal ganz offen: Ich frage mich, wie es zu einer so scharfen Kritik am Bundesnachrichtendienst kommen kann, dem man mit angezogenen Knien ins Kreuz springt mit so einer öffentlichen Zurechtweisung, für die es ja Gründe geben kann. Aber hat es nicht auch Probleme in der Abteilung 6 gegeben, wenn Leute von Vorgängen wussten und von Problemen wussten, aber Menschen wie Sie, die in Verantwortung waren, nicht davon wussten?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Mhm.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antwort lautet Ja? - Die Stenografin muss das - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ich habe ja schon gesagt: Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, wir hätten das gewusst.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, denke ich auch. - Es wurde im Hinblick auf diese Frage Beifang - ich überlege gerade - am 23.09.2014 [sic!] von der Fraktion Die Linke eine Kleine Anfrage gestellt. Ich zitiere ganz kurz:

15. Ist es zutreffend, dass durch den BND Kommunikationsdaten des US-Außenministers John Kerry und dessen Vorgängerin Hillary Clinton erhoben und verarbeitet wurden, und wann hat die Bundesregierung hierüber jeweils Kenntnis erlangt?

Waren Sie an der Beantwortung dieser Anfrage beteiligt?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Kann gut sein; kann ich nicht mehr mit Sicherheit sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage Ihnen mal die Antwort. Ich zitiere:

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags sammelt der BND Informationen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung sind und wertet diese aus ... Dabei kann technisch nicht durchweg ausgeschlossen werden, dass in eine diesbezüglich erfasste Kommunikation auch Repräsentanten anderer Staaten geraten, die selbst nicht Zielperson der Datenerhebung sind. Sofern es zu einer derartigen Erfassung kommt, werden diese Telekommunikationsverkehre unmittelbar gelöscht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Würden Sie sagen, dass diese Beantwortung dieser Frage auch aus heutiger Sicht noch der Wahrheit entspricht?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tatsächlich?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also für das, was da gefragt war, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie würden sagen, das wird unmittelbar gelöscht, und Sie würden sagen, das ist aus Versehen erfasst worden?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Also - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier steht ja im Grunde, dass diese Leute nicht gesteuert wurden.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und aus heutiger Sicht - - Damals wissen wir nicht genau, aber aus heutiger Sicht würden Sie sagen, dass das so ist?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Nach meinem Kenntnisstand ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tatsächlich?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zur Hilfe könnte man der Zeugin das Dokument mal vorlegen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ich gerne machen. - Die Kleine Anfrage jetzt oder - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aus dem du zitierst. Ich sehe es ja auch nicht. Ich glaube es dir einfach so.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist Bundestagsdrucksachenummer

18/2600 und die Kleine Anfrage vom 23.09.2014 [sic!]. Aber eigentlich geht es darum, was hinter dieser Beantwortung steht, nämlich ob nach all den Selektoren, die herausgenommen wurden, und der Analyse der Selektoren, die man jetzt gemacht hat, ob diese These, dass es sich hier um Beifang handelt, ob Sie die aufrechterhalten können. - Es kann sein, dass Sie das persönlich so sehen, aber dann - -

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na ja, Beifang ist etwas, was eben nicht gesteuert war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und Sie glauben bis heute, dass Kerry und Clinton Beifang sind - gewesen sind?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu einzelnen Selektoren kann ich nur was in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Okay. Lassen Sie mich die Frage neu stellen: Dass solche Ziele wie Clinton und Kerry Beifang waren, das sehen Sie auch heute noch so?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Es gibt eine Definition für Beifang.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die würde ich dann gern einmal hören.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Na, dass sie eben nicht gesteuert waren, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** - sondern anders in die Erfassung geraten sind. Und wenn die Erfassung nicht in Ordnung ist, werden die gelöscht. Das, würde ich denken, ist auch heute noch so.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind aber jetzt zwei Dinge, die Sie vermischen in der Antwort. Glauben Sie, dass solche Menschen wie Clinton und Kerry tatsächlich als Beifang erfasst wurden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Zu einzelnen Selektoren kann ich nichts sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage nicht als einzelne, ich sage wie solche Selektoren - - Ich habe jetzt diese Kleine Anfrage, und ich frage Sie: Würden Sie sagen, dass die korrekt beantwortet ist, diese Kleine Anfrage?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja. Ich denke, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich kann jetzt keinen stillen Vorhalt machen, Herr Vorsitzender, weil der Vorhalt, den ich machen könnte, der ist auf einem Laptop, den ich jetzt gerade nicht habe. Aber ich halte diese Aussage nicht für zutreffend. Das darf ich vielleicht anmerken.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Und deswegen jetzt an der Stelle erst mal keine Frage mehr? - Okay. Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. - Hat keine Fragen mehr. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ich würde nur noch mal - - Der Kollege von Notz hatte jetzt einen bestimmten Vorgang oder Fall auf der Basis einer öffentlichen Anfrage im Bundestag - - an Sie gestellt. Sie haben vorhin gesagt, Sie können sich an einen Fall erinnern. Ich will jetzt nicht die Details, sondern ich möchte nur wissen: Ist das der Fall, von dem in der Anfrage die Rede ist, oder war das ein anderer Fall, an den Sie sich erinnern können?

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Das ist für die nichtöffentliche - -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ob es der, der jetzt eben gerade öffentlich war, oder ein anderer Fall war, wird sie doch wohl sagen können.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Zeugin kennt den Fall gar nicht, weil sie die Kleine Anfrage gar nicht gesehen hat. Deswegen hatte ich ja gesagt, ob sie die mal sehen darf.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Nein, er hat doch - - Es geht doch um Clinton und Kerry in der Anfrage, die als Beifang aufgetaucht sind, und ich frage nur, ob das der Fall ist, den sie auf dem Tisch hatte. Es könnte ja eine andere Kollegin gewesen sein. Und die Frage kann man aus meiner Sicht beantworten, ob es dieser Fall war oder ein anderer. Nach dem anderen Fall darf ich dann nicht fragen; aber wir wissen dann, dass es weitere gibt, und können gegebenenfalls nachhaken in der geschlossenen Sitzung. - Ist es derselbe Fall, oder ist es nicht der Fall?

(Die Zeugin berät sich mit  
MR Philipp Wolff (BK))

**Zeugin Dr. Friederike Nökel:** Ja, es war der Fall.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Okay. Dann lasse ich das erst mal.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. - Es gibt keine Fragen derzeit. - Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Da gibt es derzeit auch keine weiteren Fragen.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr in öffentlicher Sitzung gibt, die wir stellen und die beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss fassen, damit wir die noch offenen Fragen in nichtöffentlicher bzw. eingestuft Form stellen können. Dazu schlage ich folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung der Zeugin Dr. Nökel am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich bedanke mich schon mal bei Ihnen, Frau Dr. Nökel, dass Sie uns in öffentlicher Sitzung hier auf viele Fragen Antworten gegeben haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie können jetzt erst mal Pause machen, und wir kommen dann später in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung noch auf Sie zurück. - Danke schön. Also entspannen Sie sich erst einmal.

Wir setzen die öffentliche Zeugenvernehmung jetzt mit dem nächsten Zeugen fort. Das ist der Zeuge Karl. Den bitte ich, dass er in den Untersuchungsausschussraum kommt. Wir unterbrechen dazu für fünf bis zehn Minuten, je nachdem wie lange er braucht, und dann können wir uns auch alle noch mal die Beine vertreten.

Die Sitzung ist damit unterbrochen.

(Unterbrechung von  
16.37 bis 16.56 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

### Vernehmung des Zeugen Albert Karl

Ich darf ganz herzlich begrüßen unseren neuen und nächsten Zeugen Herrn Albert Karl. Herzlichen Dank, dass Sie da sind. - Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Karl, Sie haben den Erhalt der Ladung am 12. Oktober 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Untersuchungsausschuss für Fragen und dann Antworten von Ihnen zur Verfügung stehen.

Herr Karl, Sie wurden bereits am 26. November 2015 zu einem anderen Sachkomplex durch den Ausschuss vernommen. Trotzdem gestatten Sie mir erneut dann für Sie einige Vorbemerkungen, weil es ist ja schon ein bisschen her.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann auch nach Erstellung des Stenografischen Protokolls wieder gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugeschickt. Sie haben dann 14 Tage Zeit, falls dies gewünscht ist, etwaige Richtigstellungen, Klarstellungen am Protokoll vorzunehmen, wenn das aus Ihrer Sicht notwendig ist. Das haben Sie ja beim letzten Mal auch schon so erlebt.

Ich habe Sie darüber hinaus auch zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese

Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das in Betracht kommen sollte in dem jeweiligen Fall.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, dann bitte ich Sie um einen Hinweis an diesen Ausschuss, damit wir einen Beschluss nach § 14 bzw. § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes treffen können und dann die Vernehmung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung fortführen können und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf noch einmal kurz darstellen - es ist im Grunde wie beim letzten Mal -: Ich habe Sie noch einmal zur Person zu befragen. Sie haben auch in dieser Zeugenvernehmung die Möglichkeit, anfangs ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also gemäß § 24 Absatz 4 zum Untersuchungsgegenstand im Zusammenhang vorzutragen, ohne durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach hat dann der Ausschuss die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu stellen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Die Mitglieder einer Fraktion stellen Fragen, danach die einer anderen usw., so wie Sie es auch vom letzten Mal wahrscheinlich noch her kennen. - Gibt es dazu Fragen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann bitte ich Sie, sich nun dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Albert Karl:** Guten Tag! Mein Name ist Albert Karl. Ich bin 54 Jahre alt, bin Beamter, habe Politologie studiert, und meine ladungsfähige Anschrift ist das Bundeskanzleramt in 11012 Berlin.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das Studium habe ich jetzt gerade akustisch - -

**Zeuge Albert Karl:** Politologie.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Politologie, alles klar. Ganz herzlichen Dank. - Dann frage ich Sie, wie ich es gerade auch zu anfangs gesagt habe: Möchten Sie davon Gebrauch machen, ein sogenanntes Eingangsstatement zu Beginn abzugeben?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich würde gern Ihre Fragen beantworten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Und dann beginnen wir auch direkt mit den Fragerunden. Und in der ersten Frageunde beginnt die Fraktion der CDU/CSU mit Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. - Guten Tag, Herr Karl! Sie sind ja als Zeuge hier, weil Sie im Kanzleramt im Referat 603 arbeiten, Dienst- und Fachaufsicht über den BND. Können Sie mir noch mal sagen, seit wann Sie dort sind und in welchen Funktionen? Ich erinnere mich irgendwas an August 2013; aber vielleicht sagen Sie es eingangs noch mal.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ich leite das Referat 603 seit 5. August 2013. Davor war ich fünf Jahre im BND und hatte schon mal eine Verwendung im Bundeskanzleramt von 2003 bis 2008.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut, vielen Dank. - Wann kamen Sie denn dann zum ersten Mal mit

der Thematik „kritische BND-eigene Selektoren“ in Berührung?

**Zeuge Albert Karl:** Im März 2015.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie ist es denn, wenn man von Ihrem Referat - wir haben vorhin gehört von der Frau Dr. Nökel, dass Sie als Referatsleiter dann derjenige wären in der Hierarchiestufe - Weisungen an den BND erteilt? Wie wird dann die Umsetzung kontrolliert?

**Zeuge Albert Karl:** Indem wir zunächst Stellungnahmen erbitten, indem wir Berichte erbitten, indem wir Gespräche führen über den Stand, je nachdem, was uns der BND dann berichtet, indem wir auch Kontrollbesuche, also zum Beispiel im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht, machen. Also, gibt es verschiedene Instrumente. In der Regel werden Weisungen umgesetzt; man bittet um Vollzug und Berichterstattung, wie die Weisung umgesetzt wurde.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt sagen Sie, Sie haben mit dem Thema „kritische BND-eigene Selektoren“ erst im März 2015 dann Bekanntschaft gemacht. Grundsätzlich die Frage der Steuerung von Selektoren: Wäre das jetzt keine Frage, kein Prozess innerhalb der Abteilung TA, mit dem Sie sich als Dienst- und Fachaufsicht hätten auseinandersetzen müssen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, doch - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Oder inwiefern hatten Sie sich vorher schon mit Steuerung von Selektoren auseinandergesetzt? Kennen Sie die Datenbanken? Was war da vorher Ihr Kenntnisstand?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, davor hatte ich mich nicht Datenbanken auseinandergesetzt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und mit Selektoren an sich?

**Zeuge Albert Karl:** Als Frage der generellen Methode technischer Aufklärung, aber nicht auf einzelne Selektoren spezifiziert.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und auch - - Sie haben sich da keine Gedanken gemacht, nach welchen Maßgaben Selektoren eingestellt werden und überprüft werden?

**Zeuge Albert Karl:** Na, die Maßgabe war natürlich, zum Zweck der Informationsgewinnung gemäß Auftragsprofil der Bundesregierung plus eben im Auftrag des BND Informationen von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung zu gewinnen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wenn Sie sagen, das Thema „kritische BND-eigene Selektoren“ kam bei Ihnen erst März 2015 auf: Was waren denn andere Fragestellungen, die man bezüglich Selektoren, die beim BND verwendet wurden, so bearbeitet hat? Oder gab es vorher nie ein Problem? Sie haben gewusst, wie es ungefähr läuft und gut, oder - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, das meiste ist sehr treffend. Ja, es gab keinen Anlass, konkret zu der Problematik Selektoren nachzufassen. Letztendlich war der Fokus nach meiner Übernahme des Referats darauf ausgerichtet, eben die Kooperation des BND an sich mit Partnern zu beleuchten.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt gehen wir mal in den Oktober 2013. Dort ließ sich - hat uns unter anderem der Zeuge D. B. gesagt - der Präsident des BND über die BND-eigene Steuerung von Zielen mit Bezug zu Partnerstaaten berichten. Die Initiative ging wohl, meinte D. B., vom Präsidenten aus, also vom Präsidenten des BND. Und vor Oktober 2013 hatte sich weder die Leitung des Dienstes noch das Bundeskanzleramt zu dieser Thematik berichten lassen. Ist das auch so, wie es Ihrer Erinnerung nach war, also dass vor Oktober 2013 da bei Ihnen im Haus keine Befassung - -

**Zeuge Albert Karl:** Selbst dieser Zeitraum Oktober 2013 ergibt sich erst für mich aus der Ex-post-Kenntnisnahme, aus den Unterlagen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber das halten Sie für möglich, dass es so war, oder war es schlicht so, dass D. B. als Unterabteilungsleiter das nicht mitgekriegt hat, wenn der BND-Präsident das vielleicht irgendwie im Kanzleramt besprochen

hat oder wenn es Anfragen aus dem Kanzleramt gab? Also, es kann schon sein, dass man vorher die Thematik einfach nicht auf dem Schirm hatte?

**Zeuge Albert Karl:** Das entzieht sich tatsächlich meiner Kenntnis.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber wenn man jetzt noch mal zurückgeht zu dem Gespräch, das es dann ja gab auch im Kanzleramt, bzw. dem Klärungsbedarf des Präsidenten im Oktober 2013: Gibt es irgendeinen Anhaltspunkt, dass Ihr Referat da den Anlass gesetzt hat oder eine andere Stelle im Bundeskanzleramt, oder war das rein eine Initiative, die vom BND-Präsidenten ausging?

**Zeuge Albert Karl:** Nichts, was mein Referat betrifft.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Die Vorgänge im BND wurden ja durch das Parlamentarische Kontrollgremium untersucht. Es gab diese Task Force; die hat einen Abschlussbericht gemacht. In dem Bericht heißt es:

Im Oktober 2013 wurde innerhalb der Abteilung TA eine mündliche Weisung erlassen, dass Botschaften und Regierungseinrichtungen von EU/NATO-Staaten zu deaktivieren sind.

Jetzt gehe ich davon aus, dass es sich dabei um die Weisung vom BND-Präsidenten handelt, die er nach seinem Besuch im Bundeskanzleramt dann erlassen hatte. Ist das Ihrer Ansicht nach so?

**Zeuge Albert Karl:** Den Unterlagen, die ich nach Aufarbeitung des Vorgangs kennengelernt habe - - demnach ist es so.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, der Präsident hat eine Weisung des Kanzleramts umgesetzt. Können Sie was dazu sagen? Jetzt weiß ich, Sie waren dann erst aus der Ex-post-Betrachtung damit befasst.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber Sie haben ja - ich gehe davon aus - dann irgendwann mal den Vorgang ab 2015 zurück 2013 untersucht. Wie kam es Ihrer Ansicht nach zu der Weisung? Und kennen Sie den gesamten Inhalt der Weisung? Gibt es da was Schriftliches?

**Zeuge Albert Karl:** Mir ist die Weisung wörtlich nicht bekannt. Ich kenne sie im Prinzip sinngemäß aus den Unterlagen, kann sie jetzt aber nicht wiedergeben.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das war ja kurz zusammengefasst - -

**Zeuge Albert Karl:** Letztendlich ging es darum, Selektoren mit Bezug zu EU- und NATO-Staaten für die Erfassung zu sperren, zu deaktivieren.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das war jetzt zunächst mal recht pauschal -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - angewiesen. Gab es dann vielleicht auch im Nachgang noch mal konkretisierende Maßgaben bei Ihnen im Haus oder auch innerhalb des BND?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich erinnere, gab es dann im Prinzip Verfeinerungen. Aber es könnte sich - - Also, im Einzelnen müsste man da in die Unterlagen gehen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut, können wir auch später noch machen. - Aber die Mitarbeiter wurden dann geschult, denen wurde das erklärt, oder wie hat man das gemacht?

**Zeuge Albert Karl:** Meinen Sie, im BND?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Im BND.

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, wie das konkret umgesetzt wurde.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie sagen, ob und wie man im Kanzleramt die Umsetzung der Weisung kontrolliert hat?

**Zeuge Albert Karl:** Wir haben uns regelmäßig Sachstandsberichte geben lassen über - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Von welchem Zeitpunkt sprechen Sie jetzt?

**Zeuge Albert Karl:** Nach Aufarbeitung, März 2015.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Und vorher?

**Zeuge Albert Karl:** Vorher nicht, weil wir ja nicht nachgefragt haben.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Nein, klar. Aber Sie haben ja jetzt gesagt, Sie haben auch geschaut, was ist 2013 passiert und dann bis 2015. Also, in der Ex-post-Betrachtung gab es nach Aktenlage oder nach Gesprächen, die Sie geführt haben, durch das Kanzleramt irgendeine Überprüfung der Umsetzung dieser Weisung?

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich weiß nicht, was konkret innerhalb des Zeitraums Oktober 2013 bis März 2015 im BND umgesetzt wurde und wie.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Bitte? Jetzt habe ich den letzten - -

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich aus dem Zeitraum Oktober 2013 bis März 2015 nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, bei Ihnen im Haus gibt es jetzt nachvollziehbar keine Anhaltspunkte, wenn ich Sie richtig verstehe, weder aus Gesprächen mit Mitarbeitern oder aus Unterlagen, dass man dann im Nachgang zu der Weisung im Oktober 2013 irgendwie geguckt hätte: Haben sie es umgesetzt, haben sie nachgefragt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich meine, ab März 2015 scheinen Sie ja dann regelmäßig auch was gemacht zu haben.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ja, klar.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ist das normal, dass man da - - Oder liegt das vielleicht daran, dass in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer Abteilung gar keine Kenntnis vorlag? Und ist das auch normal, dass Ihr Referat als zuständiges Referat keine Kenntnis erlangt hat?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann nur sagen, dass es zum damaligen Zeitpunkt eben nicht der Fall war, bis März 2015.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt hat ja an dem Gespräch im Kanzleramt mit dem Chef des Bundeskanzleramts und dem BND-Präsidenten auch Ihr Abteilungsleiter teilgenommen. Ist es üblich, dass man bei so einem Gespräch vielleicht auch ein Protokoll macht oder dass man das zumindest normalerweise dann an sein zuständiges Referat weitergibt, sagt: „Da haben wir jetzt uns besprochen, und ich habe die Weisung erteilt: ‚Nehmt das mal zu den Akten, verfolgt das mal‘“? Wäre das jetzt kein üblicher Vorgang eigentlich?

**Zeuge Albert Karl:** Wenn für die Fach- und Dienstaufsicht was zu veranlassen wäre, dann wäre es natürlich naheliegend, das zu tun. Und damals ist es nicht geschehen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und das hat Sie wahrscheinlich auch verwundert, als Sie im März 2015 davon erfahren haben, dass Sie das bislang nicht gewusst haben.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie machen Sie das normalerweise, wenn so eine Weisung erteilt wird? Wie läuft das dann ab? Sie setzen eine Frist, oder wie macht man das? Nach welchen Zeiträumen fasst man da nach?

**Zeuge Albert Karl:** Das kommt darauf an. Also, in der Regel bekommt - - gibt es verschiedene Auslöser, um eine Weisung zu erteilen. Grundsätzlich ist es so, dass man durch einen Vorgang aus einer Berichterstattung aufmerksam wird auf einen Umstand. Und man fragt dann nach, schreibt unter Umständen eine Vorlage an einen Staatssekretär, gibt ein Votum ab, wie damit umzugehen ist, und entsprechend dem wird dann eine Weisung an den BND erteilt, mit dem Sachverhalt umzugehen oder einen Vorschlag zu machen über die weitere Vorgehensweise. In der Regel

gibt man dem BND dann ein bis zwei Wochen Zeit, je nachdem, wie wichtig der Vorgang ist. Und dann prüft man einfach weiter, wie sich die Sachlage entwickelt hat, wie weit die Stellungnahme des Dienstes nachvollziehbar ist oder welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen sind oder ob man dann begleitend dazu auch noch eine Besprechung mit dem BND macht, wenn es komplexere Vorgänge sind.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt noch mal zurück in den Oktober 2013. Konnten Sie nachvollziehen in Ihrer Rückschau, von wem der Gesprächswunsch damals - Chef BK, Präsident BND, also da gab es das Gespräch - ausging? Wurde der BND-Präsident, sage ich mal, einbestellt? Oder hat er selbst den Wunsch vorgetragen, zu kommen? Konnten Sie das irgendwie nachvollziehen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass man es in den Unterlagen finden müsste; aber ich kann es im Augenblick nicht mehr.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie ist das normalerweise? Wenn es da Gesprächsbedarf gibt, wie geht man da vor? Findet so was häufiger dann auch statt? Wer ist da üblicherweise bei Gesprächen dabei oder wenn das Kanzleramt Gesprächsbedarf hat?

**Zeuge Albert Karl:** Mit dem Präsidenten BND sind es in der Regel der Abteilungsleiter oder Staatssekretär Fritsche nun. Und zu größeren Erörterungen, dann, wenn der Leitungsstab - - und es geht um fachspezifische Themen, ist durchaus in dem ein oder anderen Fall mal das Fachreferat aus der Abteilung 6 mit dabei. Aber in der Regel finden die Gespräche zwischen Präsident und Staatssekretär bzw. Abteilungsleiter statt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und üblicherweise, wenn es dann aus den Gesprächen irgendeinen Handlungsbedarf gäbe, würden Sie eine Arbeitsanweisung oder irgendwas kriegen oder Informationen.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt stelle ich mir das ja so vor: Also, es gab dann die Weisung, dann hat der Präsident des BND die bei sich im Hause dann weitergegeben, umgesetzt. Gab es da nie mal irgendwie auch eine Nachfrage in Richtung Ihres Hauses, Ihres Referates? Oder wie ist das üblicherweise? Also, normalerweise, denke ich mal, stelle ich mir das so vor: Sie erteilen eine Weisung, und da hat vielleicht doch der ein oder andere aus der Abteilung TA mal noch eine Nachfrage dazu. Wer wäre dann bei Ihnen der Ansprechpartner? Wären das dann Sie? Wäre das dann der zuständige Referent? Und gab es da wirklich in dem Fall keinerlei Nachfragen, Klärungsbedarf, sondern es ist einfach gemacht worden? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, es gab definitiv keine Nachfragen. Es gab definitiv für das Referat 603 keinen Anhaltspunkt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wie wäre es normalerweise?

**Zeuge Albert Karl:** Der normale Weg - und das ist ein relativ strenges Verfahren im Referat 603 -: Unser Ansprechpartner - das ergibt sich auch aus den Unterlagen - und unser Adressat für Weisungen ist grundsätzlich der Leitungsstab des BND. Das heißt also, damit wird auch Vorsorge von unserer Seite getragen, dass die Leitung des BND darüber informiert ist, was seitens des Kanzleramtes an den Bundesnachrichtendienst herangetragen wird. Und - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wenn aus der Abteilung TA es Nachfragen gibt, geht das dann auch über den Leitungsstab?

**Zeuge Albert Karl:** Es kann durchaus sein, dass sich mal eine Abteilung an uns direkt wendet; aber das hat regelmäßig zur Folge, dass wir um schriftliche Berichterstattung bitten und gleichzeitig auch noch mal den Leitungsstab informieren, wenn so ein Gespräch stattgefunden haben sollte.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt haben Sie dann ja zumindest ab März 2015 angefangen, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Da gab es - so hat uns

auch der Zeuge D. B. unter anderem berichtet - Anfragen und Berichtsansforderungen aus dem Kanzleramt. Waren Sie in diese Anfragen involviert?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe natürlich viele davon gesehen, habe viele davon auch besprochen, habe viele davon natürlich unterzeichnet als Referatsleiter, habe mit den zuständigen oder bearbeitenden Referenten darüber gesprochen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Was haben Sie sich da berichten lassen? Wie man bei der Deaktivierung vorgegangen ist? Was haben Sie da nachgefragt?

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich, wenn zum Beispiel ein Bericht des BND einging, hat ein Referent oder haben zwei Referenten den Bericht zunächst mal geprüft. Der ging zwar bei mir ein; aber ich habe den dann den zuständigen Referenten Frau Dr. Nökel oder Herrn Bernard oder in der damaligen Zeit auch teilweise Herr Kleidt zur Prüfung zugewiesen. Die haben mir dann berichtet ihre Einschätzung des Berichtes. Wir haben erörtert, was man dazu nachfragen müsste, was für uns unklar war oder nicht plausibel, oder wir haben die Nachfragen aufbereitet bzw. - - Entschuldigung, wir haben die Berichterstattung des Dienstes aufbereitet für eine Vorlage an den Staatssekretär, haben Fragen vorgeschlagen und nach Billigung durch den Staatssekretär dann entsprechend die Weisung an den BND gegeben oder die Nachfragen gestellt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie muss ich mir das konkret vorstellen? Haben Sie sich da technisch erklären lassen: „Sagt uns mal, wie seid ihr bei der Deaktivierung vorgegangen, nach welchen Kriterien?“, oder was genau hat Sie da interessiert? Also, Sie kriegen irgendwann ab März 2015 was mit. Und was waren dann konkret die Themen, die Sie interessiert haben oder - - Hat man da nach Zahlen gefragt oder wie man es technisch vollzogen hat?

**Zeuge Albert Karl:** Also, im Prinzip bezogen sich tatsächlich die Nachfragen auf alle Dinge, die man sich stellt, wenn einem ein Sachverhalt zum ersten Mal in einer gewissen Breite bekannt wird. Da geht es um Abfragen nach Verfahren, da geht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es darum, welche Auffälligkeiten für den BND selbst feststellbar waren, darum: Ein Teil der Nachfragen bezieht sich auf den Zweck der Einsteuerung von Telekommunikationsmerkmalen, auf den gesamten Umgang, auf Veränderungen im Gesamtprofil usw. Und viele der Berichte haben ja dann auch weiterhin zu Nachfragen geführt, weil vieles natürlich für uns auch unbekannt war, noch dazu zu relativ technisch und methodisch komplexen Verfahren.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Unbekannt wegen der technischen Abläufe? Oder weswegen unbekannt?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, unbekannt hinsichtlich der Zielführung, der Komplexität der Thematik, -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Der Vorgehensweise.

**Zeuge Albert Karl:** - der Vorgehensweise insgesamt. Und zwar auch - - Wir mussten auch fragen, wie die Ab- - Wir mussten uns ein Bild verschaffen, wie die Abläufe innerhalb der Abteilung TA sind, wer informiert war, welche Gremien prüfen, wer entscheidet. Das heißt also, wirklich das ganze Programm.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Dann gab es auch Besprechungen dazu bei Ihnen im Haus, nicht nur die schriftlichen Berichtsansforderungen, sondern auch Besprechungen, wenn ich das richtig verstanden habe.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie viele? Und wer war dann anwesend? Waren das - -

**Zeuge Albert Karl:** Also, über die Anzahl der Besprechungen - - Weiß ich nicht, kann ich Ihnen nicht mehr wiedergeben. Aber in der Regel waren es die Vertreter der Abteilung TA und des Leitungsstabs, also - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und bei Ihnen?

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Bei Ihnen?

**Zeuge Albert Karl:** Bei mir im Referat?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, entweder ich selbst mit Referenten oder die Referenten dann, wenn ich in Besprechungen war oder nicht anwesend. Weil das Referat 603 halt ein relativ breites Aufgabefeld hat, parallel finden mehrere Besprechungen statt oder - - Also insofern - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gab es dann bei den Besprechungen noch andere Themen, die man bei den schriftlichen Anfragen noch nicht thematisiert hat? Oder waren das dann im Prinzip - - Was das dasselbe? Oder ging es da - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das bezog sich tatsächlich dann auf das Konkrete.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Auf das, was Sie schon geschildert hatten.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, auf die konkrete Thematik.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und können Sie jetzt, aus der jetzigen Betrachtung, sich irgendwie erklären, wie es denn dann zu dieser Lücke gekommen ist zwischen der Weisung Oktober 2013 und dann den Anfragen von Ihnen, vom Bundeskanzleramt, im März 2015? Warum war da nichts in der Zwischenzeit? Nur weil Sie es nicht wussten, oder gibt es andere Erklärungen? Sie haben ja dann auch mit den BND-Leuten gesprochen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich glaube, das war - - Also, ich kann es letztendlich nicht nachvollziehen, weil es letztendlich außerhalb der Wahrnehmung und Einschätzung war, die ich eigentlich für normal gehalten hätte, auch aus den üblichen - wie soll ich sagen? - Aufgaben im Rahmen Fach- und Dienstaufsicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie haben sich denn die BND-Vertreter da eingelassen? Haben die gesagt: „Na ja, uns war doch klar, was wir machen müssen“, und deswegen gab es auch jetzt zum Beispiel keinen Rückfragebedarf? Oder wie haben die das gesehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass das tatsächlich so in der Nachschau oder persönlichen Erklärung - - Es gab ein Gespräch, Weisung, Umsetzung, und dann war es so.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt wurden ja nach Aussage von D. B. ab November 2013 wieder einige Selektoren reaktiviert, weil die pauschale Weisung - so hat es D. B. formuliert - zu weitgehend war. Da gab es einen Entscheidungsvorbehalt des UAL und dann ab März 2014 des Abteilungsleiters. Und auch der PKGr-Bericht stellt ja fest, dass mindestens ein Drittel der zunächst deaktivierten Ziele rechts- und auftragskonform und ihre Steuerung nicht zu beanstanden sei. Können Sie das so bestätigen, dass man zunächst deaktivierte Selektoren wieder eingestellt hat? Können Sie da was zum Umfang, zum Zeitpunkt sagen, wann das passiert ist, und ob es da einen konkreten Anlass gab?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das ist mir in der - - nicht mehr erinnerlich. Ich kann mich erinnern an was - - Ich denke, im März 2013 gab es noch mal eine Anweisung an den BND zur Überprüfung des Selektorenprofils auf europäische Top Level Domains und dann im zweiten Folgeschritt eine Überprüfung, inwieweit APB-konforme Selektoren, die gesperrt waren, wieder in die Erfassung zu geben wären.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Kann man sagen, dass die Weisung zu weitreichend war im Oktober 2013, dass man da übers Ziel hinausgeschossen hat?

**Zeuge Albert Karl:** Aus der Rückschau, denke ich, hat man - - war die Weisung sehr, sehr weit gegriffen. Also, man könnte schon sagen: übers Ziel hinausgeschossen. Aber, wie gesagt, erst aus der Rückschau. Wenn man dann nimmt Weisung und sehr konkrete, enge Umsetzung und daneben legt im Prinzip die Zwecke und gemessen am Auftragsprofil der Bundesregierung und Informationsgewinnung, war das sehr weit.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gab es grundsätzlich zwischen Ihrem Referat und der Abteilung TA zur Steuerung von Selektoren mit EU- oder

NATO-Bezug Diskussionen nach Oktober 2013 oder seit der Zeit, wo Sie dort sind?

**Zeuge Albert Karl:** Im Zeitraum zwischen Oktober 2013 und März 2015 bzw. April 2015 nicht. Das war nicht Thema.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt hat der Zeuge D. B. gesagt, dass er schon vor Oktober 2013, nämlich ab Frühjahr 2013, über den Sommer hin, auch schon vor den Snowden-Veröffentlichungen an einer Weisung gearbeitet hat, die dann abhandeln oder die regeln sollte, inwieweit Botschaften und Regierungseinrichtungen ganz allgemein gesteuert und erfasst werden und nach welchen Kriterien das erfolgen kann. Er hat damit einen Referatsleiter beauftragt. Den Entwurf hat man dann über den Sommer hin immer wieder überarbeitet, meinte D. B. Und er hat sich dann aber irgendwann überholt mit der Weisung des Präsidenten im Oktober 2013. In den Vorgang war Ihr Referat aber auch nicht eingebunden?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Haben Sie im Nachgang irgendwas über die Arbeit des D. B. an dieser Weisung jetzt noch mal erfahren? Oder kennen Sie die Arbeitsschritte oder den Arbeitsauftrag von D. B. jetzt aus der Nachschau?

**Zeuge Albert Karl:** Ich meine, mich eventuell an Passagen in den Unterlagen zu erinnern; aber ich kann es nicht definitiv sagen, was konkret - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, die grundsätzlichen Fragen, sagten Sie ja auch schon, wurden auch mit Ihnen nicht erörtert.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Die Zeit ist rum.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ist die Zeit rum? - Gut, dann in der nächsten Runde. Vielen Dank.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Dann geht es weiter bei Frau Renner.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Herr Karl, herzlich willkommen! - Ich bin ein bisschen überrascht, weil Sie sagten, die Problematik der NSA-Selektoren kannten Sie erst mal nicht, aber dann ausführten, bei Ihrer Kontrolltätigkeit ging es im Kern um die Kooperationen. Unser Eindruck ist, dass das Wesen der Kooperation das Nutzen von Selektoren ist. Also, ich habe das vorhin schon Frau Dr. Nökel vorgehalten: Wir haben 4,7 [sic!] NSA-Selektoren und eine viel geringere Zahl von BND-Selektoren. Das heißt, was ist das Wesen der Datenerfassung und -verarbeitung? Technisch, organisatorisch bereitzustellen, dass die NSA-Selektoren dort laufen können. Und wenn man sich also mit den Kooperationen beschäftigt, muss man sich doch zwangsweise auch mit den Selektoren befassen. Also, ich verstehe nicht, wie man an denen vorbeigehen kann.

**Zeuge Albert Karl:** Wir haben uns im Zusammenhang mit der Kooperation mit der NSA zunächst auf die Grundlagen bezogen, auf die Bedingungen, auf die Frage letztendlich, mit welchen Mitteln wo Informationen erfasst wurden, und die Frage der Selektoren und die Verwendung konkreter Selektoren. Es gab einfach keinen Anlass, in der Tiefe damals das zu betrachten, wie wir es dann tatsächlich halt im März/April ff. getan haben. Wäre das bekannt gewesen, hätten wir wahrscheinlich das im Oktober 2013 genauso gemacht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hätte der BND - mir ist das jetzt egal, ob das das Referat 601 oder 603 betrifft - irgendwann mal sagen müssen: „Bei uns laufen 4,7 Millionen Suchbegriffe der NSA, und wir verarbeiten hier mengenmäßig Milliarden von Daten in diesem Zusammenhang“? Hätte man das mal vom BND anzeigen müssen, dass das sozusagen der Kern von Bad Aibling ist?

**Zeuge Albert Karl:** In der Nachschau wäre es sicherlich gut gewesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Warum hat der BND das nicht getan? Das ist ja keine Nachlässigkeit. Hier ist öfter das Wort „Eigenleben der TA“ gefallen. Können Sie mit dem Begriff was anfangen? Könnte das eine richtige Beschreibung sein?

**Zeuge Albert Karl:** Das hatten Sie mich vor etwa einem Jahr auch schon - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, das frage ich Sie jetzt noch mal, ja?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wir würden gerne wissen: Wie kommt es zu diesem Eigenleben? War das schon immer so, oder ist es zu einem bestimmten Zeitpunkt entstanden?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich in der Nachschau und aus der eigenen Wahrnehmung so nicht sagen. Ich weiß auch nicht, ob das Eigenleben letztendlich dann die entsprechende Beschreibung dessen ist, für Defizite, die man tatsächlich dann einfach festgestellt hat, einfach Informationsfluss, Weisungen oder - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Mich würde interessieren: Ist das Eigenleben entstanden seit dem Zeitpunkt, an dem man beginnt, Internetverkehre zu erfassen, oder gab es das schon vorher?

**Zeuge Albert Karl:** Das gab es schon mit Sicherheit vorher, weil es ein Prozess ist letztendlich, der irgendwann mal sich entwickelt hat, und da gehören, denke ich, einfach diverse Einflussfaktoren mit dazu, Wahrnehmungen dessen oder die Größe an und für sich, die spezifische Art der Methodik, die im großen Teil natürlich auch schützenswert ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie eine Erklärung dafür, warum es BND-Mitarbeiter gibt, die in Bad Aibling Zugang zur Blechdose hatten und von dort aus Videokonferenzen mit der NSA durchführen konnten, und andere nicht? Also, warum gibt es die einen, die so ganz eng mit den Amerikanern arbeiten und auch bestimmte Sonderrechte genießen, die andere nicht haben, zum Beispiel diese Blechdose betreten, und andere nicht? Haben Sie sich das mal gefragt? Waren Sie selbst mal in der Blechdose?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, Sie gehören zur zweiten Kategorie. - Ja, warum gibt es die, warum gibt es diesen Unterschied? Das hat nichts mit sozusagen dem Dienstgrad zu tun. Wir haben Unterabteilungsleiter, die können da ein und aus spazieren, und andere nicht. Und wir würden gerne verstehen, warum.

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht erklären.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das Wort „abgeschirmt“ ist, glaube ich, schon richtig, oder? Also, dass es dort einen abgeschirmten Bereich gibt, personell, organisatorisch, strukturell?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, das wäre begründbar einfach aufgrund der Vereinbarung und eben den Zugängen und der Notwendigkeit, bestimmte Dinge einfach zu schützen vor Weitergabe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Seit wann wissen Sie denn, dass es NSA-Selektoren gibt außerhalb des Auftragsprofils des Bundesnachrichtendienstes?

**Zeuge Albert Karl:** Seit - - Der Umstand der sogenannten kritischen Selektoren ist mir seit März/April 2015 bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und haben Sie eine Erklärung dafür, warum diese überhaupt gesteuert wurden? Könnte da dieser Grundsatz - Stichwort Gegenseitigkeit - do ut des eine Rolle spielen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, für mich ist der Grundsatz „Informationsaufkommen gewinnen“ im Auftragsprofil des BND. Das war für mich die ständige Leitlinie für den Zweck.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich habe diese Stelle vorhin schon Frau Dr. Nökel vorgehalten, und sie sagte, ich soll lieber mal im Referat nachfragen; deswegen bin ich jetzt wahrscheinlich richtig. Das ist eine Ausführung aus dem Geh- - Prüfbericht der Datenschutzbeauftragten; aber ich zitiere hier nach der Veröffentlichung bei netzpolitik.org:

Die Auffassung des BND, es müsse ihm gestattet sein, Selektoren auch ohne entsprechende Deutungen zu speichern, d. h. solche Daten zu speichern, deren Auftragsrelevanz sich nicht unmittelbar, sondern mittelbar über die Erforderlichkeit im Rahmen der AND-Kooperation (Stichwort: Gegenseitigkeit/do ut des) ergibt, ist nicht nachzuvollziehen.

Das heißt, man hat ihr bei ihrer Frage „Wie erklärt der BND, dass diese gesteuert wurden, obwohl sie gar nicht zum Auftragsprofil passen?“ gesagt: Okay, das liegt an do ut des. - Kennen Sie diese Erklärung aus dem BND?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist das zulässig, zu sagen: „Eigentlich dürfen wir das nicht, aber do ut des gebietet es“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Also, das Do-ut-des-Prinzip funktioniert so lange, solange man sich tatsächlich an Recht und Gesetz hält und - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das ist nicht der Freibrief, außerhalb des Gesetzes zu operieren.

**Zeuge Albert Karl:** Das ist nicht der Freibrief, außerhalb des Gesetzes - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn Sie jetzt uns vielleicht noch mal in der Rückschau von 2015 an sagen: Diese Überprüfung oder dann auch die Deaktivierung der NSA-Selektoren, fand die umfassend in allen Bereichen des Bundesnachrichtendienstes statt, bei denen diese verwandt wurden? Ich meine ganz konkret: Sind die NSA-Selektoren zu einem bestimmten Zeitpunkt X in allen Außenstellen und in der Auslandserfassungstelle deaktiviert worden?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich erinnere, bezog sich die Weisung auf sämtliche zutreffenden Selektoren, die ja im Prinzip in einer Datenbank zusammengefasst waren.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, wir gehen aber davon aus, dass die nicht nur in Pullach liefen, sondern zum Beispiel auch in der Auslandserfassungsstelle eingesetzt wurden. Ist das auch durch Sie geprüft worden, dass die NSA-Selektoren, die gegen deutsche und europäische Interessen verstoßen, dort deaktiviert wurden?

**Zeuge Albert Karl:** Die einzelnen Zeitpunkte oder Orte oder Erfassungsstellen, in denen wann deaktiviert wird, das ist mir also wirklich nicht erinnerlich. Da müsste ich in die Unterlagen, in die Berichte gehen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Frau Renner, die Zeit wäre dann um.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber Sie können - - Also, Sie würden bejahen, dass dies getan wurde überall? Oder müssen wir jetzt davon ausgehen, dass es nicht - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich muss davon ausgehen, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Sie müssen davon ausgehen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich würde davon ausgehen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Danke. - Dann geht es weiter bei der SPD-Fraktion. Herr Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Ja, Frau Vorsitzende, herzlichen Dank. - Herr Karl, ich würde Sie jetzt doch noch mal ganz gerne darum bitten - - In der Tat - ich habe mir das gerade auch noch mal angeschaut -, Ihr Referat, das sind schon sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche, die da zusammenkommen; aber eben einer ist die technische Aufklärung. So, und jetzt würde ich Sie noch mal fragen. Beschreiben Sie mir doch mal bitte, nur bezogen auf den Bereich technische Aufklärung: Was tut Ihr Referat da eigentlich?

**Zeuge Albert Karl:** Also, zunächst ist technische Aufklärung in dem Gesamtaufgabenbereich, den

Referat 603 abdeckt, ein Mittel nachrichtendienstlicher Informationsgewinnung. Das heißt also, um ein Referat vorher anzufangen: Referat 603 ist im Prinzip von der Fach- und Dienstaufsicht her eigentlich Klammer um alle nachrichtendienstlichen Infor- -

**Christian Flisek** (SPD): Bitte?

**Zeuge Albert Karl:** - - zieht - - Letztendlich in der Fach- und Dienstaufsicht zieht 603 die Klammer um alle nachrichtendienstlichen Informationsaufkommen. Technische Aufklärung ist eben ein Teil davon. Das heißt also: Inwieweit und wie tragfähig ist technische Aufklärung als Mittel nachrichtendienstlicher Informationsgewinnung für die Auftrags erledigung des BND? Also, sind die Maßnahmen, die die Abteilung TA macht, geeignet, um das Auftragsprofil der Bundesregierung dann zu erfüllen? Mit welchen Partnern arbeitet die technische Aufklärung zusammen? Welche Maßnahmen werden innerhalb der Abteilung TA gemacht? Welche Qualitätssicherungsmerkmale werden erfüllt? Welche Bedingungen werden gestellt? Also im Prinzip - -

**Christian Flisek** (SPD): Okay. Also, Sie haben den Fokus Abteilung Technische Aufklärung beim BND im Endeffekt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): So, und da üben Sie, ich sage mal, eine Aufsicht aus, und die bezieht sich - ich formuliere das jetzt mal so; korrigieren Sie mich, wenn ich es falsch wiedergebe - darauf, dass einerseits Recht eingehalten wird - richtig? -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): - und einerseits das, was da getan ist, auch zweckmäßig ist, oder?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, zweckmäßig, genau.

**Christian Flisek** (SPD): Also, das sind die beiden - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Das sind die beiden Pole, wobei eben diese tatsächlich rechtlichen Bedingungen im Nachbarreferat 601 gemacht werden.

**Christian Flisek (SPD):** Wie würden Sie die Arbeit jetzt mal Ihres Referats, aber in Bezug überhaupt auf die Aufsichtstätigkeit des Kanzleramtes, bezogen auf den BND, aber Sie speziell jetzt in Bezug auf die Abteilung Technische Aufklärung, wie würden Sie das charakterisieren? Ist das eher reaktiv, oder ist das proaktiv? Oder beides?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, es ist beides letztendlich. Ein Beispiel wäre: Wenn sich zum Beispiel durch eine internationale Lageentwicklung ein besonderes Erfordernis an Informationsaufkommen ergeben würde, natürlich wäre dann der erste Adressat die Auswertung. Aber wir würden nachfragen: Welche Möglichkeiten hat man denn, mit technischer Aufklärung das Informationsdefizit zu gewinnen? Das wäre zum Beispiel ein aktiver Anlass von uns, wann wir den Impuls geben würden, um nachzufragen.

Dann natürlich reaktiv, indem man Berichte des BND prüft oder Kenntnis von Kooperationen des BND, der Abteilung TA mit anderen Behörden hat, zum Beispiel zur Cyberverteidigung, um nachzufragen.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. Wie muss ich mir das vorstellen, Kooperationen? Gibt es da bei Ihnen, wenn es um SIGINT-Kooperationen geht, so einen Ordner oder mehrere, und da sind die ganzen Kooperationen, die der BND macht, drin?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit wir davon Kenntnis bekommen haben oder Berichte dazu vorliegen, dann würden wir die Berichte entsprechend in der - -

**Christian Flisek (SPD):** Schließen Sie denn aus, dass es Kooperationen im SIGINT-Bereich des BND gibt, von denen Sie keine - - Oder sagen Sie, das könnte möglich sein, dass Sie davon keine Kenntnis haben? Halten Sie das für möglich?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist theoretisch möglich, aber nicht nach der Weisungslage und der Bitte, uns zu berichten.

**Christian Flisek (SPD):** Was heißt „theoretisch möglich“?

**Zeuge Albert Karl:** Also, theoretisch wäre möglich, dass natürlich der BND eine Weisung nicht befolgt hat oder uns nicht informiert hat.

**Christian Flisek (SPD):** Trauen Sie das dem BND zu?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Nein. Also, Sie gehen davon aus, dass in Ihrem Referat - ich formuliere das jetzt mal ein bisschen plakativer - sozusagen alle Kooperationen des BND in dem Bereich technische Aufklärung bekannt sind?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Sie haben auch von keiner Kooperation irgendwie mal nachträglich erfahren, wo Sie gedacht hätten: „Ups!“?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, vieles davon, auch im Prinzip die Gesamtbearbeitung auch der Abteilung TA und der Kooperationen, hat mit März/April 2015 schon eine gewisse Dynamik erfahren.

**Christian Flisek (SPD):** Was heißt „eine gewisse Dynamik“, Herr Karl?

**Zeuge Albert Karl:** Jetzt auch im Referat haben wir uns sehr viel stärker auf Abteilung TA konzentriert, weil wir dort eben auch bestimmte - - im Zusammenhang mit der Aufbereitung der Selektorenfrage durchaus festgestellt haben: Da gibt es offenbar strukturelle und kommunikative Defizite. Das heißt also, man hat - -

**Christian Flisek (SPD):** 2015?

**Zeuge Albert Karl:** 2015.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Also, unterstellt, Sie haben jetzt über all diese Kooperationen, die wir hier auch angeguckt haben - - Also, Bad Aibling, das kannten Sie schon vorher, dass es das gibt?

**Zeuge Albert Karl:** Ich wusste, dass es Bad Aibling als Erfassungsstelle gibt, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Frankfurt, wussten Sie auch, dass es das gibt?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** „Eikonol“? Das haben Sie nicht nachträglich erfahren?

**Zeuge Albert Karl:** Das habe ich wirklich auch nachträglich erfahren.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, aber was heißt das denn jetzt? Heißt das, dass, wenn Sie was nachträglich erfahren - - Woraus haben Sie das denn erfahren? Aus der Presse?

**Zeuge Albert Karl:** Teile davon aus der - - über TA durch die Aufarbeitung von Fragen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss, mit parlamentarischen Anfragen, dann natürlich durch Beantwortung von Fragenkatalogen, zum Beispiel eben die Frage kritischer Selektoren ab März 2015, April 2015.

**Christian Flisek (SPD):** Was war denn 2013, als die ganzen Snowden-Geschichten hochkamen, für Sie - - Was ist da für eine Situation entstanden im Referat konkret in Bezug auf Ihre Aufgabe, die Recht- und Zweckmäßigkeit der Abteilung Technische Aufklärung zu beaufsichtigen?

**Zeuge Albert Karl:** Mit der Übernahme des Referats im August 2013 haben wir an und für sich hinsichtlich der technischen Aufklärung zunächst mal Neuland betreten.

**Christian Flisek (SPD):** Sie persönlich?

**Zeuge Albert Karl:** Ich persönlich. Sie hatten mich ja danach gefragt.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** Damals war auch - vielleicht erklärt das auch den Prozess und dessen, was sich daraus dann ergeben hat - - bestand das Referat aus zwei Angehörigen des höheren Dienstes, zwei Angehörigen des gehobenen Dienstes, einer administrativen Unterstützung und mir. Mittlerweile umfasst das Referat eben vier Angehörige des höheren Dienstes, plus zwei des gehobenen und der administrativen Unterstützung, weil wir einfach daraus abgeleitet haben, dass wir in Richtung Fach- und Dienstaufsicht Abteilung TA durchaus mehr machen müssen, zum einen um das komplexe Thema an und für sich zu erfassen und dann auch eben diese Masse an Berichten tatsächlich dann zu bearbeiten, zu prüfen, Vorlagen zu schreiben usw.

**Christian Flisek (SPD):** Aber ich gehe recht in der Annahme, also wenn ich sozusagen sage, Sie haben die Aufgabe eigentlich, diese TA-Abteilung da zu beaufsichtigen, dass Sie sagen: „So recht wissen, was die da tun den ganzen Tag, weiß ich eben auch nicht“?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist auch nicht unbedingt eine Frage der Fach- und Dienstaufsicht, bis in das Detail, in die Mikroebene hinein dann tatsächlich zu wissen.

**Christian Flisek (SPD):** Stimme ich Ihnen eingeschränkt - -

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich, grundsätzlich.

**Christian Flisek (SPD):** Grundsätzlich, richtig, ja.

**Zeuge Albert Karl:** Aber weil letztendlich auch die Behörde an und für sich jetzt im Verhältnis zur Fach- und Dienstaufsicht natürlich Verantwortung hat, entsprechend - -

**Christian Flisek (SPD):** Aber Herr Karl, wenn es Anlässe gibt - -

**Zeuge Albert Karl:** Aber wenn es Anlässe gibt, dann müssen die Leitplanken enger gesetzt werden, das heißt also - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** So, und die Snowden-Veröffentlichungen im Sommer 2013 waren keine solche Leitplanke?

**Zeuge Albert Karl:** Sie waren eine Leitplanke. Damals wurden auch Nachfragen gestellt; aber das Thema - um noch mal auf den Gegenstand zurückzukommen - Selektoren war erst durch die Evidenz von März/April 2015 Bestandteil der konkreten Nachfragen.

**Christian Flisek (SPD):** Wissen Sie, es gibt zwei Herangehensweisen, wie ich sie mir jetzt mal erkläre. Auch in so einer Situation - das mache ich Ihnen jetzt nicht persönlich zum Vorwurf, aber ich sage mal - ist das eine Herangehensweise in einem Kanzleramt: Wenn so was wie Snowden passiert, ich habe eine Abteilung TA, wo ich weiß, da spielt im Zweifel die Musik, dann setze ich mich zusammen und sage: Liebe Leute, jetzt müssen wir mal genau hingucken und müssen alles, auch jeden Stein, umdrehen und uns angucken: Was machen wir da eigentlich, und ist das, was wir da machen eigentlich rechtmäßig? Ist es zweckmäßig in Bezug auch auf das, was im Aufgabenprofil drinsteht? - Ich kann mir aber auch - so weit reicht meine Fantasie auch - genau das Gegenteil vorstellen. Ich kann mir vorstellen, dass man sagt: Na ja, da ist das Referat für zuständig. Die sind personell vielleicht nicht so sonderlich toll besetzt; aber eigentlich ist es besser, wenn wir jetzt nicht selber proaktiv graben, weil wir nachher Dinge erfahren, die wir besser nicht wissen. - Ich frage Sie mal: Würden Sie sagen, das ist völlig falsch, was ich da gerade gesagt habe?

**Zeuge Albert Karl:** Also, Ihre letzte Auffassung „Wir graben da lieber mal nicht nach“, die kann ich nicht unterschreiben, die kann ich auch nicht nachvollziehen.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie schon mal aktiv gegraben beim BND in der Abteilung TA?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, ab März 2015 und April 2015 dann ja.

(Lachen des Abg.  
Christian Flisek (SPD))

**Christian Flisek (SPD):** Ich hätte mir im Sommer 2013 aber eine ganze Menge Spaten gekauft und hätte mir einen Trupp zusammengestellt, und dann hätte ich das Graben aber richtig angefangen. Ich glaube das nicht, dass Sie proaktiv, also nicht Sie per- - Nein, ich mache Ihnen keinen - - Wir reden hier über Strukturdefizite und Organisationsdefizite - ja? -, -

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ja, ich verstehe Sie schon. Es ist auch Quatsch.

**Christian Flisek (SPD):** - über die Frage, ob überhaupt das Kanzleramt in der Lage ist und willens ist, in einer Weise, wie es eigentlich notwendig wäre, die Aufsicht auszuüben. Darüber reden wir. Das ist das große Thema hier. Und wenn Sie im März 2015 sagen: Wir haben dann angefangen - -

**Zeuge Albert Karl:** Also, wir haben März 2015 nicht angefangen, bei TA zu graben, um in Ihrem Bild zu bleiben, sondern da begannen eben die Grabungsarbeiten im Feld Selektoren konzentriert.

**Christian Flisek (SPD):** Der Herr Schindler, der nicht mehr BND-Präsident ist, der hat in einem sehr bemerkenswerten Auftritt bei irgendeiner komischen Veranstaltung von *Bild* Online [sic!] am 22. September 2016, also dieses Jahr, mal gesagt:

Die parlamentarische Kontrolle ist grottig! ... Bevor ich Präsident des BND wurde, war ich ja naiv. Ich habe immer gedacht, das Parlament ist der Akteur, der Kontrolleur.

Die Realität aber sieht ganz anders aus. Er war dann auch dafür, dass man das verbessert. - Tut sich jetzt natürlich in seinem neuen Job als Privater ein bisschen leichter.

Wenn er das über das PKGr sagt - und ich unterstelle mal, das PKGr hängt natürlich auch ein Stück weit daran, dass der Informationsfluss über das Kanzleramt ist -, würden Sie sagen, der Herr Schindler hat damit auch eine Aussage getroffen über die Aufsichtstätigkeit des Kanzleramtes?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Zu den Einlassungen von Herrn Schindler - - Das ist Meinung von Herrn Schindler.

**Christian Flisek (SPD):** Glauben Sie, dass das Kanzleramt bei der Kontrolle der Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere wenn ich jetzt mal Ihren Tätigkeitsbereich technische Aufklärung angucke, gut aufgestellt ist?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass es momentan ausreicht, um den Aufgaben nachzukommen in der Fach- und Dienstaufsicht; aber wir haben - ich hatte es vorhin ja schon gesagt -

**Christian Flisek (SPD):** Um den Aufgaben nach-

**Zeuge Albert Karl:** - auch in dem Bereich - - Wir bekommen noch mal eine zusätzliche Stelle. Das heißt also, der Bereich, der wird aufgebaut und ausgebaut.

**Christian Flisek (SPD):** Wie bewerten Sie denn das, was zwischen 2013 und 2015 in der Abteilung Technische Aufklärung passiert ist unter Berücksichtigung aller Kenntnisse, die Sie jetzt haben? Wie würden Sie das umschreiben? Sind das Fehler, die gemacht worden sind, die man halt mal macht? Wo gehobelt wird, fallen Späne, heißt es, glaube ich. Oder sind das eher - ich nehme mal jetzt eine andere Beschreibung - gravierende strukturelle Defizite? Ich erwähne jetzt auch noch mal die berühmte Unterabteilung dort, die, nachdem Dr. T. seine Aufgaben verrichtet hat, dafür gesorgt hat, dass nichts von dem irgendwo Richtung Präsident, Kanzleramt - geschweige denn PKGr - nach oben gekommen ist. Wie bewerten Sie das?

**Zeuge Albert Karl:** Also, ja, in der Gesamtschau und in der Summe dessen, was ich letztendlich wahrnehme, wahrnehmen kann aus der Berichterstattung, aus Gesprächen, würde ich vereinfacht sagen, dass strukturelle, erhebliche strukturelle Defizite vorhanden waren.

**Christian Flisek (SPD):** Erhebliche strukturelle Defizite.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Würden Sie auch sagen, dass es teilweise vielleicht sogar ein kollusives Verhalten einzelner Akteure gab, um bestimmte Sachverhalte nicht publik werden zu lassen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das kann ich nicht beurteilen, kann ich auch nicht ableiten. Das würde ich daraus nicht ableiten.

**Christian Flisek (SPD):** Glauben Sie, dass man so, wie das Kanzleramt, in dem Fall jetzt auch Ihr Referat, aufgestellt war, in der Lage gewesen wäre, diese strukturellen Defizite, die Sie gerade ja so bezeichnet haben, in irgendeiner Form zu verhindern?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß nicht, ob es Aufgabe meines Referates gewesen wäre, die strukturellen Defizite zu verhindern.

**Christian Flisek (SPD):** Wessen Aufgabe - - Wo würden Sie denn diese Aufgabe - -

**Zeuge Albert Karl:** Beim BND.

**Christian Flisek (SPD):** Beim Präsidenten, bei der Leitung?

**Zeuge Albert Karl:** Bei der Leitung beim BND. Natürlich. Allerdings ist es halt immer eine Frage dessen, inwieweit man dann tatsächlich in die Strukturen der nachgeordneten Behörde selbst eingreift. Wenn es Fehlentwicklungen gibt - und es wäre eine Fehlentwicklung vielleicht gewesen, wenn sie evident geworden wäre -, müsste man was tun. Ich meine, es wird ja auch getan oder wurde getan. Es gab eine, wie Sie wissen, Organisationsuntersuchung der Abteilung.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** Die Folgen muss man eben abwarten. Aber letztendlich ist erkannt worden: Es gibt Defizite - Kommunikation, Struktur etc. Und es ist ein Prozess, die Dinge aufzuarbeiten.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie bis oder vor 2015 gewusst, wie die Kooperation zwischen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

NSA und BND funktioniert, wie das läuft mit diesen Selektorenlieferungen, wie der BND die Selektoren prüft?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie nicht gewusst.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Das haben Sie erstmals erfahren wann?

**Zeuge Albert Karl:** Im Nachgang, Mitte März/April 2015.

**Christian Flisek (SPD):** 15.

**Zeuge Albert Karl:** 15. Ganz klar 15.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt wieder wechseln.

**Christian Flisek (SPD):** Und es gab vorher keinen Anlass, sich mit diesem Themenbereich einmal auseinanderzusetzen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, guten Tag, Herr Karl!

**Zeuge Albert Karl:** Tag!

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn es auch schon Abend ist und Sie lange warten mussten. - Ich habe eine kleine Vorfrage, die mich bedrückt: Waren Sie in irgendeiner Weise beteiligt oder haben Sie damals davon gewusst, wie diese Weltraumtheorie entstanden ist, die ja ungefähr besagt: „Was da oben im Welt- raum ist, da gelten die Gesetze auf Erden nicht, da können wir die Daten über Bad Aibling, die Datenströme abschöpfen auch ohne gesetzliche

Grundlage“? Wissen Sie da irgendwas von? Waren Sie da beteiligt, wo, wann im Kanzleramt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, damals war nicht beteiligt, nicht mit befasst.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weil Sie sind im August - das haben Sie ja jetzt auch gesagt - 2013 da in die Abteilung, in das Referat gekommen im Kanzleramt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da haben Sie von nichts mitgekriegt, wer das erfunden hat und warum?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann komme ich jetzt zu der Kernfrage, warum Sie hier noch mal sind, nachdem ein Jahr vergangen ist. Als Sie jetzt im März oder April 2015 davon erfuhren, da gibt es Selektoren, die eigentlich das widerlegen, was die Kanzlerin 2013, im Oktober in diesem berühmten Satz gesagt hat - „... unter Freunden geht gar nicht“ -, was ist Ihnen da mitgeteilt worden? Was sind das für Selektoren? Das sind ja irgendwie bemakelte Selektoren. Was ist Ihnen gesagt worden, was da drin ist? Oder haben Sie das nachgeguckt?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe das dann den Berichten des BND entnommen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Den Berichten des BND.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dass es das doch gibt. Da kriegten Sie plötzlich so Berichte auf den Kopf - nicht auf den Kopf -, in die Hand, ja?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und waren da die Selektoren angefügt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Also, zumindest sind mir Beispiele aus den Listen bekannt -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und waren da auch welche - -

**Zeuge Albert Karl:** - oder im Zuge auch der weiteren Aufbereitung durch die Task Force usw.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und waren da auch welche drin, die diesen Ausspruch der Kanzlerin doch irgendwie infrage gestellt haben?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff? - Herr Wolff dazu.

(MR Philipp Wolff (BK) berät sich mit dem Zeugen)

- Hatte ich es falsch gesehen? Nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, also, zu tatsächlichen Inhalten und zu spezifischen Selektoren kann ich mich nur in nichtöffentlicher Sitzung äußern.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Waren Sie da überrascht, empört, als Sie das gelesen haben, die Beispiele?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, der erste Reflex war: überrascht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Empörung nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Meine Überraschung breitet sich sehr schnell zu Empörung aus manchmal.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wurde Ihnen denn da gesagt: „Die sind gar nicht mehr drin in der - - gar nicht mehr in der Benutzung, die haben wir rausgenommen“? Und wurde Ihnen gesagt, wann die rausgenommen wurden und warum?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass die erste Auflistung, die darauf aufmerksam gemacht hat, eine Auflistung nicht mehr gesteuerter Telekommunikationsmerkmale war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und seit wann? Stand das da drin: „Das haben wir vorgestern rausgenommen“? Oder wurde gesagt: „Das ist jetzt seit ungefähr anderthalb Jahren draußen“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere, dass die Ausnahme aus der Steuerung den Berichten zufolge, die ich wiederum erst im April 2015 zur Kenntnis genommen habe, ab dem Zeitraum etwa Oktober 2013 - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, stand das da drin, wurde Ihnen das mitgeteilt? Und haben Sie mal gefragt, warum man Ihnen das über anderthalb Jahre nicht gesagt hat?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, das war eine der vielen Nachfragen, die wir dann gestellt haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu auch Herr Wolff.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist schon beantwortet.

**MR Philipp Wolff** (BK): Zu Details bitte ich nur in eingestufte Sitzung zu fragen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also Sie hatten ja jetzt gesagt - - Wurde Ihnen - - Also Oktober 2013, das stimmt ja. Haben Sie denn nicht mal nachgefragt, warum Sie da jetzt - Sie sind ja das zuständige, und zwar schon seit längerem, Referat - - warum Ihnen das nicht mitgeteilt worden ist?

**Zeuge Albert Karl:** Gut, das wäre dann auch eine Frage zu den Details der Nachsteuerung, und das würde ich gerne in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso das denn?)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso? Wurde Ihnen gesagt: „Das haben wir vergessen“ oder: „Das machen wir nie“ oder: „Ist besser, ihr wisst das nicht“ oder so? Drei zur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Auswahl jetzt. Sie können auch eine vierte nehmen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich würde den Komplex gerne in nichtöffentlicher Sitzung besprechen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, „gerne“, „gerne“; wir würden das gerne *hier* hören und die Zuschauer auch vor allen Dingen und Zuhörer. Die interessiert das auch. Da gehen die nachher uninformiert nach Hause.

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, aus den Unterlagen, die Ihnen vorliegen, ergibt sich ganz klar, wann die Rückfragen dazu entstanden sind.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe jetzt nicht nach wann gefragt, sondern warum sie Ihnen nicht mitgeteilt - - Wann, wissen wir ja jetzt. Aber warum? Was ist Ihnen gesagt worden - Sie sagen, Sie haben nachgefragt -, warum Ihnen das nicht mitgeteilt worden ist? Sie sind das zuständige Referat, müssen da jetzt auch mit umgehen, müssen dazu Zettel schreiben und an Herrn Altmaier, ans PKGr und so. Da wird man Ihnen doch eine Information gegeben haben, warum Ihnen das jetzt erst gesagt wird.

**Zeuge Albert Karl:** Also, was der BND konkret dazu ausgeführt hat, das ist mir auch nicht mehr rememberlich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht rememberlich.

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Es könnte sein, dass - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist darüber in Ihrem Referat geredet worden und gesagt: „Jetzt kommen die damit, und wir sollen das vielleicht rechtfertigen irgendwo gegenüber Herrn Altmaier. Dem müssen wir jetzt das schonend beibringen“?

**Zeuge Albert Karl:** Das war nicht der Gesichtspunkt, wie wir das beibringen, sondern wir haben natürlich diskutiert, warum das so ist, haben Vorlagen geschrieben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ja, und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen bei der Diskussion?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass es eben Ausfluss dessen auch war, was wir vorhin erörtert haben: Defizite, die innerhalb der Abteilung TA festgestellt worden sind als ... (akustisch unverstärkt).

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und können das auch Defizite im Kanzleramt gewesen sein? Haben Sie dann direkt oder im Anschluss daran - - Da sind Sie ja dann mit zahlreicher Besetzung nach Pullach gefahren.

**Zeuge Albert Karl:** Ich könnte Ihnen nur Defizite zu meinem Referat sagen und nicht zum Bundeskanzleramt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Wussten Sie denn oder haben Sie erfahren, ob im Kanzleramt diese Geschichte schon bekannt war? Könnte es sein, dass es da auch Defizite gegeben hat?

**Zeuge Albert Karl:** Mir wurde erst im Oktober 2013 von einer Besprechung - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Albert Karl:** Mir wurde erst im März/April 2015 bekannt, dass es offenbar im Oktober 2013 eine Besprechung gegeben haben soll, an der ich nicht teilgenommen habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber zwischen Kanzleramt und BND Besprechung?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wundert Sie das nicht, das Referat wird nicht informiert, auch nicht nachträglich, über so eine Besprechung? „Anderthalb Jahre, und jetzt kommen die damit“?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Auch darüber war ich überrascht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Waren das auch Defizite im Kanzleramt, organisatorische, kommunikative?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht beurteilen. Das geht über meine - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht? Oder trauen Sie sich nicht? Ja, wenn das Defizite im BND sind und dieselben Defizite gibt es im Kanzleramt, muss doch da auch was faul sein.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann Ihnen nur was zu meiner Zuständigkeit, meinem Aufgabenbereich sagen und im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht über den BND. Nicht, wo - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Hätte vielleicht Herr Altmaier oder der Pressesprecher der Bundesregierung dann vielleicht Ende 2015 bei seiner Kritik am Bundesnachrichtendienst das Kanzleramt mit einbeziehen müssen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da müssten wir dann in der nächsten Runde weitermachen an der Stelle. Außer, Sie möchten noch was dazu sagen.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Dann kommen wir jetzt wieder zur Fraktion der CDU/CSU und zu Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Karl, der Chef BK Altmaier und Herr Staatssekretär Fritsche waren ja im März 2015 in der ... (akustisch unverständlich) Stelle in Pullach. Waren Sie da dabei? Waren Sie in die Vorbereitungen involviert? Waren Sie da in Pullach dabei?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich war in Pullach nicht dabei, sondern als Vertreter von Referat 603 ist mein Referent Herr Kleidt mitgefahren.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Sonst niemand aus Ihrem Referat?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wer war sonst dabei?

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wer war sonst dabei?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen aus der Erinnerung en détail nicht sagen; aber ich erinnere, es gibt ein Besuchsprogramm. Das war eine größere Delegation; das ist mir noch erinnerlich.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Anlässlich des Besuchs wurde auch dieser Vorgang - steht im PKGr-Bericht -, also die Steuerung von Personen und TKM aus EU- und NATO-Staaten, erläutert. Was war denn aus Ihrer Sicht Hintergrund des Besuchs? Und was haben Sie dazu vorbereitet?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich erinnere, ging dem Besuch eine Besprechung im Kanzleramt voraus im Zuge der Aufbereitung eines Beweisbeschlusses für den Untersuchungsausschuss.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Also, der Beweisbeschluss war Anlass des Besuchs.

**Zeuge Albert Karl:** Beziehungsweise die damalige Antwort des BND. Aber echt, das ist spekulativ. Ich kann es nicht mehr im Detail nachvollziehen, wie die einzelnen Schritte waren.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und was haben Sie da dann konkret vorbereitet für den Besuch? Haben Sie da Vorlagen erstellt?

**Zeuge Albert Karl:** Es gab eine Besprechung. Ich war am Besuch selbst nicht dabei, hatte in dem Umfeld auch, ich denke, zwei, drei Tage Urlaub. Ich weiß, es gab einen Fragenkatalog zur Vorbereitung, der dann im Nachhinein, im Nachgang des Besuches dann abgearbeitet und beantwortet wurde.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Hat den Ihr Referat erstellt, oder wer hat sich das überlegt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Das war ein gemeinsamer Fragenkatalog der befassten Referate, also 603, 601, und ich denke - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Was war das Ergebnis des Besuchs?

**Zeuge Albert Karl:** Das Ergebnis des Besuchs war zunächst ein Sachstandsbericht, der wiederum diverse Rückfragen ausgelöst hat. Eine der Folgen waren Vorkehrungen, die der BND getroffen hat. Aber ich denke, das sind auch Dinge, die ich nur in nichtöffentlicher Sitzung ausführen könnte, weil es um Details der Umsetzung geht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie war denn der weitere Ablauf im Nachgang des Besuchs, auch im Hinblick auf die Gruppenliste? Welche Schritte wurden unternommen? Soweit Sie es hier sagen können.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, wir haben Nachfragen gestellt, wir haben uns das erläutern lassen, wir haben die angeforderten Berichte gesehen, wir haben an einem konkreten Punkt sehr deutlich Nachfragen gestellt, als es um die Selektoren des BND ging, was ja im Prinzip auch wieder Auslöser war für weitere Prozessaufarbeitung.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Frau Dr. Nökel hatte was von Sofortweisungen, von zwei Sofortweisungen - -

**Zeuge Albert Karl:** Ja, es gab Sofortmaßnahmen, die umgesetzt werden mussten, zum einen eine Prüfung konkreter Selektoren plus eben dann eine Prüfung im zweiten Folgeschritt, eine Prüfung, inwieweit denn nicht mehr gesteuerte Selektoren wieder in die Erfassung aufzunehmen wären entsprechend der APB und Auftragskonformität des Dienstes.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und haben Sie dann im Nachgang oder im Zusammenhang mit dem Besuch auch von der Gruppenliste erfahren? Oder wie war denn Ihre Kenntnislage zur Gruppenliste zwischen Oktober 2013 und Mai 2015? Gab es da eine Kenntnis oder nur im Nachgang?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, davon, wie gesagt, haben wir erst ab Mitte/Ende März bzw. April erfahren dann.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Durch den Besuch oder durch die Nachbereitung?

**Zeuge Albert Karl:** Durch Aufbereitung und Nachbereitung des Besuchs und durch die Antworten des BND auf unsere Nachfragen hin.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und da hat man ja zunächst das PKGr im Mai 2015 eher rudimentär erstmalig unterrichtet und dann ausführlicher erst Mitte Oktober 2015. Warum gab es da diese große zeitliche Lücke oder den - - Ja, warum ist so viel Zeit vergangen, bis man dem PKGr dann ausführlich berichtet hat?

**Zeuge Albert Karl:** Weil man eben ausführlich unterrichten wollte und dazu eben der Gesamtvorgang mit seiner Gesamtschau betrachtet werden musste und gründlich aufgearbeitet werden musste.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. Ich würde mal in der nächsten Runde vielleicht weitermachen. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich habe so ein paar Fragen rund um den Begriff „Beifang“. Können Sie damit was anfangen?

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich ja, was Beifang - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es gab ja den Fall der *Spiegel*-Journalistin Susanne Koelbl. Und es gab auch eine Weisung im Bundeskanzleramt vom 26.11.2008. Kennen Sie diese?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, die ist mir konkret nicht erinnerlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** EU-VN-ITO hieß das Dokument. Da ging es um - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Wenn Sie mir das Dokument vielleicht vorhalten würden?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es ist auf dem Rechner. Dazu gibt es aber Schriftverkehr im BND, betrifft

Strategische Fernmeldeaufklärung  
des Bundesnachrichtendienstes

hier: Auftragskonforme Aufklärungsansätze

und Ähnliches.

**Zeuge Albert Karl:** Also, wenn, dann kann ich bestenfalls in meiner zweiten Verwendung davon Kenntnis erlangt haben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber mir geht es darum, dass es vor 2013/2015 im BND Diskussionen gab: Ist es zulässig? - Hier geht es um die Frage: Zulässig, bestimmte Institutionen wie Vereinte Nationen und Europäische Union zu steuern? Ist es zulässig, NGOs zu steuern? Ist es zulässig, auch deutsche NGOs zu steuern? Da ging es um den Deutschen Entwicklungsdienst. Ist es zulässig, ausländische Botschaften im In- und Ausland zu steuern? Diese Diskussionen, kennen Sie diese, 2008/2009, so um den Dreh?

**Zeuge Albert Karl:** Die Diskussion aus 2008/2009 kenne ich nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Da war also auch später - -

**Zeuge Albert Karl:** Da war ich auch nicht beteiligt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ja, da waren Sie nicht beteiligt; aber es kann ja sein, dass später noch mal darauf abgestellt wurde, dass gesagt wurde: Es gab ja schon Weisungen in der Vorzeit, die haben dieses oder jenes erlaubt oder dieses oder jenes eingeschränkt. In dem Falle hat man quasi diese Praxis des Beifanges erlaubt. - Das ist Ihnen nicht erinnerlich.

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß tatsächlich nicht, wann und in welcher Tiefe ich damit befasst war.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wissen Sie, was wir uns fragen, ist, ob es sich bei dieser Beifangproblematik tatsächlich um eine zufällige Erfassung handelt oder ob das quasi nicht im Endeffekt doch planvoll oder gezielt zustande gekommen ist. Also, wir wissen ja heute, dass unter den BND-Selektoren auch viele waren, die eben genau auf solche Ziele wie hier ausländische NGOs, deutsche NGOs usw. gerichtet waren. Dass es eben nicht so ist, dass die irgendwo in einem Verkehr zufällig aufgefallen sind und dann hat man „Gott, wie kommen wir denn jetzt dazu?“ - - sondern dass man sie gezielt gesteuert hat und dass Beifang quasi nur eine hübsche Umschreibung für eine Praxis ist, genauso wie Türöffner eine hübsche Umschreibung für ein rechtswidriges Vorgehen bei der Deutschen Telekom oder anders - -

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich erinnere den konkreten Vorgang nicht. Aufgrund einer Bezeichnung als Beifang würde eher tatsächlich dazu neigen: zufällig. Aber das ist nur eine Schlussfolgerung ohne - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, das kann ja auch die Entschuldigung sein für etwas, was trotzdem planvoll ist. - Was mir so auffällt, auch Frau Dr. Nökel: Es sind ja schon sehr viele Beamte in Ihren Referaten, die vormals beim BND waren. Gibt es da auch Beschäftigte, die nicht beim BND waren?

**Zeuge Albert Karl:** Meinen Sie, bei mir im Referat?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Komisch, oder?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Also, ich halte das nach wie vor für - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, Herr Binniger hat das die Woche gegenüber mir als meine Misstrauenskultur bezeichnet. Ja, ich wäre misstrauisch, wenn man diejenigen mit der Kontrolle betraut, die vormals dort gearbeitet haben, die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

man jetzt kontrolliert. Weil das eine oder andere, was man - -

**Zeuge Albert Karl:** Ja, Gott. Bertrand de Jouvenel: „Wer kontrolliert, wird Kontrolleur.“ Ja, ja. Aber letztendlich - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, eine Antikorruptionsrichtlinie würde das nicht bestehen, sage ich jetzt mal, nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, ich hatte vor einem Jahr schon Ausführungen dazu gemacht. Sie hatten mich das ja gefragt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ja. Aber jetzt wird es noch mal evidenter für uns.

**Zeuge Albert Karl:** Aber ich bin tatsächlich nach wie vor der Auffassung, dass es so richtig ist, wie die Konstellation einfach ist, weil man als Angehöriger oder ehemaliger Angehöriger des BNDs - so würde ich mich jetzt bezeichnen, weil ich ins Kanzleramt versetzt würde zum Beispiel - dann wirklich sehr viel Kenntnis hat und dann tatsächlich vielleicht auch gezielter nachfragen kann und letztendlich man die Aufgabe der Fach- und Dienstaufsicht hat gegenüber einer Behörde -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** - und letztendlich tatsächlich eben die Aufträge aus der Fach- und Dienstaufsicht - - seiner Aufgabe nachkommt, unabhängig davon, von welcher Behörde man kommt. Das ist aus meiner Sicht für die Fach- und Dienstaufsicht von Vorteil, dass die Angehörigen meines Referats einen BND-Vorlauf haben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, aber dann - - Also, es kann ja nur eins gelten: Man kommt aus dem BND und hat eben besondere Sachkenntnis -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - dann kennt man die NSA-Selektoren, also dann ist einem das schon mal begegnet -, oder man sitzt im Bundeskanzleramt, kommt aus dem BND und will das nie gehört haben. Also, nur eins, nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nicht jeder Angehöriger des BND kennt Selektoren oder Selektorenprobleme, insofern - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber jemand, der sich mit Kooperationen beschäftigt.

**Zeuge Albert Karl:** Nicht unbedingt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** Also, die Schlussfolgerung würde ich so nicht mittragen können.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber eine besondere - - Also, dass diese Art der Personalgewinnung dazu geführt hat, dass es eine besondere Art von Sachkenntnis gegeben hat in 601, 603, können wir nicht erkennen.

**Zeuge Albert Karl:** Die spezifische Sachkenntnis war tatsächlich nicht vorhanden, sondern es war tatsächlich über - wie soll ich sagen? - die spezifische Arbeitsweise von Nachrichtendiensten und Struktur auch der Behörden - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Oder bringt man eine bestimmte Kultur mit?

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Oder geht es darum, dass man eine bestimmte Kultur mitbringt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Zum Beispiel eine Sache, die Sie doch auch irgendwann mal festgestellt haben müssen als Rechts- und Fachaufsicht: Beim BND wird unzureichend dokumentiert. Also, es gibt von Besprechungen keine Vermerke, Weisungen werden mündlich erteilt, Videokonferenzen werden gar nicht dokumentiert, obwohl dieses Mittel der gemeinsamen Entscheidungsfindung technisch immer mehr Bedeutung gewinnt. Wir finden von bestimmten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dingen überhaupt keine Aufzeichnung auch im Zusammenhang mit der Deaktivierung von Selektoren, ja?

**Zeuge Albert Karl:** Also, diese Kultur wurde zumindest nicht in mein Referat mitgebracht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Achten Sie - - Also, gehört zu Ihren Aufgaben, auch darauf zu achten, dass im BND ordnungsgemäß dokumentiert wird? Weil Kontrolle funktioniert ja nur, wenn etwas quasi nachvollziehbar ist. Kontrolle funktioniert nicht dann, wenn alles sozusagen - -

**Zeuge Albert Karl:** Wenn ich feststellen würde, dass bestimmte Dinge nicht dokumentiert würden, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** - dann würden wir entsprechend nachhaken und Vorkehrungen treffen, dass das so ist; zum Beispiel Nachvollziehbarkeit der Steuerung von Telekommunikationsmerkmalen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nachvollziehbarkeit ist noch mal so ein Punkt. Wie würden Sie es bewerten jetzt rechtlich, wenn NSA-Selektoren gesteuert werden, die vom Bundesnachrichtendienst nicht erkannt werden können, weil - ich habe das vorhin schon auch Frau Dr. Nökel gesagt; sie sagte wiederum, ich soll Sie fragen - ja mit jedem dieser Selektoren ein Grundrechtseingriff einhergeht. Und wenn ich gar nicht weiß, was das ist, kann ich ihn doch eigentlich überhaupt nicht einsetzen.

**Zeuge Albert Karl:** Also, die rechtliche Bewertung, die würde grundsätzlich Referat 601 überlassen, und -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** - für mich war - - Zweck der Selektorensteuerung ist die Informationsgewinnung über das Ausland entsprechend Auftrag des BND und Auftragsprofil der Bundesregierung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, ich meine jetzt den NSA-Selektor. Also, unstrittig wurden oder werden noch - wir wissen es nicht - NSA-Selektoren gesteuert. Sie sind ja wieder aktiviert worden nach einer kurzen Zeit eines Moratoriums quasi, die vom Bundesnachrichtendienst nicht verstanden werden, also weil sie technisch so aufgesetzt sind, dass der Bundesnachrichtendienst sie nicht lesen kann. Er bekommt mittlerweile eine Deutung der NSA dazu. Ich meine, der kann halt immer hintendran schreiben „Terrorist“. So. Wenn man vorne nicht versteht, was das ist, kann man jeden Selektor, der auf einen Messenger oder - was weiß ich? - irgendwie Social Media Account oder einen Chat oder Skype oder was auch immer irgendwie deutet, irgendwie dann unterschieben. Müssten solche Selektoren, die der BND nicht versteht und von der NSA übergeben werden, grundsätzlich deaktiviert werden, weil ja die Gefahr besteht, dass dort Grundrechtseingriffe auch gegebenenfalls bei deutschen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen, aber auch mit Blick auf die EU - und das soll ja mittlerweile ausgeschlossen werden - stattfinden?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten das als letzte Frage dann sehen.

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich müsste der BND den Zweck der Steuerung kennen. Deshalb auch die Forderung, dass die Selektoren mit Deutungen zu versehen sind.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber ich möchte noch mal nachfragen: Also, die bekommen eine Liste, da steht vorne ein Hashwert, den sie nicht verstehen, und hinten schreibt jemand ran „Proliferation“. Sie können ja gar nicht kontrollieren, dass vorne das mit hinten in Verbindung steht. Ich kann Ihnen auch so eine Liste machen, und dann steuere ich - was weiß ich? - irgendwie das Bundeskanzleramt. Ich schreibe hintendran „Drogenhandel“.

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß nicht - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das war jetzt ein abstraktes Beispiel.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann auch nicht sagen, ob es vielleicht nicht doch möglich ist. Kann ja durchaus möglich sein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. Aber wissen Sie, ob der BND jetzt diese NSA-Selektoren neuerdings versteht, oder bekommt er nur eine Deutung genannt?

**Zeuge Albert Karl:** Ich muss davon ausgehen, dass der Prüfprozess auch das Verstehen umfasst.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, das ist die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Danke. - Herr Karl, ich würde Sie jetzt noch mal fragen wollen: Kennen Sie das Need-to-know-Prinzip? Als ehemaliger Mitarbeiter des BND müssten Sie es ja kennen, oder?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): Was ist das? Was heißt das?

**Zeuge Albert Karl:** Dass Informationen nur an diejenigen weitergegeben werden, die tatsächlich mit dem Sachverhalt zu tun haben. Also, es ist im Prinzip eine Art Informationsselektierung.

**Christian Flisek** (SPD): Interne Abschirmung.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): Die damit zu tun haben oder die nach einer bestimmten Entscheidung damit zu tun haben sollen.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): Gibt es so was wie ein Need-to-know-Prinzip auch bei der Aufsichtstätigkeit des Kanzleramtes über den BND?

**Zeuge Albert Karl:** Nicht in meinem Referat. Ich kann nur zu meinem Referat mich einlassen. Ich glaube, nicht. Also - -

**Christian Flisek** (SPD): In Ihrem Referat nicht; das finde ich sehr gut und löblich. Aber insgesamt, in der gesamten Abteilung 6, einschließlich Herrn Fritsche, dem Chef BK? Wenn Sie mal so die ganze Hierarchie des Kanzleramtes durchgehen: Glauben Sie, da gibt es bei der Ausübung der Aufsichtstätigkeit über den BND so etwas wie ein Need-to-know-Prinzip - ich mache es mal ganz konkret - dergestalt, dass zum Beispiel ab der Abteilungsleiterenebene Herr Heiß eine Information bekommt über Missstände - oder ich sage es neutral -, über einen Sachverhalt, über einen interessanten Sachverhalt beim BND, der Sie fachlich berühren würde im Referat, aber die Entscheidung getroffen wird: „Der liebe Herr Karl mit seinen Leuten, ist mal besser, wenn die nichts davon wissen“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann nicht sagen, ob solche Überlegungen des Need to know etabliert sind.

**Christian Flisek** (SPD): Das muss man nicht „Need to know“ nennen.

**Zeuge Albert Karl:** Oder Nichtbeteiligung oder so.

**Christian Flisek** (SPD): Das kann man auch banal nennen: Der Karl soll es nicht wissen. - Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, die darauf hindeuten könnten?

**Zeuge Albert Karl:** Man könnte im Prinzip die Nichtweitergabe der Information vom Oktober 2013 dahin gehend werten; aber vielleicht gab es auch Gründe, das nicht zu tun - die ich allerdings nicht kenne.

**Christian Flisek** (SPD): Ja, ja, über die Gründe spekulieren wir ja gar nicht. Wir reden jetzt erst mal nur über die Tatsache, dass das vielleicht gar nicht weitergegeben wurde. Weil, also in einem stimmen Sie mit mir überein: dass das, was im Oktober 2013, jetzt uns allen bekannt, passiert ist mit diesen Weisungen und so weiter und sofort,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das wäre etwas, was also fachlich eigentlich Sie betroffen hätte.

**Zeuge Albert Karl:** Das würde die Zuständigkeit von Referat 603 berühren.

**Christian Flisek (SPD):** Und ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass Sie uns hier die Wahrheit sagen, dass Sie davon erst im März 2015 erfahren haben. Und insofern bleibt für mich nur ein Schluss übrig: Im Kanzleramt gibt es so was wie ein gelebtes Need-to-know-Prinzip. Würden Sie sagen, das ist absurd, Spinnerei?

**Zeuge Albert Karl:** Das würde ich mir niemals erlauben.

**Christian Flisek (SPD):** Das ist sehr freundlich. Herzlichen Dank.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, aber ich habe darüber hinaus einfach auch nicht die persönliche Erfahrung gemacht aus dem täglichen Arbeiten heraus.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, gut, klar, das ist ja sozusagen dem Prinzip „Need to know“ immanent, weil, wenn es gut läuft, dann erfahren Sie es ja nie.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, was ich nicht weiß - - Das Schaf, das ich nicht sehe, kann ich nicht zählen als Schäfer.

**Christian Flisek (SPD):** Absolut. Aber dieses eine Schaf oder die Schafe, über die wir uns hier unterhalten, die können Sie schon zählen, weil die liegen ja auf dem Tisch.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Also, das heißt - ich fasse mal zusammen -: Sie sagen schon, das, was da eigentlich abgelaufen ist und von dem Sie erst dann im März 2015 erfahren haben, ist etwas, was eigentlich fachlich in Ihre Zuständigkeit hätte fallen müssen. Über Gründe spekulieren wir jetzt nicht. Aber die Frage steht im Raum: Warum ist es nicht zu Ihnen gelangt?

**Zeuge Albert Karl:** Die Frage kann ich nicht beantworten, warum es nicht zu mir gelangt ist.

**Christian Flisek (SPD):** Sie steht im Raum - unbeantwortet. Ich meine umgekehrt: Wenn so was im Raum steht und Sie sich vielleicht selber auch die Frage stellen - ich weiß nicht, ob Sie das jemals getan haben; Sie haben ja gerade, glaube ich, auf die Fragen der Kollegin Warken selber gesagt, dass Sie da ein Stück weit mal überrascht waren -, läuft das dann nicht mal umgekehrt, dass man Herrn Heiß, vielleicht Herrn Fritsche fragt und sagt: „Also, liebe Freunde, ich bin zuständig im Referat für die technische Aufklärung, und was ich da jetzt alles erfahre, habe ich nichts gewusst. Wie soll ich eigentlich meinen Job machen, wenn ihr mir nichts sagt?“ Gibt es solche Gespräche, solche Fragen? Gab es sie konkret in diesem Sachverhalt?

**Zeuge Albert Karl:** Wir sind damals damit umgegangen im Prinzip. Wir haben uns die Frage gestellt; aber wir sind sofort dann in das Abarbeiten der Fragen gestiegen letztendlich, die sich daraus ergeben haben. Für uns - -

**Christian Flisek (SPD):** Wenn Sie jetzt sagen „Wir haben uns die Fragen gestellt“: Wer ist „wir“?

**Zeuge Albert Karl:** Im Referat. Sie hatten ja vorhin gefragt, wie wir im Referat damit umgegangen sind, ob es Diskussionsrunden gab. Aber letztendlich, irgendwann hat man das so - -

**Christian Flisek (SPD):** Gab es denn intern eine Antwort darauf? Also, man kann ja auch wahrscheinlich nur mutmaßen, wenn man nicht selber fragt dann konkret. Was hat man denn daraus für Schlüsse gezogen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann es nicht begründen, warum wir damals nicht informiert worden sind.

**Christian Flisek (SPD):** Ist das ein einmaliger Vorgang?

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Ist das in dieser Form ein einmaliger Vorgang, oder gibt es etwas annähernd Vergleichbares?

**Zeuge Albert Karl:** Ich würde sagen, so in der Form - - Ich habe das zum ersten Mal so erlebt; das war für mich ein einmaliger Vorgang. Ansonsten fühle ich mich eingebunden in die Dinge, die mein Referat betreffen.

**Christian Flisek (SPD):** Aber auch noch mal konkret gefragt: Also, einen Ihrer Vorgesetzten in der Linie nach oben damit mal konkret konfrontiert - vielleicht ist „konfrontiert“ auch der falsche Begriff -, neutral: gefragt, nachgefragt haben Sie nie?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Und weil ich ein neugieriger Mensch bin; Hat Sie das nicht gereizt, da mal eine Antwort darauf zu bekommen von einem? Oder ist das - ich habe nie in einer Behörde wirklich gearbeitet - so, dass man da dann eher sagt: „Um Gottes Willen, blöde Frage provoziert im Zweifel blöde Antwort, und dann habe ich Pech bei meiner nächster Beurteilung, wenn ich zu viele Fragen gestellt habe“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, davor würde ich mich - - Das ist kein Grund, mich davor zu scheuen, vor solchen Nachfragen. Ich habe das damals eingeordnet als - - Also, ich konnte es damals ja nicht beurteilen im Oktober 2013, sondern musste das dann erst im März 2015 oder im April 2015 zur Kenntnis nehmen.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie denn, Herr Karl, im Vorfeld der heutigen Zeugenvernehmung oder überhaupt im Vorfeld einer Zeugenvernehmung hier - Sie sind ja zum zweiten Mal hier -, aber insbesondere im Vorfeld der heutigen Zeugenvernehmung noch einmal mit irgendeinem Ihrer Vorsetzten über diese ganzen Sachverhalte gesprochen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Das wäre ja vielleicht auch denkbar gewesen, weil - -

**Zeuge Albert Karl:** Das wäre denkbar gewesen. Ich habe mich aber durch Studium der Akten auf die heutige Sitzung vorbereitet, soweit das möglich war.

**Christian Flisek (SPD):** Das heißt, für Sie ist die Frage, warum Sie nicht eingebunden waren, nach wie vor auch unbeantwortet. Und damit können Sie aber leben?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Wir unterhalten uns ja hier über Sachverhalte, die ja durchaus auch eine politische Brisanz haben; also es geht um was. 2013 war Wahlkampf. Glauben Sie, dass das Gründe sein können für so eine, ich sage mal, restriktive Handhabung von Informationen gegenüber Leuten, die eigentlich fachlich zuständig wären?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist spekulativ letztendlich. Ich denke, es gab einen Grund, es kann viele Gründe gegeben haben. Es kann auch einen Grund gehabt haben, zu sagen: Ja, gut, wenn die Weisung umgesetzt wird, dann ist es in Ordnung. - Davon gehe ich aus. Und ich wurde deshalb nicht informiert. Es kann in gutem Glauben geschehen sein, wie auch immer. Tatsächlich wurde ich darüber nicht informiert und - -

**Christian Flisek (SPD):** Nach dem, was Sie jetzt heute wissen, hat sich denn einer Ihrer unmittelbaren Vorgesetzten, also Herr Heiß oder Herr Fritsche, hat sich einer von beiden, vielleicht beide zusammen, haben die sich der Umsetzung der Oktoberweisung 2013 irgendwann mal angenommen? Gibt es da irgendwelche Hinweise dafür?

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht Erinnerung; kann ich nichts zu sagen. Natürlich dann im Zuge der Aufarbeitung ab März 2015, als wir die Vorlagen geschrieben haben; natürlich.

**Christian Flisek (SPD):** Da gab es dann Hinweise dafür, dass die sich dessen angenommen haben oder was?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ja natürlich. Dadurch, dass wir ständig dann Vorlagen, Rücksprachen, Besprechungen hatten, sehr intensiv natürlich.

**Christian Flisek (SPD):** Ach so, gut.

**Zeuge Albert Karl:** Und Herr Fritsche war ja auch erst seit Januar 2014 Staatssekretär.

**Christian Flisek (SPD):** Zwischen 2013 und 2015, also Oktober 2013 und März 2015, klafft dann ein großes schwarzes Loch. Wir haben ja auch die zwei Situationen: Ich meine einerseits die Weisung Oktober 2013, nie verschriftlicht, die zwei unmittelbaren Sofortanweisungen beim Pullach-Besuch 2015, sofort verschriftlicht. Ist das normal, dass irgendwas nicht verschriftlicht wird, wenn es eine Weisung ist? Wie würden Sie - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, grundsätzlich werden die Weisungen verschriftlicht.

**Christian Flisek (SPD):** Was hat das für einen Zweck, dass eine Weisung verschriftlicht wird?

**Zeuge Albert Karl:** Das hat den Zweck, natürlich zu dokumentieren, nachvollziehbar zu machen, Rückfragen - -

**Christian Flisek (SPD):** Für denjenigen, für den Adressaten, für denjenigen, der - -

**Zeuge Albert Karl:** Für beide Seiten.

**Christian Flisek (SPD):** Es ist eine verlässliche Grundlage.

**Zeuge Albert Karl:** Eine verlässliche Grundlage, eine Geschäftsgrundlage, wenn Sie so wollen, auch ein Anhaltspunkt, um Rückfragen zu stellen.

**Christian Flisek (SPD):** Wenn Sie sich den Inhalt der Weisung aus dem Oktober 2013 noch mal vor Augen führen, dass dann so etwas zu keinem Zeitpunkt verschriftlicht wurde: Das kann doch nur Absicht gewesen sein, weil vergessen tut man doch so was wohl kaum.

**Zeuge Albert Karl:** Das kann auch ein Defizit sein.

**Christian Flisek (SPD):** Ein Defizit. Ein Defizit oder Absicht?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht werten.

**Christian Flisek (SPD):** Aber wenn Sie sich also auch aus Sicht jetzt mal eines Mitarbeiters, der sowohl beim BND war als auch jetzt als Referatsleiter im Kanzleramt tätig ist, sagen: „In der Beziehung zwischen Kanzleramt und BND gibt es eine Weisung, die nicht verschriftlicht wird“, dann kann so was ja auch relativ schon mal auch eine Grundlage für allerlei Missverständnisse, Missinterpretationen sein. Ist das richtig?

**Zeuge Albert Karl:** Es kann sein. Vielleicht musste ja der Weisungsgeber davon ausgehen, dass die Weisung dann verschriftlicht wird. Ich meine, ich gebe an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch Weisungen, die ich nicht immer verschriftliche; klar. Das ist der übliche Arbeitsprozess.

**Christian Flisek (SPD):** Wir haben gesehen, es gibt ja diese - - Oder wir haben erfahren, dass es diese regelmäßigen Runden gibt, tägliche Runden - richtig? - auch der Referatsleiter, nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß nicht, welche - - Können Sie spezifizieren, welche - -

**Christian Flisek (SPD):** Innerhalb des Kanzleramtes, also so Morgenrunden.

**Zeuge Albert Karl:** Innerhalb der Abteilung 6?

**Christian Flisek (SPD):** Mhm. Innerhalb der Abteilung 6.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, genau.

**Christian Flisek (SPD):** Und da ist auch Herr Heiß dabei, nicht?

**Zeuge Albert Karl:** In der Regel ist der Abteilungsleiter oder sein Stellvertreter dabei.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Wie ist der Kontakt von Ihnen zu Herrn Fritsche? Ist der, weil er sozusagen Staatssekretär ist und eins über Herrn Heiß ist, eher kaum erreichbar, oder haben Sie regelmäßig Kontakte, was Fragestellungen betrifft, zu ihm?

**Zeuge Albert Karl:** Also, es gibt eine relativ - Herr Fritsche ist relativ gut zugänglich für Rückfragen, -

**Christian Flisek (SPD):** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** - auch zu seinen Weisungen. Oder wenn Vorlagen geschrieben werden, findet durchaus auch eine Rücksprache mit den Referaten statt zur Erläuterung. Also, Staatssekretär Fritsche ist nicht auf einem Stern weit entfernt von uns, sondern sehr nah.

**Christian Flisek (SPD):** Sind einer von beiden jeweils vor 2015, vor März 2015 auf Sie zugekommen und haben Sie als Referatsleiter gebeten, mal mitzuteilen, was haben Sie an Kenntnissen über die Sachverhalte, über die wir uns hier unterhalten? Kamen die auf Sie zu?

**Zeuge Albert Karl:** Das geschieht in vielen Fällen.

**Christian Flisek (SPD):** Konkret jetzt.

**Zeuge Albert Karl:** Also konkret zu den Selektoren, nein.

**Christian Flisek (SPD):** Selektorenthematik.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Also, ich versuche, das jetzt zuzuspitzen: Zwischen Sommer 2013, also ich sage jetzt mal, seit Sie das Referat übernommen haben und in einer stürmischen Zeit diesen Job übernommen haben, bis dann März 2015 ist nie weder Herr Heiß noch Herr Fritsche jemals an Sie herangetreten und haben gefragt: „Was wisst ihr über Selektoren?“?

**Zeuge Albert Karl:** Nie, nein.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Das ist erst mal hochinteressant. Das müssen wir erst mal auf uns wirken lassen. Ich gebe jetzt mal weiter.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Tag, Herr Karl, guten Abend! Wissen Sie eigentlich oder erinnern Sie, was der Kernvorschlag des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück gegen die Bundeskanzlerin nach den Snowden-Veröffentlichungen war?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

(Christian Flisek (SPD):  
Weiß ich auch nicht mehr!)

Ich erinnere mich wirklich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Verletzung deutscher Interessen -

**Zeuge Albert Karl:** Ah, ja, stimmt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - in der Kooperation mit der NSA. Jetzt mal aus Ihrer Fachabteilungssicht: Wenn seinerzeit offenbar geworden wäre, dass all diese problematischen Selektoren gesteuert werden, hätte da der Peer Steinbrück recht gehabt oder nicht? - Ich frage es mal anders: Warum hat man denn diese Selektoren jetzt aus der Steuerung rausgenommen? Gegen was verstoßen die denn? Gegen deutsche Interessen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich glaube, die Frage kann man so nicht -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, stellen kann man sie so.

**Zeuge Albert Karl:** - beantworten. Also, letztendlich, die Tatsache würde das Verhältnis vielleicht zu bestimmten Staaten stören; aber in der Orientierung muss man nach dem Zweck für die Verwendung der Selektoren fragen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, genau. Und wessen Zweck haben denn diese Selektoren, die Sie jetzt rausgenommen haben, über die letzten Jahre nicht erfüllt, dass Sie sie rausgenommen haben?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann nur - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Karl, wir haben jetzt lange schon miteinander geredet hier, und es haben ja viele interessante Fragen gestellt. Am Ende des Tages sind Sie nicht informiert worden.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und die Frage ist ja, warum das passiert. Weil alle so unprofessionell sind oder was? Man kann es ja gar nicht glauben, ja? Viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt, Bundeskanzleramt: ein gut getrimmtes Haus. Irgendwie hat man es ja wohl bewusst nicht gemacht. Und deswegen ist die Frage: Warum hat man es nicht gemacht? Haben Sie da Theorien zu entwickelt? Oder denken Sie einfach, Sie arbeiten in einem schlecht organisierten Haus?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe weder Theorien dazu entwickelt, noch habe ich den Eindruck, in einem schlecht organisierten Haus zu arbeiten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Theorien dazu, Sie nehmen das hin: gottgegeben, sakrosankt, -

**Zeuge Albert Karl:** Es ist auch nicht gottgegeben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - es ist halt so; ich als Verantwortlicher habe keine Informationen bekommen dazu, obwohl meine Vorgesetzten wussten, wo das Problem liegt.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht von Gott, von der Kanzlerin gegeben!)

Ist ja okay. Wenn Sie sagen: „Ich habe das so hingenommen, und ich habe mir keine Gedanken gemacht“, ist es okay, aber - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich musste es zunächst so hinnehmen und habe ja dann letztendlich in der Aufarbeitung gesehen, dass es die Weisung war, und davon sind offenbar auch die Weisungsgeber ausgegangen, dass die Weisung umgesetzt wurde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber woran haben Sie es denn gesehen, dass das die Weisung war?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, in den Dokumenten, die dann nach April 2015 letztendlich mir vorgelegt wurden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie mit anderthalb Jahren, zwei Jahren Verspätung erreicht haben. Aha. - Kennen Sie diesen Vorgang, der genau ein Jahr im Grunde nach Snowden offenbar wurde, nämlich dass der BND Kommunikation von ausländischen Politikern wie Clinton und Kerry erfasst hat? Ist Ihnen die Geschichte mal begegnet?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt mehrere Artikel dazu. Ich würde die Ihnen auch vorlegen, wenn Sie das jetzt nicht erinnern können. Aber es ist ja ein - - Sie wissen, im Zusammenhang mit Markus R., sonst wäre das Ganze niemals rausgekommen.

**Zeuge Albert Karl:** Das war der einzige - - Das ist ein Anknüpfungspunkt, an den ich mich erinnere, aber nicht mehr im Detail.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieser Spion, der zufällig im Nachklapp zur Snowden-Affäre aufgeflogen ist.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und da soll es einen umfassenden Sachstandsbericht gegeben haben. Und, ich sage mal, aus den Akten, auch den nicht eingestuften



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Akten entnehme ich, dass es durchaus eine Diskussion gab, ob das hier Beifang ist oder nicht, Kerry und Clinton. Erinnern Sie diesen umfassenden Sachstandsbericht des Bundesnachrichtendienstes zu den Selektoren?

**Zeuge Albert Karl:** Wenn Sie ihn mir zeigen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe ihn -

**Zeuge Albert Karl:** Ach so.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - auch nicht, zumindest nicht hier. Aber er ist hier in einem *Spiegel*-Artikel erwähnt.

Entsprechend frustriert zeigten sich am Freitag hohe Regierungsmitglieder.

- Man kann jetzt mal überlegen, wer das gewesen sein könnte. -

Man habe, hieß es in Berlin, einen umfassenden Sachstandsbericht vom Bundesnachrichtendienst angefordert. Und darin wird es nach Lage der Dinge nicht nur um die Abhörpanne gehen - sondern auch um ein weiteres, wohl noch heikleres Thema.

Nämlich den Maulwurf Markus R. 18.08.2014, *Der Spiegel*. - Können Sie sich an einen solchen Vorgang erinnern? - Ich habe nur acht Minuten, Herr Karl.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie. - So, und da ging es doch irgendwie um BND-Selektoren und dass da offensichtlich Sachen gesteuert werden, die irgendwie nicht ins Auftragsprofil der Bundesregierung passen, es sei denn, Sie sagen mir jetzt, Kerry und Clinton liegen im Auftragsprofil der deutschen Bundesregierung, was ja sein könnte.

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere den Sachverhalt nur wirklich rudimentär.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rudimentär?

**Zeuge Albert Karl:** Aber da war das Thema - - Was ich dazu sagen kann: Es war damals keine Frage von Selektoren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere die Aufarbeitung nicht mehr.

(Martina Renner (DIE LINKE): Das war vor zwei Jahren!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika vom Bundesnachrichtendienst abgehört werden und das Problem schlägt in Ihrer Abteilung als Fach- und Rechtsaufsicht auf, da erinnern Sie nach zwei Jahren diesen Vorgang nicht mehr? Wirklich - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere den Sachstandsbericht nicht mehr.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es hat ihn gegeben.

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht mit Gewissheit sagen, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Karl, das Konstrukt sozusagen des Bundeskanzleramtes beruht ja - also diese Fiktion „Wir haben erst im März 2015 von problematischen Selektoren gehört und alle Schuld der Welt liegt beim Bundesnachrichtendienst“ - sozusagen darauf, dass man vorher sich mit dieser Problematik überhaupt nicht auseinandergesetzt hat. Und meiner Ansicht nach kann man das eben nach diesem Clinton/Kerry-Vorgang nicht mehr sagen, weil Sie haben sich ja offensichtlich mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Und ich sage Ihnen mal ganz offen: Ich glaube fest, dass es sich bei Clinton und Kerry nicht um Beifang gehandelt hat, sondern dass die gezielt gesteuert



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wurden. Und das muss doch wohl Thema in Ihrer Abteilung gewesen sein. Oder hat Ihr AL 6 gesagt: „Leute, da braucht ihr euch nicht drum zu kümmern, ich mache das schon“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere die konkrete Argumentation nicht mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müssten wir in der nächsten - -

**Zeuge Albert Karl:** Aber ich weiß tatsächlich nicht - - Was ich sagen kann: Auch damals war Thema Selektoren nicht Thema in dem Zusammenhang.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Darf ich die letzte Nachfrage - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Na klar.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hat man Ihnen das irgendwie anders erklärt, wie es zu der Erfassung - - Also, wie arbeitet man das denn auf, außer zu fragen: „Wie habt ihr die denn überhaupt erfasst?“? Und dann hat man gesagt - - Ja, also eine logische Erklärung wäre ja, Frau Clinton hat mit Osama bin Laden telefoniert oder so - Beifang. Und wenn das nicht der Fall ist, dann muss es doch irgendwie anders gewesen sein. Und wahrscheinlich war das bei Markus R. gar nicht der einzige Vorgang, bei dem man Telefongespräche der Außenministerin, vielleicht baldigen Präsidentin der Vereinigten Staaten, vorgelegt hat im Bundeskanzleramt, sondern ich höre, man hat da regelmäßig solche Sachen vorgelegt und man wusste, dass das gesteuert wird. Sie können das nicht erinnern?

**Zeuge Albert Karl:** Herr Abgeordneter, ich kann es ohne den Vorgang nicht erinnern und - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der nächsten Fraktion. Das ist wieder die Fraktion der CDU/CSU in der dritten Runde.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja. - Ich habe noch eine kurze Frage, Herr Karl, um noch mal auch auf das Gespräch oder die Besprechung im Kanzleramt im Oktober 2013 zurückzukommen, wo dann die Weisung ausgesprochen wurde, an der ja der BND-Präsident, dann Herr Pofalla als Chef BK und Herr Heiß teilgenommen haben. Haben da noch andere teilgenommen?

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Da wurde kein Protokoll geführt oder gab es auch keinen Vermerk dazu. Haben wir ja, glaube ich, vorhin schon herausgearbeitet.

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht bekannt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wahrscheinlich weil auch keiner dabei war, der üblicherweise das Protokoll schreiben würde. - Jetzt war da ja noch Staatssekretär Fritsche nicht im Amt, sondern der ist ja, glaube ich, erst 2014 ins Amt gekommen. Ist das richtig?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass Staatssekretär Fritsche im Januar 2014 ins Amt kam.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gab es irgendwie Anhaltspunkte dafür, dass, wenn es jetzt schon nicht, sage ich mal, in Ihre Ebene weitergetragen wurde, es da eine gewisse Übergabe gab oder dass er da irgendwie davon Kenntnis erlangt hatte?

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay, gut. - Dann waren das meine Fragen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich hätte auch noch einmal eine Nachfrage zu den Fragen des Kollegen von Notz. Wie haben Sie denn erfahren, dass im Raume steht, dass Clinton und Kerry als Beifang eingefangen worden sind? Haben Sie das gemerkt, gab es da einen Hinweis im Haus, haben Sie das aus der *Tagesschau*? Hat Sie einer - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann es wirklich nur - - Von der sachlichen Ebene her war das im Zusammenhang mit einem Verratsfall, den der Abgeordnete von Notz angesprochen hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Wie erkennt man so was? Also, wenn der Selektor Clinton nicht schon gesteuert war, erkennt man die an der Stimme? Wie fällt das auf? Also, ich wüsste jetzt nicht, wenn ich - - Ich meine, vielleicht erkennt man sie bei der Stimme. Jetzt im Wahlkampf hat man ja viel Clinton gehört. Aber - - Also, wie merkt man so was überhaupt?

**Zeuge Albert Karl:** Vielleicht - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn sie nicht gesteuert worden ist - was ja die Anmerkung eben war.

**Zeuge Albert Karl:** Die Alternative wäre: zufällig. Und dann müsste man es einfach der Logik folgend aus den technischen Umständen - - Nur so kann ich es mir erklären.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja. Wenn die jetzt ein Diensthandy benutzt und nicht ein privates, dann könnte man eigentlich sagen, das wäre wahrscheinlich verschlüsselt, so ein Diensthandy von einer Außenministerin.

**Zeuge Albert Karl:** Sollte man davon ausgehen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und wenn sie ein privates genutzt hat? Weil man hört ja, Frau Clinton nutzt gerne private Kommunikationsmöglichkeiten. Dann wäre es blöd für sie gewesen, nicht? Weil dann hätte man es sehen können oder hören können.

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht, ob man das tatsächlich technisch dann nachvollziehen kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, der Grund von Verschlüsselung ist ja eigentlich, dass ein Dritter das nicht nachvollziehen kann, vermute ich mal.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn Frau Clinton jetzt zu der Zeit viel Privattelefone genutzt hat oder ihr privates Telefon, wäre sie dann leichter immer wieder in den Beifang reingekommen von Diensten vielleicht? Nicht nur vom BND, wenn es denn passiert sein sollte; ich will Ihnen das nicht unterstellen, dass es so ist. Aber wäre das möglicherweise ein Problem, wenn man viel sein privates Handy nutzt, dass man dann - - Weil es gibt ja nicht nur den BND auf der Welt, der solche Expertise hat, habe ich gehört. Wäre es dann möglich, dass Frau Clinton öfter als Beifang irgendwo mit ihrer Kommunikation reingerutscht ist?

**Zeuge Albert Karl:** Also, das ist eine Frage - - Ich weiß nicht, ob die technische Erfassung zwischen privatem und dienstlichem Handy unterscheidet in der Häufigkeit der Erfassung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, mir geht es darum: Wenn ein Diensthandy genutzt wird, was möglicherweise Verschlüsselungstechnologie hat, dann gibt es entweder die Möglichkeit, dass der Selektor bekannt ist, dann kann ich sagen: „Oh, das ist ja Hillary Clinton. Wir können es zwar nicht lesen; aber da ist sie mit als Beifang reingekommen“ - dann war der Selektor irgendwo bekannt; vielleicht gibt es ja auch eine Negativliste „Bloß nicht diese Selektoren, das sind die Außenminister, die wir nicht haben wollen“ -, oder es ist ein privates Handy gewesen, und man hat es dann, nicht weil der Selektor schon bekannt war und man den schon auf dem Schirm hatte, sondern irgendwo an den Beifanginhalten erkannt: Oh, das ist ja die amerikanische Außenministerin. - Irgendwie kann ich mir nur diese beiden Möglichkeiten erklären.

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich sehe auch nur letztendlich von der Logik her die letzte Möglichkeit: Man hat es an den Inhalten erkannt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau, und dann mache ich mir Sorgen.

**Zeuge Albert Karl:** Und damit wäre - - Aber - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, nicht dass ich jetzt in Wahlkampfhilfeverdacht komme.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Keiner will wissen, was wahrscheinlich Donald Trump redet. Also, nicht dass das missverständlich jetzt irgendwie erscheint. Ich frage mich halt nur - - Diese beiden Möglichkeiten kann ich mir nur erklären: Entweder ist es ein Telefonat oder eine SMS oder was auch immer mit diesem Handy kommuniziert werden mag, was ich gar nicht inhaltlich rauskriege - dann müsste ja der Selektor vorher schon bekannt gewesen sein, dass man sagt: „Oh, es war Hillary Clinton“ -, oder es ist eben eine unverschlüsselte Kommunikation, wahrscheinlich dann von einem privaten Endgerät gewesen, und dann kann ich es natürlich relativ schnell erkennen am Inhalt und sage: Oh, Mist; aber das konnte man ja nicht ahnen, wenn man da durchfliegt.

**Zeuge Albert Karl:** Das konnte man nicht ahnen und hätte es dann gelöscht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz genau. Da muss sich zwar Frau Clinton Gedanken machen, warum sie auch da ungeschützt kommuniziert; aber zumindest, sage ich mal, war es vielleicht keine Absicht. Wie auch immer.

Gut, mehr Fragen habe ich erst mal nicht. - Jetzt kommen wir zu den Fragen von der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** So, jetzt wechseln wir von den BND-Selektoren noch mal zu den NSA-Selektoren. Einige sind ja auf der Plattform Wikileaks veröffentlicht worden, darunter auch zahlreiche, die auf Ministerien der Bundesregierung und das Bundeskanzleramt zielten. Erwinnere ich mich. Gab es eine ganze Menge von Telefonnummern auch innerhalb des gesicherten Behördennetzes. Wir sprachen heute viel über Aufarbeitung. Ist denn auch dazu eine Aufarbeitung im Bundeskanzleramt gelaufen?

**Zeuge Albert Karl:** Zu den NSA-Selektoren?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Die auf Sie selbst zielten, ja. -Weiß man im Bundeskanzleramt, wer davon alles betroffen war? Hat man daraus Schlussfolgerungen gezogen: „Was wollten die Amerikaner denn von uns?“?

**Zeuge Albert Karl:** Man hat zu dem Vorgang Rückfragen gestellt; aber es sind auch spezifische Selektoren, die wir nicht in öffentlicher Sitzung behandeln können. Ich würde dann, wenn wir es in nichtöffentlicher Sitzung behandeln, um Vorlage bitten.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie haben Rückfragen an die Amerikaner gestellt zu diesen Selektoren.

**Zeuge Albert Karl:** Unser Adressat ist der BND, inwieweit er dazu Kenntnis hat.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und die haben darauf geantwortet?

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere nicht, was der BND geantwortet hat.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich muss jetzt mal überlegen. Also, irgendwelche Rückfragen hinsichtlich dieser NSA-Selektoren vom Bundeskanzleramt an den BND kenne ich, glaube ich, nicht. Nehmen wir mal als Fragestellung mit.

Hat man denn irgendein Muster, eine Methodik erkennen können? Also, ist dort - - Ich bin wieder bei dem Thema, ja? Werden diese Ziele gesteuert, um primär von diesen Zielen Informationen zu bekommen, oder stimmt diese komische Geschichte: „Ich steuere solche Ziele, weil da irgendwann mal Mali anrufen kann“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere nicht mehr, inwieweit Ergebnisse von Untersuchungen dazu vorliegen oder ob - - in welcher Tiefe dazu nachgefragt wurde, in welcher Tiefe dazu berichtet wurde, zu dem Vorgang. Aber grundsätzlich wurde die Thematik NSA-Selektoren aufgearbeitet, und es wurden auch Selektoren geprüft. Aber mehr kann ich dazu hier nicht sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Kennen Sie eigentlich den Prüfbericht der BfDI?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß, dass ich ihn - - dass es ihn gibt, aber ich habe ihn nicht in der ganzen Tiefe gelesen. Es ist auch im Zuständigkeitsbereich im Referat 601.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das ist 601?

**Zeuge Albert Karl:** Mhm.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber wäre doch ganz interessant, den mal zu lesen als Rechtsaufsicht, oder? Also, ich meine, da macht sich jemand Mühe, das zu tun, was man im Bundeskanzleramt nicht gemacht hat, -

**Zeuge Albert Karl:** 601 hat - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): - nämlich dort hinzufahren und sich alles erklären zu lassen.

**Zeuge Albert Karl:** 601 hat den, soweit ich weiß, intensiv bearbeitet und entsprechend auch vorgelegt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gibt es Empfehlungen auf Grundlage des Prüfberichtes, zum Beispiel bestimmte Dateien zu löschen oder Ähnliches?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kenne den Prüfbericht nicht mehr im Einzelnen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das kommt mir jetzt, ehrlich gesagt, ziemlich un-

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich erinnere nicht mehr - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, der ist ja nun nicht so alt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, er ist nicht alt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir haben ja eben schon festgestellt, dass Vorgänge von vor zwei Jahren nicht mehrinnerlich sind. Aber da sind wir ja jetzt beim quasi aktuellen Vorgang.

Ich sitze in der Rechts- und Fachaufsicht für den BND. Dann gibt es einen umfänglichen Prüfbericht der BfDI, der Rechtsverstöße feststellt. Also, er stellt nicht fest, dass da eine abgelaufene Milch im Kühlschrank war. So. Und - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, aber tatsächlich für BfDI zuständig ist das Referat 601.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein, Sie sind aber für die Rechtsverstöße beim BND zuständig. Darauf will ich hinaus. Da müsste es doch interessieren, dass eine andere Stelle - die ist zwar unabhängig, aber kompetent - Rechtsverstöße feststellt. Weil Sie müssten ja zum Beispiel auch überlegen: Was machen wir danach? Welche Konsequenzen werden gezogen? Muss es da personelle, strukturelle und sonstige geben? - Da müssen ja Empfehlungen kommen. Woher sollen die denn im Bundeskanzleramt kommen, wenn nicht aus Ihrem Referat?

**Zeuge Albert Karl:** Gut, wir haben natürlich in der Zusammenarbeit mit 601 - - hat mein Referat den Bericht geprüft, und wir haben es auch eingeordnet, soweit ich erinnere, in die Maßnahmen, die von unserer Seite veranlasst wurden. Aber was im Einzelnen der Bericht sagt und was konkret im Einzelfall der eingestufte Bericht empfiehlt, weiß ich nicht, ist mir nicht mehr innerlich.

Ich persönlich habe den Bericht tatsächlich nur cursorisch zur Kenntnis genommen und an die Bearbeitung ins Referat gegeben.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und wer hat ihn ganz gelesen?

**Zeuge Albert Karl:** 601 mit Sicherheit und einer meiner Kollegen bestimmt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und hat das mal in irgendwelchen Besprechungen in der Abteilung eine Rolle gespielt?

**Zeuge Albert Karl:** Ich gehe davon aus, dass der Bericht sicherlich erörtert wurde mit den Vorgesetzten.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Da waren Sie auch dabei?

**Zeuge Albert Karl:** Über die Dinge wurde auch in größeren Runden gesprochen, ja. Also, da war zumindest ein Vertreter von 603 dabei.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gut.

**Zeuge Albert Karl:** In der Regel.

**Martina Renner** (DIE LINKE): In der Regel. - Waren das auch manchmal Sie?

**Zeuge Albert Karl:** Das war manchmal auch ich, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gut. Und in diesen Runden, in denen man über den BfDI-Bericht gesprochen hat, über welche Konsequenzen wurde dort beraten? Oder hat man gesagt: „Wie moderiere ich das am Elegantesten ab?“?

**Zeuge Albert Karl:** In den Runden wurde natürlich - - wurde auch über die Frage BfDI-Zuständigkeit - -

(MR Philipp Wolff (BK)  
meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff** (BK): Ich will den Zeugen nur darauf hinweisen, dass der BfDI-Bericht weiterhin eingestuft ist, komplett eingestuft.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, aber ich rede ja nicht zum Inhalt des BfDI-Berichts, sondern zu - -

**MR Philipp Wolff** (BK): Deswegen weise ich ihn ja auch nur - -

**Zeuge Albert Karl:** Deshalb kann ich auch nicht mehr dazu sagen, als dass der Bericht an sich und der Umstand der Genese erörtert wurden.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Können Sie mir denn eine Konsequenz referieren, außer dass man über die Zuständigkeit der BfDI sich Sorgen gemacht hat?

**Zeuge Albert Karl:** Ich muss ganz hart dran bleiben, dass der Bericht eingestuft ist.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, ich will auch nichts zum Bericht wissen. Ich will wissen, ob danach irgendwas passiert ist.

**Zeuge Albert Karl:** Man hat natürlich auch über Maßnahmen letztendlich, die daraus eventuell abzuleiten wären, die nicht ohnehin schon getroffen wurden - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sonst, wenn wir jetzt - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir können auch gerne -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - noch eine Runde drehen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. - Wir kommen zu den Fragen der Fraktion der SPD.

**Christian Flisek** (SPD): Noch mal zu Ihrem Portfolio, das Sie in Ihrem Referat haben: Als Sie die Referatsleitung angetreten haben, wie viel Mitarbeiter hatten Sie da?

**Zeuge Albert Karl:** Ich hatte insgesamt fünf Mitarbeiter bzw. Stellen für fünf Mitarbeiter, zwei des höheren Dienstes, zwei des gehobenen und eine administrative Unterstützung.

**Christian Flisek** (SPD): Wie ist das jetzt, Herr Karl?

**Zeuge Albert Karl:** Jetzt sind es vier Angehörige des höheren Dienstes, zwei des gehobenen und eine administrative Unterstützung.

**Christian Flisek** (SPD): Also, die Zahl der Angehörigen des höheren Dienstes hat sich um zwei erhöht.

**Zeuge Albert Karl:** Wurde verdoppelt, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Sind das Vollzeitstellen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Was für Qualifikationen haben die vier Mitarbeiter des höheren Dienstes jetzt?

**Zeuge Albert Karl:** Eine Stelle ist derzeit unbesetzt und wird gerade ausgeschrieben.

**Christian Flisek (SPD):** Mit welchem Qualifikationsprofil?

**Zeuge Albert Karl:** Es ist offen, also für Beamte des höheren Dienstes oder vergleichbare tariflich Beschäftigte.

**Christian Flisek (SPD):** Also Studienabschluss.

**Zeuge Albert Karl:** Genau. Es gibt keinen festgelegten Studienabschluss, aber es gibt weitere Qualifikationskriterien mit Schwerpunkt auf technische Aufklärung.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Also, eine ist unbesetzt, und die drei weiteren, was haben die für ein - -

**Zeuge Albert Karl:** Die zweite: Informatiker. Dann Jurist, seit wenigen Monaten. Also, die Stelle ist seit wenigen Monaten mit einem Juristen besetzt. Und die vierte Stelle, denke ich, ist - - Er ist von der Ausbildung Politikwissenschaftler.

**Christian Flisek (SPD):** So wie Sie, oder?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. - Wenn Sie sich jetzt die Frage stellen, wie Sie - ich sage das jetzt mal - vielleicht die - - Also, die Ressourcen sind ja ein knappes Gut. Einige Stellen sind manchmal unbesetzt, es gibt Krankheitsausfälle, Urlaub usw. usf. Wenn Sie sich entscheiden müssen, wie Sie als Referatsleiter diese Ressourcen einsetzen, diese Personalressourcen, angesichts des Portfolios, das Sie haben, haben Sie da klare Weisungen, oder sind Sie da frei?

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich sind den einzelnen Mitarbeitern Aufgabenbereiche zugeordnet. Im Bereich für die technische Aufklärung

und damit zusammenhängende Fragen von Cybersicherheit sind zwei Referenten befasst. Einer der beiden Referenten ist fast ausschließlich für Fragen der technischen Aufklärung zuständig. Der andere ist derzeit zuständig für Fragen der Cybersicherheit und andere Aufgaben aus dem Portfolio, wobei der zweitgenannte den ersten dann auch vertritt. Das heißt also, es erfolgt dann ein entsprechender Austausch zwischen den Referenten.

**Christian Flisek (SPD):** Und jeder hat da seinen klaren fachlichen Zuständigkeitsbereich?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Und es ist jetzt nicht so, dass, wenn ich jetzt sagen würde: „In der TA brennt die Bude“, sage ich: „Liebe Leute, wir müssen jetzt alle, die wir haben, zusammenziehen, weil wir müssen uns jetzt auf TA konzentrieren“?

**Zeuge Albert Karl:** Das haben wir ja auch gemacht. Wir haben - - Schon in der Anfangsphase mussten ursprüngliche Aufgabenpakete innerhalb der Zuständigkeit verlagert werden. Zum Beispiel war Frau Dr. Nökel vorwiegend mit dem Thema Wirtschaftsschutz befasst. Das war eigentlich, als sie zu uns kam, der Aufgabenschwerpunkt. Der Anteil wurde immer stärker reduziert, weil sie einfach mit Aufgaben befasst war, die die Abteilung TA betrafen, zusammen mit dem anderen Referenten, also Herrn Bernard, die sich dann auch gegenseitig vertreten haben.

**Christian Flisek (SPD):** Und Sie sagen, die Frau Dr. Nökel wurde da mit zunehmenden Aufgaben TA betraut. Ab wann trat diese Entwicklung ein?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich zeitlich nicht -

**Christian Flisek (SPD):** Pi mal Daumen.

**Zeuge Albert Karl:** - mehr zuordnen. Aber es war im Wesentlichen tatsächlich im Frühjahr 2015.

**Christian Flisek (SPD):** Also alles 2015?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Mhm. Ursprünglich ist auch zum Beispiel - -

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt frage ich Sie mal, wer - - Wie viel hat die Tätigkeit TA vor Frühjahr 2015 in Ihrer Abteilung in Anspruch genommen? Wer war da zuständig, und in welchem Umfang war da die Auslastung?

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich sind mit Fragen der Abteilung TA das Referat 601 befasst, was eben die rechtlichen Fragen angeht, G 10, plus G 10, und 603.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, Sie.

**Zeuge Albert Karl:** Genau. Das sind die beiden Referate. Und innerhalb des Referats hat die Aufarbeitung von der technischen Aufklärung - - nimmt den größten Raum ein, also von Arbeitsaufwand, konkreten Zuordnungen auf Mitarbeiter.

**Christian Flisek (SPD):** Aber dann erzählen Sie uns doch mal: Was haben Sie denn vor 2015, Frühjahr, in Bezug auf TA gemacht? Also, Rechtsfragen haben Sie ja nicht geklärt.

**Zeuge Albert Karl:** Die Rechtsfragen wurden -

**Christian Flisek (SPD):** Die hat 601 gemacht.

**Zeuge Albert Karl:** - nicht geklärt. Dann wurden die parlamentarischen Anfragen zum Sachverhalt geklärt, nachgefragt. Und natürlich die Nachfragen, die sich in dem Zusammenhang mit der technischen Aufklärung ergeben haben.

**Christian Flisek (SPD):** Beantwortung parlamentarischer Anfragen?

**Zeuge Albert Karl:** Mhm.

**Christian Flisek (SPD):** Ist das der Schwerpunkt?

**Zeuge Albert Karl:** Plus Aufbereitung und Aufbereitung - - Nachdem der Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufgenommen hat, waren ja auch entsprechende Unterlagen aufzubereiten, was erheblich personalintensiv war.

**Christian Flisek (SPD):** Welche Unterlagen haben Sie aufbereitet?

**Zeuge Albert Karl:** Die für den - -

**Christian Flisek (SPD):** Die auch vom BND?

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?

**Christian Flisek (SPD):** Auch die vom BND?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Diejenigen, die im Kanzleramt vorlagen, im Referat 603 - nur die des Referates.

**Christian Flisek (SPD):** Parlamentarische Anfragen und Aufbereitung von Unterlagen des Kanzleramtes in Bezug auf technische Aufklärung.

**Zeuge Albert Karl:** Auf sämtliche Fragen, die sich auf technische Aufklärung des BND bezogen haben.

**Christian Flisek (SPD):** Das waren die wesentlichen Tätigkeitsbereiche?

**Zeuge Albert Karl:** Das waren die wesentlichen Tätigkeiten für - -

**Christian Flisek (SPD):** Vor 2015.

**Zeuge Albert Karl:** Vor 2015.

**Christian Flisek (SPD):** Irgendwelche Aufsichtstätigkeiten?

**Zeuge Albert Karl:** Plus die daraus sich ergebenden Aufsichtstätigkeiten, wenn wir Rückfragen hatten, die sich aus Vorlagen vom BND ergeben hatten.

**Christian Flisek (SPD):** Aber Aufsichtstätigkeiten unabhängig von parlamentarischen Anfragen oder unabhängig von der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses? - Verstehen Sie? Ich versuche - -

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ich weiß natürlich - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Ich versuche, ein Gefühl zu bekommen für die Tätigkeit.

**Zeuge Albert Karl:** Sobald wir einen Anknüpfungspunkt dazu hatten, nachzufragen, sei es aus einem Bericht des BND über seine Tätigkeit oder aus seiner Beantwortung parlamentarischer Anfragen oder Aufbereitung von Dokumenten, haben wir uns mit Abteilung TA befasst.

Was das im Einzelnen war, kann ich jetzt nicht mehr wiedergeben, aber jedenfalls hat die Befassung mit Abteilung TA schon einen qualitativen Aufwuchs erlebt innerhalb der Zeit nach August 2013, im Zuge der Aufarbeitungsarbeiten, im Zuge von Nachfragen, im Zuge auch der Vorbereitung des Besuchs von Chef BK.

Auch der Besuch von Chef BK ist begleitet worden von einem Referenten, der letztendlich einen anderen Zuständigkeitsbereich ursprünglich zugewiesen hatte. Und der war dann auch mit dem Bereich technische Aufklärung zusätzlich befasst, bis dann einfach das andere Personal zugeführt werden konnte.

**Christian Flisek (SPD):** Wie hat man denn die Gefahr, dass in der Abteilung TA, also im SIGINT-Bereich, beim BND Fehler passieren - - Wie hat man das Risiko eingeschätzt? War das eher risikoarm, oder hat man gesagt: „Oh, das ist einer der wichtigen Bereiche, die Bedeutung steigt an. Da gibt es internationale Kooperationen, wo wir auch nicht so ganz wissen - - Das ist ein risikoreiches Geschäft; da müssen wir aufpassen“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich glaube, dass die Frage Risiko vielleicht nicht das richtige Kriterium war, sondern es war einfach ein - - im Ablauf teilweise erkennbare Dinge, wo vielleicht Kommunikation gefehlt hat, wo die Abteilung TA sich, nennen wir es mal so, selbst finden musste, sich selbst letztendlich dann erklären musste: Wer hat was wann wo gemacht, und wer hat darüber gewusst? Wer hat entsprechende Entscheidungen getroffen? Wer hat es kontrolliert?

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie mitbekommen, dass innerhalb des BND da Untersuchungen stattgefunden haben, die versucht haben, aufzuklären, wer wann was innerhalb der Abteilung TA wusste und nicht wusste, dass Präsident Schindler so eine Art Untersuchungsgruppe aufgestellt hat?

**Zeuge Albert Karl:** Diese selektorenbezogenen Prüfungen, die der BND durchgeführt hat, wurden mir erst seit März/April 2015 erinnerlich, bekannt. Ob wir vorher über irgendwelche Maßnahmen in der Tiefe unterrichtet waren, weiß ich nicht, erinnere ich nicht.

**Christian Flisek (SPD):** Hatten Sie vor März 2015 aufgrund irgendwelcher anderer Wahrnehmungen - Zeitung, Fernsehen, Tätigkeit von Parlamentariern - irgendwas über Selektoren mitbekommen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Gar nichts?

**Zeuge Albert Karl:** Also, was heißt - - Nicht über spezifische Selektoren, sondern nur, dass im Prinzip Telekommunikationsmerkmale grundsätzlich als Mittel der technischen Aufklärung dienen. Ich glaube, das war im Prinzip so das Rubrum und der allgemeine Kenntnisstand dazu, zum Zweck.

**Christian Flisek (SPD):** Also, das haben Sie aus den Medien erfahren?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das wusste man aus der Arbeitsweise der technischen Aufklärung.

**Christian Flisek (SPD):** Aber Sie haben unsere Arbeit auch verfolgt hier?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Und haben Sie aufgrund der Medienberichterstattung das Thema Selektoren irgendwann einmal wahrgenommen, vor März 2015?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere nicht, ob vor März 2015 konkrete Anlässe bestanden, zu Telekommunikationsmerkmalen nachzufragen.

**Christian Flisek (SPD):** Kennen Sie das Auftragsprofil?

**Zeuge Albert Karl:** Das Auftragsprofil des BND?

**Christian Flisek (SPD):** Der Bundesregierung.

**Zeuge Albert Karl:** Pardon, der Bundesregierung, ja, bezogen auf den BND. Ja. Nicht auswendig und in einzelnen Punkten, aber in den Strukturen und Schwerpunkten.

**Christian Flisek (SPD):** Wenn Sie jetzt das mal einschätzen würden: Muss ein Bezug zum Auftragsprofil der Bundesregierung nur bei BND-eigenen Selektoren bestehen oder auch bei solchen, die die NSA liefert und die im Rahmen einer Kooperation genutzt werden?

**Zeuge Albert Karl:** Auch im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit der NSA.

**Christian Flisek (SPD):** Welchen Zweck hat das aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich muss die Informationsgewinnung des BND konform sein mit dem Auftragsprofil der Bundesregierung.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, man kann sich ja auch auf den Standpunkt stellen: Wenn wir kooperieren - - Die Amerikaner haben ein eigenes Auftragsprofil. Das sind ja die Dinger, die wir den Amis, den Amerikanern geben. Ja? Muss ja nicht unser Auftragsprofil sein. Es dürfen halt nur keine Deutschen drin sein.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Also, wenn ich jetzt sage in einer Kooperation, es geht darum, einen Zugriff zu machen hier in Frankfurt oder in Bad Aibling, was auch immer, ich kriege Selektoren und weiß in einer Kooperation, das, was ich sozusagen durch das Scharfstellen der Selektoren an Informationen bekomme, das gebe ich gleich

weiter, ist ja nicht zwingend, dass dadurch eine Rückkopplung an mein Auftragsprofil gegeben sein muss. Bei meinen eigenen Selektoren, ja. Aber warum zum Beispiel bei den NSA-Selektoren?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist eine Frage, inwieweit sich der BND dann die Selektoren und die Ergebnisse zu eigen macht.

**Christian Flisek (SPD):** Ich komme jetzt insgesamt an Punkte, wo ich glaube, dass wir da in die eingestufte Sitzung gehen werden müssen. Insofern, würde ich jetzt erst mal sagen, haben wir in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen und sage erst mal Danke so weit.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Herr Kollege von Notz stellt die Fragen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Karl, lesen Sie die Tageszeitung?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe die Frage nicht verstanden.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Lesen Sie eine Tageszeitung?

**Zeuge Albert Karl:** Ich lese Zeitungen, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bekommen Sie einen Pressespiegel, so eine Art, was alles beim BND los ist oder so?

**Zeuge Albert Karl:** Ich verschaffe mir einen Überblick, ja, aus Agenturen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, aber gibt es nicht einen hausinternen Pressespiegel, überall wo BND erwähnt wird, da gibt es Artikel? - Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Ich lese den nicht, der spezifisch auf den BND ausgelegt ist.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Den lesen Sie nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre lohnend gewesen im August 2014. Ich zitiere mal aus zwei Artikeln, einmal *Die Welt* vom 18.08.2014. Dort steht:

Unter ihrem damaligen Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) änderte der BND im vergangenen Jahr seine Abhörpraxis.

Schreibt *Die Welt*. Und die *Süddeutsche Zeitung* vom 16.08., also zwei Tage vorher, schreibt unter der Überschrift „BND hörte Hillary Clinton ab“:

Seit Sommer 2013 gilt eine Anweisung des Kanzleramts, solches Material sofort zu vernichten.

So, jetzt frage ich mich noch mal im Hinblick darauf, dass Ihre Abteilung erst im März 2015 von dieser Weisung gehört haben will - das war presseöffentlich -: Kann es nicht vielleicht doch sein, Herr Karl, dass irgendwie bei Ihnen mal bewegt wurde, was der Herr Pofalla da eigentlich 2013 verändert hat an der Praxis, an der Abhörpraxis?

**Zeuge Albert Karl:** Mir war weder - - Ich kann nur noch mal wiederholen: Mir waren bis Frühjahr 2015 weder dieses Gespräch noch die Weisung noch die daraus hervorgegangenen Folgerungen beim BND bekannt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es stand in der Zeitung. Hätten Sie denn, wenn Sie das gelesen hätten, mal gefragt: „Sagt mal, Leute, ich bin ja hier für die Fach- und Rechtsaufsicht beim BND zuständig. Hier steht irgendwie, seit Sommer 2013 gibt es da eine andere Anweisung. Ich kenne die gar nicht. Worum geht es denn?“? Oder ist das nicht so ein proaktives Verhältnis?

Also, irgendwas hat sich doch da verändert, und Sie sind nicht Teil davon, offensichtlich, gewesen. - Okay, Herr Karl, ich will Sie auch nicht quälen mit diesen Fragen. Offensichtlich wissen Sie es nicht. Aber es ist natürlich schon krass merkwürdig.

Ich will Ihnen mal eine andere Akte vorhalten, und zwar MAT A BND-60/4. Da gibt es ein Blatt 191. Da schreibt jemand, der geschwärzt ist, an den lieben Herrn Seibert.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Da geht es um die Abhörpraxis des BND und irgendwie dazu, dass die an einer Geschichte arbeiten, wo es darum geht, dass über Jahre Hunderte amerikanischer Minister und Senatoren vom BND abgehört worden sind. Und dann steht da:

Die Praxis des Beifangs

- die Praxis des Beifangs! -

sei - jedenfalls was die Vereinigten Staaten von Amerika angeht - im Sommer 2013 durch den damaligen Kanzleramtsminister Ronald Pofalla beendet worden. Das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages wurde nicht informiert.

Das stammt aus dem September 2015. Da stehen noch eine Reihe anderer interessanter Sachen drin, die ich Ihnen jetzt aus Zeitgründen erspare. Ist Ihnen diese Akte mal begegnet?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kenne weder - - Nein, ich kenne die E-Mail nicht. Ich kenne den Vorgang nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber eigentlich - - Kennen Sie Carsten Maas?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist der Büroleiter von Herrn Fritsche, nicht? - Herr Karl?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber Sie kennen diesen Vorgang nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie das für eine relevante Information für Ihre Abteilung? Immer vorausgesetzt, dass das stimmt, was da steht. Ich habe keine Ahnung. Aber wäre schon gut - -

**Zeuge Albert Karl:** Rein inhaltlich berührt es die Zuständigkeit auch von 603.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das denke ich auch. Aus Zeitgründen gebe ich jetzt an den Kollegen Ströbele ab.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich schließe da mal sofort an. „Das Parlamentarische Kontrollgremium ... wurde nicht informiert“, steht da, im September 2015. Stimmt es denn, dass Sie mal - jedenfalls habe ich die Kollegin, die wir vorhin gehört haben, Frau Nökel, so verstanden - einen Sprechzettel vorbereitet haben für das Parlamentarische Kontrollgremium im Mai 2015? Stimmt das?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht erinnern, Herr Abgeordneter. Wenn ich den Sprechzettel sehen würde, vielleicht. Ich kann es nicht einordnen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, mich interessiert jetzt auch nicht so sehr nur dieser Sprechzettel, sondern ob Sie an der Vorbereitung irgendwie beteiligt waren oder darüber Bescheid wissen. Erinnern Sie sich noch an den Vorgang, dass man da einen Sprechzettel vorbereiten sollte? Weil das war ja zu dem Zeitpunkt Mai 2015, als Sie über den Vorgang Pofalla informiert waren, also über die Herausnahme der Selektoren.

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß nicht, inwieweit ich persönlich in Vorbereitungen von Sprechzetteln zu dem damaligen Zeitpunkt eingebunden war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht, oder das - -

**Zeuge Albert Karl:** Erinnere ich nicht. Können Sie mir den Sprechzettel vorhalten?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, den habe ich leider nicht hier. Aber mir kommt es jetzt nicht auf den Inhalt des Sprechzettels an, sondern ob Sie sich erinnern an die Vorbereitung; die ist mir eigentlich noch wichtiger.

Gilt denn das, was Sie vorhin bei dem Kollegen Flisek gesagt haben auf die Frage „Need to know“ von Ihrer Sicht damals aus, vielleicht auch heute, auch für das Parlament und da für das Parlamentarische Kontrollgremium? Sie waren ja auch vor 2008, wenn ich das richtig weiß, schon mal zuständig für das Parlamentarische Kontrollgremium, also für die Vorbereitung.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, für die Kommunikation, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Gilt das da auch, dass die nur das wissen müssen, was sie wissen müssen oder was sie wissen sollen?

**Zeuge Albert Karl:** Need-to-know-Prinzip ist nicht, ich denke, Kategorie für die Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums.

Und an die Vorbereitung eines konkreten Sprechzettels aus dem Mai 2015 - - Inwieweit ich tatsächlich oder mein Referat einen Sprechzettel für Staatssekretär Fritsche vorbereitet hat, erinnere ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass - für Sie war das ja eine relativ frische Information, also vom März 2015; im Mai, also zwei Monate später, fand die Sitzung statt - das für Sie durchaus ein Vorgang war, den Sie mitteilen wollten oder mitgeteilt - - also



## Nur zur dienstlichen Verwendung

in den Sprechzettel aufnehmen wollten, und dass Ihre, also die von Ihrem Referat vorgelegten, Vorlagen verändert worden sind?

**Zeuge Albert Karl:** Das erinnere ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass man gesagt hat: Das muss jetzt nicht sein; das wollen wir erst noch mal weitersehen.

**Zeuge Albert Karl:** Ob es in Bezug auf diesen - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre doch nun was, was, sagen wir mal, Ihnen bewusst - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere nur, dass die Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums umfassend sein sollte. Das heißt also, dass der Vorgang, die Umstände weitestgehend aufzuarbeiten, zu hinterfragen waren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Wir müssten jetzt - - Ich wollte Sie nicht abbrechen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich nur noch eine stellen, zu dem, was hier - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eine, ja. Klar.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht vielleicht schneller, als wenn ich gleich noch mal von vorne anfangen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das auf jeden Fall, unbestritten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier aus dem, was Ihnen gerade vorgelesen worden ist, was Sie da, glaube ich, auch hatten, ergibt sich ja, dass im September 2015 die innerhalb, also der Mitarbeiter von Herrn Fritsche, gesagt hat: „Das Parlamentarische Kontrollgremium ... wurde nicht informiert.“ Das würde eigentlich dafür sprechen, dass im Mai tatsächlich nicht informiert worden ist, obwohl das für Sie ja durchaus ein wichtiger Vorgang war; das haben Sie ja vorhin schon gesagt.

**Zeuge Albert Karl:** Das ist eine richtige Schlussfolgerung und Ableitung aus dem; das würde ich auch so mittragen. Aber mir ist nur erinnerlich, dass Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums tatsächlich nach Aufarbeitung des Vorgangs erfolgen sollte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nicht im Mai.

**Zeuge Albert Karl:** Aber ich kann es nicht zeitlich einordnen, ob das bereits schon im - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das würde mit dem Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums übereinstimmen, die nämlich festgestellt haben, dass sie jedenfalls nicht so informiert wurden, dass sie informiert waren, also, dass da was angekommen ist von einer Information. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Ganz herzlichen Dank. - Ich hätte, auch wieder nur ansetzend bei den Fragen vom Kollegen von Notz eben - es geht auch ganz kurz -, noch mal Fragen: Können Sie ausschließen, dass Außenministerin Clinton unmittelbar gesteuert worden ist? - Oder ich frage es mal leichter: Wissen Sie, ob sie gesteuert wurde?

(MR Philipp Wolff (BK)  
meldet sich zu Wort)

Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff** (BK): Zu Inhalten von Steuerungen, ob positiv, negativ, bitte nur in eingestufte Sitzung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - War Beifang eine Situation, die öfters vorkam? Mit „öfters“ meine ich: nicht nur zweimal, sondern schon in kontinuierlichen Abständen mal wieder vorkam.

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht bekannt, auch grundsätzlich.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Ist es - - Ich muss überlegen, wie ich das fragen





## Nur zur dienstlichen Verwendung

kann, dass wir heute noch hier weiterkommen. Wenn Beifang vorkam: Wissen Sie, ob die Erkenntnisse aus dem Beifang vernichtet worden sind?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Ich gehe auch davon aus, dass - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was ja nicht heißt, dass es nicht vernichtet worden ist. Sie wissen es nur nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Beziehungsweise: Auch - - Wenn eine Weisung bestand, zu löschen, dann eben nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann eben nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Dann - - Wenn eine Weisung bestanden haben sollte, Beifang zu löschen, dann vermutlich nicht verdichtet, sondern gelöscht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, alles klar. Okay. - Warum unterscheiden Sie jetzt zwischen „nicht vernichtet“ und „gelöscht“? Wo ist da der Unterschied?

**Zeuge Albert Karl:** Nein: nicht verdichtet, sondern gelöscht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ah! Ich hatte „vernichtet“ gesagt. Sie meinten „verdichtet“. Okay. Was heißt „verdichtet“?

**Zeuge Albert Karl:** Sie hatten gefragt, ob der Beifang - - Oder habe ich Sie akustisch falsch verstanden?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich hatte „vernichtet“ gesagt, aber es ist ja schön, wenn es um „verdichtet“ - -

**Zeuge Albert Karl:** Ach so, Pardon! Und ich hatte Sie verstanden, Sie hätten „verdichtet“ gesagt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** An „verdichtet“ habe ich gar nicht gedacht.

**Zeuge Albert Karl:** Ach ja, okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was könnte man denn da verdichten?

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Verdichten“, nicht „vernichten“! Ein Missverständnis!)

**Zeuge Albert Karl:** Das war ein Missverständnis, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, ja. Macht ja nichts. So kommt man ja oftmals zu ganz neuen Gedankengängen.

**Zeuge Albert Karl:** Löschen wäre vernichten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt ist die Frau Clinton, eben weil sie durch die Gegend geflogen ist, als Beifang da mit reingekommen. Und was kann man da verdichten, theoretisch? Oder ist der Begriff jetzt doch nicht - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich hätte es dann ausgeschlossen, weil nach Löschung nichts da ist, was man verdichten könnte.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, das ist logisch.

**Zeuge Albert Karl:** Insofern - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber wenn man es nicht löscht, dann wäre was da. Dass, wenn es weg ist, nichts mehr da ist, das habe ich auch schon gehört.

Aber mal die andere Frage: Wie kann es denn sein - - Mich wundert halt, dass gerade Clinton und Kerry da mal als Beifang aufgetaucht sind. Die fliegen jetzt in irgendein Gebiet, wo wir Interesse dran haben, Kommunikation abzurufen. Jetzt, wenn ich das richtig verstehe, das System,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

muss entweder der eine oder der andere als Selektor eingesteuert gewesen sein. Wir fangen ja nicht irgendwie wild Dinge ab. Also, einer von beiden muss doch wahrscheinlich gesteuert worden sein, oder?

**Zeuge Albert Karl:** Also, es ist wirklich grundsätzlich, denke ich, eine sehr stark methodische Frage, die an und für sich nur in - - grundsätzlich auch in nichtöffentlicher Sitzung erörtern müsste. Und ich müsste mir dann auch tatsächlich darüber Gedanken machen - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, wenn A mit B telefoniert und ich einen Treffer habe, dann ist das schon zu geheim, zu sagen: Einer von beiden muss gesteuert worden sein. - Wäre auch noch anderen - -

**Zeuge Albert Karl:** Vielleicht gibt es -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - eine dritte Möglichkeit. Okay.

**Zeuge Albert Karl:** - auch noch andere Möglichkeiten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Das Signal war so intensiv, dass es sich aufgedrängt hat von einem der beiden Telefone. Okay. Oder die Air Force Two war in Gänze Selektor,

(Martina Renner (DIE LINKE): Oder die USA!)

weil die Air Force One hat ja der andere gehabt. Oder wie?

**Zeuge Albert Karl:** Kann ich nichts zu sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wann haben Sie denn von dieser Beifanggeschichte überhaupt erfahren, kalendermäßig? Wann waren wir da so ungefähr?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann das tatsächlich nicht konkret einordnen. Aber das Thema Beifang würde ich grundsätzlich auf Sommer 2014 verorten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich gebe erst mal weiter. Ich muss das noch mal irgendwie so geschickt formulieren, dass ich es hier fragen kann. Okay. - Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich bin mir nicht ganz sicher: Sind wir jetzt in der dritten Runde oder in der vierten? - Vierte. Herr Vorsitzender, haben Sie jetzt eine vierte Runde begonnen? - Stunde. Ach so, wir machen drei - - Okay. Wenn wir das nach Stunden geregelt haben, dann können wir noch mal.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich dachte, wir hätten es nach Stunden geregelt. So hatte ich es verstanden, oder?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay, gut. Ich wollte nur noch mal nachfragen, ob es Runden oder Stunden waren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, es würde noch diese Runde reinpassen, wenn ich es richtig sehe. Wir machen so lange, bis alle auch dran waren, die wollen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das ist ja nun heute nicht gerade so eine Sternstunde der Abteilung 6, oder? - Und irgendwie sieht es so für uns aus, dass gegebenenfalls darüber Kenntnis war und - - im BND, aber nicht bei Ihnen.

**Zeuge Albert Karl:** Also, grundsätzlich ist die Informationsstruktur in der Abteilung 6 sehr gut ausgeprägt, ja. Und es gibt dort alles andere als ein Need-to-know-Prinzip und eine weitestgehende Beteiligung von der Sachlage her zu befasender Referate.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich meine, wir hatten ja jetzt zu vielen Punkten Ihre Aussage gehört: Das war mir so nicht bekannt. Dafür habe ich mich nicht interessiert. Oder: Das habe ich erst später erfahren. - Das ist ja in der Summe erst mal ein schlechtes Zeugnis für die Arbeit im Referat. Die Frage ist jetzt: Hat sich seit letztem Jahr etwas geändert? Also: Will man jetzt alles wissen, alles verstehen, sich alles zeigen lassen? Also, gibt es eine - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich gibt es da keine Veränderung, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Habe ich befürchtet, ja.

**Zeuge Albert Karl:** - weil man zu jedem Zeitpunkt die Dinge, die evident geworden sind, hinterfragt hat.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, Sie sagten, Sie wussten nie etwas von NSA-Selektoren. Also, die Problematik, dass gegebenenfalls Ziele wie Clinton aktiv gesteuert wurden, war Ihnen nicht klar.

**Zeuge Albert Karl:** Das bezog sich tatsächlich auf einzelne Fragestellungen, die -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, das sind aber zentrale Fragestellungen, oder?

**Zeuge Albert Karl:** - Sie thematisiert haben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, das sind ja ganz zentrale Fragestellungen - ich habe das vorhin schon mal gesagt -, an denen eben dann die Bewertung hängt: Eingriff sowohl in das Fernmeldegeheimnis wie in den Grundrechtsschutz wie auch Fragen illegaler Spionage wie auch Fragen - - Da kann man eine ganze - - Also, das sind ja keine randständigen Probleme, die wir hier wälzen.

Deswegen schon die Frage: Was hat sich denn geändert, wenn man heute feststellt, falls das so richtig ist in der Darstellung, dass man das alles nicht gewusst hat, was konkret die TA macht, wie man heute realisieren will, dass man Kenntnis hat?

**Zeuge Albert Karl:** Aus heutiger - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Technisch zum Beispiel auch: Hat man jetzt Leute, Informatiker zum Beispiel, die sagen: „Ich gehe als Bundeskanzleramt nach Bad Aibling oder in die Außenstellen, gucke mir an, was da los ist, wie da eine Datenbank aufgesetzt ist“ und so was?

**Zeuge Albert Karl:** Die Dichte - - Also, unsere Besuche haben sich erhöht, natürlich die Nachfragen dazu, die Gespräche mit dem BND. Es wird viel mehr Zeit und natürlich auch Personal dafür aufgewandt. Ich meine, ein Arbeitsbereich, den ich mal aus der Genese kannte, hat vielleicht ursprünglich mal 60 Prozent des Referats ausgemacht. Das ist jetzt letztendlich zurückgegangen auf 20, weil absolute Priorität die technische Aufklärung hat, mit allen Fragen. Das war eine der Folgerungen, die man eben aus den Umständen aus dem Frühjahr 2015 gemacht hat. Das sind ja konkrete Änderungen sowohl im BND als auch innerhalb der Abteilung 6.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und auf was führen Sie es zurück, dass man vormals so wenig informiert war, insbesondere zum, ich sage mal, Kerngeschäft der Kooperation, also Datenerfassung, Datenverarbeitung, Ausleitung zu Zielen außerhalb des Auftragsprofils? Also, wo lag die Ursache darin - wenn die Erzählung stimmt -, dass das Bundeskanzleramt wenigstens in Ihrem Referat oder in Ihrer Abteilung so schlecht informiert war? Vielleicht war ja Herr Fritsche informiert; das kann ich heute noch nicht einschätzen. Aber offenbar war Ihre Abteilung nicht informiert. Woran lag das?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann das nur letztendlich darauf zurückführen, dass die Kommunikation innerhalb der Abteilung TA, vielleicht auch innerhalb des Dienstes und zwischen dem Dienst und dem Kanzleramt oder dem zuständigen Referat vielleicht sogar nicht so funktioniert hat, wie es zwischen nachgeordnetem Bereich und der vorgesetzten Behörde funktionieren sollte.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann, finde ich, kann man diese einzelnen Bereiche mal versuchen ein bisschen aufzustrippen. Kommunikation innerhalb der TA: Warum hat die nicht funktioniert? Liegt das daran, dass München so weit weg ist, und die machen da, was sie wollen? Oder liegt es an Personen?

**Zeuge Albert Karl:** Also, um das in der Sitzung hier zu erörtern, würde auch aus meiner Wahrnehmung heraus ich das tatsächlich nicht an einzelnen Personen festmachen, sondern an der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

grundsätzlichen Struktur und den Mechanismen, die in der Abteilung vorhanden sind oder nicht und inwieweit sie ausgefüllt worden sind.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Und die Kommunikation zwischen der TA und dem BND, Hausspitze? Das liegt auch an diesen Strukturen innerhalb der TA, würden Sie sagen?

**Zeuge Albert Karl:** Unter Umständen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und die Kommunikation BND zum Bundeskanzleramt liegt dann an wem? Also, wollte die eine Seite nicht berichten, oder wollte die andere Seite nichts wissen?

**Zeuge Albert Karl:** Für meinen Bereich kann ich nur ausschließen, dass mein Bereich nicht nichts wissen wollte. Also, wir wollten was wissen. Und wir wollten immer was wissen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie sagten ja, bei Ihnen arbeiten im Referat nur Mitarbeiter, die früher auch beim BND waren. Kam denn da auch irgendjemand aus der TA? Also, kam da jemand mit Binnenwissen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, es kam ein Mitarbeiter, der früher bei TA beschäftigt war, aber in einem Bereich, der nicht mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hatte.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Und bei den Besprechungen, also bei diesen Montagsrunden oder so etwas, nahmen da eigentlich auch mal dann Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes teil, oder waren das nur Runden innerhalb des Bundeskanzleramtes?

**Zeuge Albert Karl:** An den Montagsrunden der Abteilung hat nie ein Angehöriger des Bundesnachrichtendienstes teilgenommen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Glauben Sie, dass Herr Staatssekretär Fritsche mehr Kenntnis zu den Vorgängen hatte als der Abteilungsleiter 6?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hat überhaupt irgendjemand im Bundeskanzleramt Kenntnis gehabt? Haben Sie da mittlerweile eine Idee zu gefunden?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, wusste jemand, was NSA-Selektoren sind? Oder wusste man - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß nicht, wer - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie mal jemanden getroffen, der das wusste?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß es nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Also, ich habe erst mal in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen mehr. - Vielen Dank, Herr Karl.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann frage ich mal die Fraktion der SPD. - Hat auch keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich im Sinne der vereinbarten Selbstdisziplinierung heute auch nicht

(Martina Renner (DIE LINKE): Er hat gerade gesagt - -)

- ja, ich weiß, ich habe schon verstanden; trotzdem - und danke herzlich für die Auskünfte in öffentlicher Sitzung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Und die Union hat auch keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung, auch entsprechend der selbst auferlegten Selbstdisziplin. Von daher wären wir am Ende der Fragen in öffentlicher Sitzung.

Auch hier müssen wir einen Beschluss fassen, weil das eine oder andere auf nichtöffentliche bzw. eingestufte Sitzung verwiesen worden ist. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Karl am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Einstimmig angenommen. Danke schön.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils. Ich danke den verbliebenen Damen und Herren auf der Tribüne für das lange Ausharren, wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg, wenn es denn dahin geht, sonst woanders hin.

Für die jetzt folgende nichtöffentliche Vernehmung der Zeuginnen Löwnau und Nökel sowie des Zeugen Karl werden wir umziehen in einen anderen Sitzungssaal.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich ganz kurz fragen? Fangen wir umgekehrt an jetzt?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eigentlich die beschlossene Reihenfolge, wie wir sie eben hatten. So hatten wir es heute Morgen in der Beratungssitzung beschlossen.

Die Sitzung ist unterbrochen, bis es gleich wieder losgeht.

(Schluss des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 19.52 Uhr -  
Folgt Sitzungsteil Zeugen-  
vernehmung, Streng  
Geheim)